

PARITÄTREPORT

1 | 2015



- 20 Jahre Pflegeversicherung: Top oder Flop?
- Tarifvertrag für Azubis in der Altenpflege unterzeichnet
- Paritätischer Wertedialog 2015: Was wirklich wichtig ist



Impressum

Herausgeber

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.
GandhisträÙe 5a
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-0
landesverband@paritaetischer.de

Registereintrag

Registergericht Hannover
Vereinsregister-Nummer 2156

Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord
25/206/21596

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BIC: BFSWDE33HAN
IBAN: DE73 2512 0510 0007 4495 00

Verantwortlich für den Inhalt:

Birgit Eckhardt, Vorsitzende

Redaktion

Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Anika Falke
Tel. 05 11 / 5 24 86-353
presse@paritaetischer.de

Druck

BenatzkyMünstermann Druck GmbH,
Hannover

Hinweis

Artikel anderer Organisationen oder Publikationen sowie namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bei der Veröffentlichung von Zuschriften und Beiträgen behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor. Der Parität Report erscheint viermal im Jahr, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Märchenhafte Postwertzeichen

Wohlfahrtsmarken 2015 zeigen Dornröschen

Im Jahr 2015 sind Motive aus Dornröschen Gegenstand der Sondermarkenserie „Grimms Märchen“. In dem Märchen wird erzählt, wie sich die Prinzessin mit einer Spindel in den Finger sticht und mit dem königlichen Hofstaat in einen Schlaf versinkt. Weil eine weise Frau nicht zur Taufe von Dornröschen eingeladen war, ist das Schloss für einen 100 Jahre währenden Fluch von einer undurchdringlichen Dornenhecke umgeben, die sich erst nach Ablauf der 100 Jahre in eine Rosenhecke verwandelt. Erst an diesem Tag gelingt es einem Prinzen, in das Schloss zu gelangen,



wo er die Königstochter wachküst. Der Erlös aus dem Verkauf der Sonderpostwertzeichen fließt in die wichtige soziale Arbeit von Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Paritätischem Wohlfahrtsverband, Deutschem Roten Kreuz, Diakonie und Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Die Wohlfahrtsmarken sind bei der Post und den Wohlfahrtsverbänden sowie im Internet auf der Seite www.wohlfahrtsmarken.de erhältlich.

Ihre Adressdaten

Bitte Änderungen mitteilen!

Um unsere Mitgliederadressen auf dem neuesten Stand halten zu können, bitten wir um Ihre Unterstützung: Benachrichtigen Sie uns bei Änderungen folgender Angaben Ihrer Organisation:

- Anschrift
- Telefonnummer
- Faxnummer
- E-Mailadresse
- Wechsel Vorstand
- Wechsel Geschäftsführung
- Name/Rechtsform.

Senden Sie die Daten an das Sekretariat des Geschäftsbereichs Mitgliederförderung, Astrid Schöne, Tel. 05 11 / 5 24 86-397 Fax 05 11 / 5 24 86-333 astrid.schoene@paritaetischer.de

Ihr Beitrag

Parität Report sucht Artikel

- Möchten Sie die Arbeit Ihrer Organisation oder Einrichtung vorstellen?
- Können Sie Tipps oder Erfahrungen weitergeben?
- Veranstalten Sie ein Programm, das für andere offen und von Interesse ist?
- Suchen Sie neue Mitarbeiter/-innen oder einen Job?
- Haben Sie Kritik oder Lob?

Dann senden Sie Ihren Beitrag (wenn möglich mit Foto) einfach als Datei oder Ausdruck via E-Mail oder per Post an den Landesverband, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Kontaktdaten, siehe linke Spalte). Gerne sind wir bereit, Sie bei der Formulierung zu unterstützen.

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

das Thema Pflege bewegt die sozialpolitische Landschaft, ganz besonders in Niedersachsen. Das ist auch dringend nötig, denn Niedersachsen ist selbst ein Pflegefall: In Sachen Vergütung bilden wir das Schlusslicht aller westdeutschen Länder. Neben der Vergütung, die den Leistungen und dem Engagement der Pflegekräfte nicht gerecht wird, gehört die geringe Attraktivität des Berufsfeldes zu den Problemen, die dringend angegangen werden müssen. Schon jetzt fehlt es vielerorts an Fachkräften, die dem steigenden Pflegebedarf einer immer älter werdenden Gesellschaft nachkommen.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat gehandelt und für seine verbandseigenen Pflegedienste gemeinsam mit den anderen Verbänden der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) und der Gewerkschaft ver.di einen Tarifvertrag über die Bedingungen in der Ausbildung der Altenpflege unterschrieben. Damit haben die jungen Menschen, die den erfüllenden Beruf der Pflege erlernen, gleiche Startbedingungen – so sie denn ihre Ausbildung in einer Einrichtung der Freien Wohlfahrtspflege beginnen. Um alle Träger in Niedersachsen, also auch Betreiber kommunaler und privatgewerblicher Pflegedienste, rechtlich zu verpflichten, den Tarifvertrag anzuwenden, ist die Politik gefragt, ihn für allgemeinverbindlich zu erklären.

Natürlich kann der Tarifvertrag für die Auszubildenden nur ein erster Schritt sein. Die LAG FW will einen Tarifvertrag Soziales/Pflege für alle Pflegekräfte auf den Weg bringen. Auch hier sind deutliche Signale seitens der Politik gefordert, denn um dies zu erreichen, muss die Refinanzierung der tariflichen Vergütung sichergestellt sein. Mit einem landesweiten Tarifvertrag würde der Wettbewerb um Fachkräfte künftig allein über die Qualität der Pflege stattfinden – so, wie es in einer Branche, in der das Wohl hilfebedürftiger Menschen im Vordergrund steht, auch sein sollte.

Doch wie ist die Qualität in der Pflege überhaupt messbar? Mit Einführung der Pflegeversicherung vor

20 Jahren – ein Jubiläum, das in diesem Heft ausführlich von allen Seiten beleuchtet wird – hat der Medizinische Dienst der Krankenkassen ein Kontrollinstrument installiert, das gemeinhin als „Pflege-TÜV“ bezeichnet wird. Doch das System hat mehr Mängel als Nutzen. Geprüft wird vor allem die Dokumentation der Arbeitsabläufe in den Einrichtungen, die tatsächliche Lebensqualität der Pflegebedürftigen wird weitestgehend ausgeblendet. Hier setzt ein Projekt an, das in Hannover unter starker Beteiligung paritätischer Mitgliedsorganisationen ein neues Konzept zur Qualitätsmessung umsetzen will, indem es die unmittelbaren Ergebnisse der Pflege in den Vordergrund stellt. Nur so kann es gehen: Der Maßstab für eine würdige Pflege im Alter muss das Wohlbefinden der Pflegebedürftigen sein und nicht die Menge an Papier, die für die Dokumentation von Arbeitsabläufen verwendet wird. Es ist an der Zeit, das bisherige Modell „Pflege-TÜV“, mit dem kaum ein Beteiligter wirklich zufrieden ist, grundsätzlich zu reformieren.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Verbandsrat des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. hat mich mit Wirkung zum 1. April 2015 zur Vorsitzenden des Verbands berufen. Mit diesem Vorstandswechsel geht eine, ebenfalls vom Verbandsrat beschlossene, Änderung in der Struktur des Verbandes einher: Dem Vorsitz wird künftig der Geschäftsbereich II, Mitgliederförderung, zugeordnet sein. Dies bedeutet eine deutliche Stärkung des Geschäftsbereichs und große Chance, das verbandspolitische Profil des Verbands weiter zu schärfen. Ich freue mich über das in mich gesetzte Vertrauen und die vor mir liegenden Herausforderungen und darauf, sie gemeinsam mit Ihnen anzugehen.

Mit freundlichen Grüßen
Birgit Eckhardt
 Vorsitzende



www.spezial-kommunikation.de

transpari

ganz

nah



 **DER PARITÄTISCHE**
NIEDERSACHSEN

transpari – Bürgerstiftung
im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen

GandhisträÙe 5A
30559 Hannover

Telefon 0511/52486350
Telefax 0511/52486333

www.transpari.de

am Alltag
am Leben
am Menschen

Soziale Projekte starten – Spendenkonto 7410200

Bank für Sozialwirtschaft Hannover · BLZ 25120510

Ausgabe I-15

Impressum.....	2		
Editorial.....	3		
Schwerpunkt: 20 Jahre Pflegeversicherung			
20 Jahre Pflegeversicherung – Erfolg oder Flop?	6	Kooperation der Grundschule Rheinstraße mit der Schule an der Deichbrücke	46
Sozialministerin Cornelia Rundt zu „20 Jahre Pflegeversicherung“	9	Parlamentarische Staatssekretärin zu Besuch in Stützpunktwohnung	47
Die Verhandlungen zur Pflegeversicherung.....	11	Aktueller DMSG-InfoGuide erschienen.....	48
Probleme des engen Pflegebedürftigkeitsbegriffs	13	Willkommen im Paritätischen: Neue Mitgliedsorganisationen im Porträt	48
Pflege als Teil eines wirtschaftlichen Marktsystems ..	14	Verbandsjubiläen	51
Qualitätsprüfungen: Noten ohne Aussagekraft	15		
Starke Paritätische Beteiligung an Modellprojekt.....	16		
Problemstellungen in der ambulanten Pflege.....	17		
„Stationäre Pflege wird politisch benachteiligt“	19		
Ein steiniger Weg – Tagespflege in Deutschland	21	Bunte Vielfalt sozial gestalten	
Herausforderungen der Betreuung von demenziell erkrankten Menschen.....	22	Jan Patrick Kleen setzt sich öffentlich für ein faires Miteinander ein.....	52
Die Familie als größter Pflegedienst der Nation.....	24	I. Ehrenamtsbörse der Freiwilligenagentur des Paritätischen Lüneburg	53
Neue Beratungsstruktur für SeniorInnen.....	26	Erster Arbeitsvertrag nach erfolgreicher Qualifikation	54
Pflegerische Versorgung im Quartier am Beispiel des Paritätischen Lüneburg	27	J.S. Bachs Weihnachtsoratorium – reloaded!	56
		Inklusive Fußballmannschaft gewinnt 2. Platz beim LSB-Inklusionspreis 2014.....	57
		Selbstverteidigungstraining für Menschen im Rollstuhl	58
		Berufsfachschule Pflegeassistenz organisiert Fußballturnier	59
		Tag der offenen Tür im Peiner Stadtteilbüro Telgte ..	60
		Bernward Steinkraus geht nach 22 Jahren als Geschäftsführer in den Ruhestand	61
		Abteilungsleiter Harald Fischer feiert Dienstjubiläum ..	62
		Eva Schlaugat mit Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.....	62
		Bundesverdienstkreuz für Annette Loer	63
		Ehrungen	64
		Der Paritätische Stellenmarkt	65
		Service	
		Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen ..	68
		Fachbereiche des Paritätischen	69
		Abteilungsleitungen des Paritätischen	70
		Arbeitskreise des Paritätischen.....	70
		Mitglieder des Verbandsrats	71
		Verbandsadressen	72
Eine(r) für alles			
Paritätischer unterzeichnet Tarifvertrag für Azubis in der Altenpflege	29		
Fachreferat „Ambulante Pflege“ verstärkt.....	30		
Schulassistenz darf kein Lückenfüller werden!	31		
Paritätäter setzen ein deutliches Zeichen gegen Ausgrenzung	32		
Erklärung des Paritätischen Gesamtverbands	33		
Auszeichnung für den Paritätischen Verden.....	33		
Paritätischer Wertedialog 2015: Was wirklich wichtig ist	36		
Elektromobilität im Kreisverband Wolfsburg.....	38		
I. Niedersächsischer Tag der Sozialwirtschaft des SoVD	39		
Fachtagung Männliche Sexualität im Alter.....	41		
Fachtagung zum Thema häusliche Gewalt.....	41		
Prävention und Unterstützung für Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigung.....	42		
„Dialog macht Schule“ startet mit viel Unterstützung	45		
auf-der-kuntermult.de viermal ausgezeichnet	45		

20 Jahre Pflegeversicherung – Erfolg oder Flop?

Kein Grund zum Feiern: Knackpunkte haben sich eher noch verschärft

Wenn der Zeitumfang der einem Gesetz vorausgehenden Diskussionen Gradmesser für dessen Qualität wäre, so müßte die Pflegeversicherung eine grandiose Erfolgsgeschichte sein: Der Verabschiedung des Pflegeversicherungsgesetzes im Mai 1994 war eine rund zwanzigjährige Diskussion vorausgegangen. Ab dem Januar 1995 wurden die Beiträge zur Pflegeversicherung eingezogen und ab dem April 1995 konnten ambulante Pflegeleistungen in Anspruch genommen werden. Ist die Pflegeversicherung nun tatsächlich eine Erfolgsgeschichte oder das immer wieder nachgebesserte enttäuschende Ergebnis divergierender Lobbyinteressen und mangelnden sozialpolitischen Muts? Aus der Sicht des Paritätischen sind praktisch alle „Knackpunkte“, die sich schon gleich zu Beginn abzeichneten, bis heute nicht gelöst oder haben sich sogar verschärft. Eine Übersicht:

Entlastung der Sozialhilfe

Eines der Ziele bei der Einführung der Pflegeversicherung war die Entlastung der Sozialhilfe. Damit war auch die – leider mittlerweile enttäuschte – Erwartung verbunden, dass die Kommunen die gesparten Mittel nutzen würden, um damit Infrastruktur aufzubauen. Auf der Seite der Leistungsempfänger sollte den pflegebedürftigen alten Menschen die Abhängigkeit von Sozialhilfe erspart bleiben. Anfangs schien diese Rechnung auch aufzugehen: Durch die Einführung der Pflegeversicherung ging die Anzahl von Empfängerinnen und Empfängern der Hilfen zur Pflege, wie die Sozialleistungen für Pflegeleistun-

gen, die nicht mehr mit eigenen Mitteln bezahlt werden können, nun genannt wird, zunächst deutlich zurück. Doch der Trend hielt nicht lange an. Bedingt durch den demografischen Wandel und die steigende Zahl an Pflegebedürftigen ist die Zahl der Leistungsbezieher in den vergangenen Jahren wieder kontinuierlich gewachsen: Zwischen 2010 und 2013 nahm sie um 8 % zu. Genau wie die Empfängerzahl sind auch die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege gestiegen: 2013 gaben die Träger der Sozialhilfe netto rund 3,3 Milliarden Euro für diese Sozialleistung aus, 13 % mehr als noch 2010. In Deutschland erhielten nach Aussagen des statistischen Bundesamts im Jahr 2013 insgesamt rund 444.000 Personen Hilfe zur Pflege. Dies war der höchste Wert seit Einführung der Pflegeversicherung 1995, als 574.000 Pflegebedürftige diese Sozialleistung in Anspruch nahmen.

Trennung in gesetzliche und private Pflegeversicherung

Zwar ist die Pflegeversicherung eine Pflichtversicherung für die gesamte Bevölkerung, doch können sich die Besserverdienenden aus der gesetzlichen Pflegeversicherung verabschieden und sich in der privaten Pflegeversicherung versichern. Damit ergibt sich eine Schiefelage im System: In der privaten Pflegeversicherung sind im Durchschnitt eher jüngere, gesündere und einkommensstärkere Personen versichert, während die Älteren, Kränkeren und Einkommensschwächeren überwiegend in der gesetzlichen Pflegeversicherung verbleiben. Gä-

be es einen Finanzausgleich zwischen diesen beiden Systemen, wäre das kein Problem. Das ist allerdings nicht der Fall, sodass die Private Pflegeversicherung mittlerweile ein milliardenschweres Vermögen angehäuft hat, während die gesetzliche Pflegeversicherung sofort alle Einnahmen wieder in die Pflege stecken muss. Somit hat sich in der Pflegeversicherung das gleiche Prinzip wie schon bei der Krankenversicherung durchgesetzt: Die Starken sind mit den Starken solidarisch und die Schwachen müssen sich untereinander aushelfen. Mit sozialer Gerechtigkeit hat dies nicht mehr viel zu tun. Bei der Frage der Kostentragung blieb zudem der Grundgedanke der paritätischen Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf der Strecke: Die Pflegeversicherung ist die erste Sozialversicherung, bei der die Arbeitnehmerseite stärker belastet wurde.

Teilkasko-Prinzip

Anders als bei der Krankenversicherung (die sich allerdings auch allmählich in diese Richtung wandelt...) sind die Leistungsbeträge in der Pflegeversicherung gedeckelt. Dies bedeutet: Ist ein pflegebedürftiger Mensch auf Leistungen angewiesen, die über den Deckelungsbetrag hinaus gehen (aktuell beträgt dieser 1.612 Euro in Pflegestufe III), muss er die fehlende Summe selbst aufbringen bzw. im Falle von Bedürftigkeit dafür Sozialhilfe in Anspruch nehmen – ein Umstand, der mit Einführung der Pflegeversicherung eigentlich vermieden werden sollte.

Die Eigenanteile, die die Menschen für ihre Pflege selbst zu erbringen haben, steigen insbesondere in den Pflegeheimen seit Jahren kontinuierlich. Um dies zu stoppen, ist mit dem Ersten Pflegestärkungsgesetz zum 01.01.2015 der Pflegevorsorgefonds eingeführt worden. In diesen kapitalgedeckten Fonds sollen jährlich die Einnahmen aus 0,1 Beitragssatzpunkten (rund 1,2 Mrd. Euro) fließen. Die so entstehenden Rücklagen sollen ab 2035, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ins Pflegealter kommen, starke Beitragssatzanhebungen verhindern. Ob das so funktionieren kann, wird allerdings von verschiedenen Seiten heftig bezweifelt. Zum einen lehrt die Erfahrung, dass die Politik in Zeiten der Not gern auf angespartes Kapital zurückgreift, um Haushaltslöcher zu stopfen. Zum anderen sagt etwa Bernd Rürup, der frühere Vorsitzende der Wirtschaftsweisen, dass das zentrale Ziel, den Beitrag zur Pflegeversicherung stabil zu halten, mit dem Fonds nicht erreicht werde – wenn der Kapitalstock aufgebraucht sei, werde der Beitragssatz wieder auf die Höhe springen, auf der er auch ohne die Rücklage liegen würde. Im Ergebnis bedeutet das, dass große Geldmengen sinnlos gebunkert werden, die man besser jetzt für eine Verbesserung der Leistungen nutzen sollte.

Wertverfall / fehlende Dynamisierung

Das Problem des Teilkasko-Prinzips wird durch eine hausgemachte fortschreitende Leistungsentwertung zusätzlich verschärft: Bei Einführung der Pflegeversicherung war zunächst keine automatische Dynamisierung vorgesehen, die aber der allgemeinen Preisentwicklung

sehr wohl innewohnt, was zu einem 13 Jahre langen, kontinuierlichen Werteverfall geführt hat. Erst 2008 gab es mit dem Pflegeweiterentwicklungsgesetz erstmalig eine Erhöhung in drei Stufen (2008, 2010, 2012), die aber den zwischenzeitlich eingetretenen Kaufkraftverlust nicht mehr ausgleichen konnten. Die Leistungsentwertung hält weiterhin an, denn auch das Pflegeweiterentwicklungsgesetz sieht nur die alle drei Jahre fällige Überprüfung von „Notwendigkeit und Höhe“ einer eventuellen Anpassung vor. Da so ein immer größeres Delta zwischen Pflegepreisen und Kostendeckung durch die Pflegeversicherung entsteht, müssen die betroffenen Pflegebedürftigen eine immer größere Differenzsumme aus eigener Tasche bestreiten.

Pflegebedürftigkeitsbegriff

An dem Pflegebedürftigkeitsbegriff, der die Grundlage für den Leistungsanspruch des einzelnen Pflegebedürftigen bildet, gab es von Anfang an Kritik. Menschen, die körperlich noch vergleichsweise fit sind, aber aufgrund ihrer eingeschränkten Alltagskompetenz der Betreuung und Beaufsichtigung bedürfen, waren allein aus Finanzierungsgründen von Beginn an explizit ausgeschlossen. Neben dieser starken Orientierung an somatischen Einschränkungen zählen der enge und verrichtungsbezogene Zeitbezug sowie die Fokussierung auf Defizite statt Teilhabechancen der pflegebedürftigen Menschen zu den weiteren Mängeln des Pflegebedürftigkeitsbegriffs.

Obwohl das SGB XI wiederholt geändert worden ist und einige Leistungsverbesserungen für Menschen mit eingeschränkter Alltags-

kompetenz eingefügt worden sind, wurde der Pflegebedürftigkeitsbegriff selbst bislang nicht geändert. Seit 2009 präsentieren Expertenbeiräte Umsetzungsberichte, Szenarien und Modellrechnungen, es fehlte jedoch bislang der politische Mut, sich für eine Variante und damit für einen verbindlichen Finanzrahmen zu entscheiden. Im jüngsten Expertenbeirat, der im Sommer 2013 seinen Abschlussbericht vorgelegt hat, gab es dem Vernehmen nach immer wieder Auseinandersetzungen um die möglichen Kostenfolgen eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs bis hin zur Forderung, sich auf ein kostenneutrales Szenarium zu verständigen. Fest steht: Der Einbezug der in ihrer Alltagskompetenz beeinträchtigten alten Menschen dürfte den Kreis der Anspruchsberechtigten und damit die Kosten der Pflegeversicherung erheblich ausweiten.

Abgrenzungsprobleme Pflegeversicherung – Krankenversicherung

Krankenversicherung und Pflegeversicherung sind formal streng voneinander getrennt – in der Praxis ergeben sich jedoch viele problematische Schnittstellen, denn Pflegebedürftige benötigen im Regelfall sowohl medizinische als auch behandlungspflegerische, grundpflegerische und/oder soziale/betreuerische Unterstützung. Befindet sich der Pflegebedürftige in seiner häuslichen Umgebung, werden die Kosten für die behandlungspflegerische Versorgung ungedeckt von der Krankenversicherung getragen – der Leistungsbetrag für die ambulante Pflege bleibt davon unberührt und kann im vollem Umfang für Grundpflege verwen-

det werden. Im Gegensatz gilt der behandlungspflegerische Aufwand bei stationärer Heimversorgung als mit dem Pflegesatz abgegolten – womit einer stationär versorgte Person weniger von ihrem Pflegeleistungsbetrag übrig bleibt.

Ein weiteres Schnittstellenproblem ist der Grundsatz „Reha vor Pflege“. Hier ist der, der zahlt, nicht der Nutznießer der Leistung. Konkret bedeutet dies: Wenn eine geriatrische Rehabilitation für einen Pflegebedürftigen angezeigt ist, trägt die Krankenkasse die Kosten dafür. Führt die Reha zum gewünschten Erfolg und der Patient kann in eine niedrigere Pflegestufe umgestuft werden, ist es die Pflegekasse, die von dieser Kostenreduzierung profitiert.

Fachkräfteproblem / Bezahlung / Refinanzierung

Bedingt durch den demografischen Wandel stellt sich für die Pflege ein doppeltes Problem: Zum einen wird in den kommenden Jahren die Zahl der alten und pflegebedürftigen Menschen stark ansteigen. Zum anderen schrumpft die Zahl der Erwerbstätigen, und alle Branchen buhlen um die wenigen jungen Menschen. Hinzu kommt, dass Altenpflegefachkräfte einer aktuellen Untersuchung zufolge rund 10 % weniger als der Durchschnitt aller Fachkräfte verdienen.

Eine der Stellschrauben für die Attraktivität des Altenpflegeberufs ist sicherlich das Gehalt. Das hat auch der Gesetzgeber erkannt und im SGB XI festgelegt, dass „die Bezahlung tarifvertraglich vereinbarter Vergütungen sowie entsprechender Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen dabei nicht

als unwirtschaftlich abgelehnt werden kann“. Während sich die Anerkennung tariflich bedingter Personalkosten in der stationären Pflege allmählich durchsetzt, liegt den Entgelten in der ambulanten Pflege keine seriöse Kalkulation zugrunde. Darüber hinaus erbringen die allermeisten Pflegedienste auch Leistungen der Häuslichen Krankenpflege nach dem SGB V. Das SGB V kennt aber nicht die qua Gesetz vorgeschriebene Anerkennung und damit Refinanzierung von Tarifgehältern. Wenn also der Träger eines ambulanten Pflegedienstes seinen MitarbeiterInnen ein Tarifgehalt zahlt, bekommt er dies über die auszuhandelnden Entgelte nicht von den Kranken- (und Pflege-)Kassen refinanziert.

Selbst, wenn es einem Träger gelingen sollte, über den Weg von Schiedsstelle und ggf. Gericht die Anerkennung der Tarifkosten bei der Festsetzung der Pflegeentgelte durchzusetzen, nimmt dies so viel Zeit in Anspruch, dass er auf dem Weg dahin schon längst Insolvenz anmelden muss. Denn kein Träger hält es lange genug aus, um die Differenz zwischen tatsächlichen Kosten und nicht ausreichender Refinanzierung aus eigener Kraft zwischenzufinanzieren.

Öffnung für private Anbieter, die Rendite-Erwartungen erfüllen (müssen)

Die niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt hat in ihrem Grußwort im Rahmen des Neujahrsempfangs der LAG FW die Öffnung der Pflege für privatgewerbliche Leistungsanbieter als den „Kardinalfehler der Pflegeversicherung“ kritisiert. In Niedersachsen befanden sich im Dezem-

ber 2011 55,5 % der stationären Vollzeitpflegeplätze und 49,5 % der ambulanten Dienste in privatgewerblicher Hand. Privatgewerbliche Dienste arbeiten nach eigenen Strukturen, um Leistungen zu deutlich niedrigeren Preisen anzubieten: Tarifbindungen sind eher die Ausnahme, und viele Betreiber inhabergeführter Dienste beuten sich regelrecht selbst aus. Dies hat, zusammen mit dem BSG-Urteil zum Externen Vergleich aus dem Jahr 2000, zu einer unheilvollen Entwicklung geführt, bei der es in erster Linie auf möglichst niedrige Preise und nicht möglichst gute Qualität ankam.

Darüber hinaus sieht das Gesetz vor, dass jeder, der die entsprechenden Bedingungen erfüllt, einen Versorgungsvertrag bekommen muss. Dies hat zu einem Überangebot an Pflegeplätzen in den Städten geführt, wo die Wege kurz sind und Patienten dicht beieinander wohnen. Auf dem weit weniger rentablen „platten Land“ drohen derweil allmählich Versorgungsengpässe. Hier wäre sicher eine Steuerung durch die Kommunen wünschenswert, sodass einerseits unsinnige Überkapazitäten vermieden werden und andererseits auch in entlegenen ländlichen Gebieten die Versorgung in der eigenen Häuslichkeit gesichert werden kann.

Die grundsätzliche Frage, die hinter der Aussage der Sozialministerin steht, ist dabei, ob die Altenpflege ein Feld sein darf, auf dem Rendite-Erwartungen im Mittelpunkt stehen sollten, oder ob die persönliche Zuwendung, die zwingend Teil der Pflege ist, nicht prinzipiell Marktmechanismen entzogen sein sollte.

Fazit

Als die Pflegeversicherung 1995 eingeführt wurde, waren die Hoffnungen groß, dass bekannte Probleme dauerhaft beseitigt und die Qualität der Pflege allgemein besser, transparenter und zukunftsfähiger werden würde. Doch vielem, was in der Pflegeversicherung gesetzlich verankert wurde, lagen halbherzige Kompromisse zugrunde, die das Ergebnis jahrelanger Diskussionen und Streitigkeiten unterschiedlicher Interessenvertreter waren.

Nach 20 Jahren lässt sich sagen, dass einige „Vorher“-Probleme zurück sind – und, bedingt durch die Rahmenbedingungen, zahlreiche neue entstanden sind, mit

denen die politischen Entscheidungsträger nicht rechnen konnten oder wollten. Die Sozialhilfe ist auch heute wieder stark von Ausgaben für die Pflege belastet. Bedingt durch einen knallharten Marktwettbewerb muss die Qualität oft hintenanstehen: Zeit ist auch in der Pflege längst Geld. Der Pflegebedürftigkeitsbegriff feiert 20-jährige Kritik, und auch die Messung der Pflegequalität ist unbefriedigend für alle Beteiligten. Im Großen und Ganzen hat die Pflegeversicherung keinen Grund, sich „anständig“ feiern zu lassen.

Das bittere Fazit ist, dass alle eine gute Pflege wollen, aber keiner da-

für zahlen möchte. Das gilt sowohl für eine höhere Eigenbeteiligung als auch für eine Erhöhung des Beitragsatzes in der Pflegeversicherung. Es bedarf daher einer grundsätzlichen Überlegung, was uns als Gesellschaft Pflege wert sein sollte – was sie uns wert sein muss. Denn die Richtung, die demografischer Wandel und Fachkräftemangel vorgeben, ist eindeutig: Hin zu immer mehr Pflegebedürftigen, weg von dafür dringend benötigten engagierten MitarbeiterInnen.

Barbara Heidrich
 Abteilungsleiterin
 Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Niedersachsen e.V.

„Das System war von Beginn an unterfinanziert angelegt“

Sozialministerin Cornelia Rundt zu „20 Jahre Pflegeversicherung“

Parität Report: Frau Ministerin Rundt, bitte beschreiben Sie Ihre Erinnerungen an die Einführung der Pflegeversicherung vor 20 Jahren mit wenigen Sätzen.

Cornelia Rundt: Die Pflegeversicherung wurde Mitte der 90er Jahre eingeführt, weil sich der demografische Wandel damals erstmals bemerkbar machte und die damalige Bundesregierung festgestellt hat, dass die steuerfinanzierte Sozialhilfe mehr und mehr für pflegerische Zwecke verwendet wurde. Statt die Steuer zu erhöhen, wurde mit der Pflegeversicherung ein umlagefinanziertes System geschaffen, das von Anfang an drei entscheidende Fehler hatte. Schon damals war allen Beteiligten klar, dass die Pflegeversicherung



Sozialministerin Cornelia Rundt

spätestens ab 2010 versicherungsmathematisch nicht mehr funktionieren würde.

PR: Das System war also von Anfang an zu kurz gedacht?

Rundt: Das System war von Beginn an unterfinanziert angelegt. Man hätte von Anfang an deutlich höhere Beträge nehmen müssen, aber das war politisch nicht gewünscht. Wir wussten schon damals, bei den Verhandlungen Mitte der 90er Jahre, dass dieses System irgendwann gegen die Wand fahren muss, und so ist es heute auch ein Stück weit passiert. Die Leidtragenden sind zum einen die Pflegebedürftigen, die viel zu geringe Leistungen bekommen, und, vor allem im stationären Bereich, erheblich zuzahlen müssen. Zum anderen leiden die Beschäftigten, da Pflege durch zu geringe Vergütung und zunehmende Arbeitsverdichtung zu einem unattraktiven Berufsfeld geworden ist. Man hat also versucht, den Fehler der

Unterfinanzierung möglichst lange auf dem Rücken der Beschäftigten unbemerkt auszutragen. Das System funktioniert heute nur noch durch hoch engagierte Mitarbeiter, die es durch faktischen Lohnverzicht am Laufen halten.

PR: *Sie sprachen von drei Fehlern des Systems, was ist neben der Unterfinanzierung Ihrer Meinung nach noch falsch gelaufen?*

Rundt: Die Pflegeversicherung war das erste Sozialgesetzbuch, das für Leistungsanbieter am Markt geöffnet wurde. Die Auswirkungen sind heute deutlich sichtbar, vor allem im ländlichen Raum. Es ist ein Wettbewerb der Einrichtungen untereinander entbrannt, der ausschließlich über die Kosten definiert wird. Anfangs wurde immer gesagt, die Pflegeversicherung soll in erster Linie den Qualitätswettbewerb und die Rahmenbedingungen in der Pflege verbessern. Stattdessen ist ein Preiswettbewerb zu Lasten der Mitarbeiter entstanden, ein Wettbewerb über Lohndumping.

Der dritte Fehler ist, dass die Leistungen der Pflegeversicherung von Anfang an in ein pauschalisiertes System gequetscht wurden, das die Kosten nie decken konnte. In diesem Zusammenhang wird oft vom System „Teil- statt Vollkasko“ gesprochen. Die Patienten müssen reichlich zuzahlen, um nach Bedarf das Angebot zu ergänzen – oder der Sozialhilfeträger springt doch wieder ein. Außerdem wurden die Pauschalen trotz Steigerung des Preisindex über die Jahre so gut wie nicht erhöht, was einem Verlust von 40 Prozent der Kaufkraft entspricht. Nun wäre eine schlagartige Erhöhung der Pauschalen

um 40 Prozent überzogen, aber die zu geringen Erhöhungen der Vorjahre passen überhaupt nicht zum Kaufkraftverlust insgesamt.

PR: *Sie äußern klare und scharfe Kritik, sodass man sich fragt, wie es überhaupt so weit kommen konnte? Hätte die Politik früher reagieren müssen?*

Rundt: Die Politik hat sich damals ein Stück weit aus der Verantwortung gezogen, indem sie die Pflegeversicherung in die Selbstverwaltung gegeben und sich selbst nur selten eingeschaltet hat, etwa, wenn es um allgemein formulierte Qualitätsmaßnahmen ging. Doch die Selbstverwaltung kann nicht in der Lage sein, alle bestehenden Probleme zu lösen. Die Existenz der Selbstverwaltung muss sich daran messen lassen, ob sie in der Lage ist, den pflegerischen Bereich zukunftsfähig aufzustellen im Hinblick auf den drohenden Fachkräftemangel. Immer weniger Menschen haben Lust, einen Beruf in der Pflege zu ergreifen – das Berufsbild selbst spiegelt dies nicht wider, denn Arbeit in der Pflege ist ein sehr schöner Beruf. Aber viele Fachkräfte verzweifeln an den Rahmenbedingungen und steigen früh aus. Wir nähern uns dem allerletzten Zeitpunkt, das Ruder rumzureißen, und der Pflege eine Chance zu geben, zukünftige Fachkräfte zu gewinnen.

PR: *Eine Gesellschaft, die durch den demografischen Wandel immer älter wird auf der einen, ein akuter Fachkräftemangel und fehlender Nachwuchs auf der anderen Seite – welche Maßnahmen müssen als erstes angegangen werden, um die pflegerische Versorgung auch in Zukunft sicherzustellen?*

Rundt: Die ungute Konkurrenz muss reduziert werden. Ich könnte mir auch vorstellen, den Kommunen mehr Möglichkeiten zur Bedarfsplanung zu geben. Die Vertragspartner der Selbstverwaltung müssen auf die Refinanzierung der Personalkosten in richtiger Höhe achten. Pflegekräfte brauchen eine tarifliche Bezahlung, die konkurrenzfähig zu anderen Berufen mit gleichqualifizierter Ausbildung ist. Ein Automechaniker durchläuft auch eine dreijährige Ausbildung, verdient aber anschließend mehr. Hier herrscht ein gesellschaftliches Ungleichgewicht, wenn eine Arbeit am Menschen schlechter angesehen und vergütet wird als beispielsweise technische Berufe.

PR: *Wie bewerten Sie die Unterschiede innerhalb der Branche, zwischen ambulanter und stationärer Pflege?*

Rundt: Wir stellen eine deutliche Präferenz des ambulanten Bereichs fest, der Großteil der Pflege spielt sich im häuslichen Bereich ab. Die Bedingungen im ambulanten Bereich sind meist noch schlechter, es gibt kaum Vollzeitstellen, dafür geteilte Dienste und ähnliche Voraussetzungen. Deshalb hatte Niedersachsen auch dafür plädiert, dass die Pauschalen im ambulanten Bereich überproportional angehoben werden. Mit dem Pflegegestärkungsgesetz wurden zum 1. Januar 2015 die Leistungsbeiträge aller Bereiche pauschal um vier Prozent erhöht, was den ambulanten Bereich weiterhin benachteiligt. Das hätten wir uns anders gewünscht. Wir erkennen genau, dass die ambulante Versorgung, gerade im ländlichen Bereich mit langen Wegezeiten, uns in abseh-

barer Zeit große Schwierigkeiten bereiten wird. Dabei würden von einer Stärkung des ambulanten Bereichs alle profitieren: die Pflegebedürftigen, die zu Hause wohnen bleiben möchten, genauso wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auch gerne in ländlichen Gebieten arbeiten würden. Nicht zuletzt profitieren die Kostenträger, denn der ambulante Bereich verursacht deutlich weniger Kosten als der stationäre.

PR: Was kann die anstehende Reform der Pflegestufen bewirken?

Rundt: Die Pflegestufen neu zu überdenken und nachjustieren macht immer Sinn, ist aber nicht die Lösung der Probleme. Wichtig ist vor allem die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, hier sehe ich viel Potenzial und hoffe auf mehr Leistungen für die Pflegebedürftigen.

PR: Zum Abschluss würde ich Sie gerne um ein kurzes Fazit zur Pflegeversicherung bitten...

Rundt: Die Pflegeversicherung hat ihr Ziel, die Würde der Men-

schen zu erhalten, nur teilweise erreicht. Sie hat aber auch viele Mängel und bedarf einer Nachsteuerung, damit die Pflege so aufgestellt ist, wie wir uns das alle wünschen.

Frau Ministerin Rundt, ich danke für das Gespräch!

*Interview: Anika Falke
Pressereferentin*

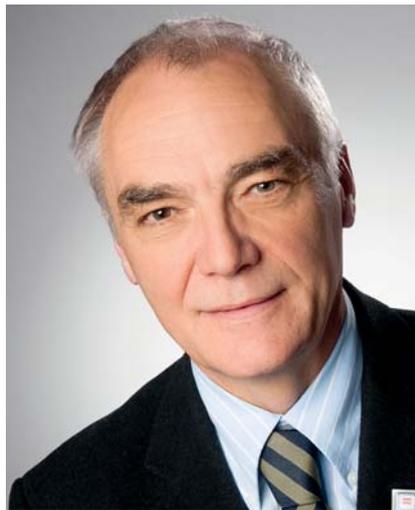
*Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

„Pflegekassen haben sich quer gestellt“

Die Verhandlungen zur Pflegeversicherung

Ralf Hohfeld, jetziger Geschäftsführer der Gemeinnützigen Gesellschaft für paritätische Sozialarbeit Hannover GmbH (GGPS), hat die Entstehung der Pflegeversicherung vor mehr als 20 Jahren für den Paritätischen sozusagen „hautnah“ miterlebt. In seiner Doppelfunktion als Geschäftsführer des Paritätischen Celle mit angeschlossener Sozialstation und Fachberater Ambulante Pflege beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. nahm er Anfang der 90er Jahre an zahlreichen Verhandlungs- und Diskussionsrunden zur geplanten Pflegeversicherung teil. Für den Parität Report erinnert sich Ralf Hohfeld an diese bewegte Zeit zurück.

Das Thema Pflegeversicherung hat uns ab 1993 sehr umgetrieben. Wir sind damals viel unterwegs gewesen, auch im politischen Raum, von Partei zu Partei, von Ministerium zu Ministerium. Und wir haben immer wieder vehement nachgefragt: Was



Ralf Hohfeld

genau kommt da eigentlich auf uns zu, vor allem im Bereich der ambulanten Pflege? Als Geschäftsführer eines Kreisverbandes mit Sozialstation habe ich nicht nur als Verbandsfunktionär mit am Tisch gesessen, sondern konnte die einzelnen Folgen und Auswirkungen der Planungen immer gleich auf die

eigene Arbeit übertragen und daraus Erkenntnisse gewonnen.

An den Verhandlungstischen saßen immer bunt gemischte Runden. Darunter Vertreter des Bundes, die Sozialabgaben einsparen wollten, der Länder, die sich und ihre Kommunen entlasten wollten, der Sozialpolitik, die schnelle Ergebnisse sehen wollten, der Arbeitgeber, der Gewerkschaften... bei so einem bunten Flickenteppich verschiedener Wünsche und Bedingungen kann kein Werk aus einem Guss entstehen. Daher sind bestimmte Konstruktionsfehler der Pflegeversicherung bis heute erhalten geblieben, die auch durch die inzwischen vier Ergänzungen nur teilweise behoben wurden. Ein Knackpunkt ist die deutliche Orientierung an körperlichen Einschränkungen. Wir haben schon damals immer angemahnt: Vergesst die geistig, psychisch und demenzi-

ell eingeschränkten Menschen nicht! Aber diese haben es bis heute nicht in angemessener Weise in die Richtlinien zur Pflegebedürftigkeit geschafft.

Fast alle haben damals nur nach vorne geschaut und gehofft, dass sich die Pflege insgesamt verbessern würde. Aber diejenigen, die sich die Gesetzesentwürfe genauer anschauten, hatten Zweifel, ich gehörte auch dazu. Doch für Zweifel war kein Platz. Ein Bundestagswahlkampf stand bevor, und die wesentlichen Akteure hatten alle den Willen, mit der Pflegeversicherung zu glänzen. Es gab damals zwei Kernprobleme, die die Pflegeversicherung lösen sollte: Zum einen hat eine steigende Zahl von Pflegebedürftigen die Sozialhilfe immer stärker belastet. Zum anderen sollte die Situation der Pflegestruktur deutlich verbessert werden, denn man sah, dass das bis dahin bestehende System nicht mehr allzu lange funktionieren würde. Zur Auswahl standen zwei Alternativen, um die ein politischer Streit entbrannte. Am Ende zog das steuerfinanzierte Leistungsgesetz, das jeden Bürger beteiligt hätte, den Kürzeren zugunsten des heutigen budgetorientierten Systems im Rahmen der Sozialversicherung, das mit einem deutlichen Deckel versehen und dessen Leistungen über die inzwischen 20 Jahre vom Gesetzgeber nur sehr zögerlich ausgeweitet wurden.

Zum Thema finanzielle Kompensation der neuen Versicherung gab es dann sehr turbulente Diskussionen, vor allem, weil die Arbeitgeber nicht bereit waren, paritätisch ihre Hälfte des Anteils zu übernehmen. Um die Arbeitgeberseite

doch mit ins Boot zu holen, gab es verschiedene Ideen. Eine davon war, einen ersten Krankentag ohne Leistungsfortzahlung einzuführen, eine zweite, den Anteil komplett auf den Arbeitnehmer zu übertragen. Schließlich entschied man sich für den Wegfall einer sogenannten Vergünstigung, was dazu führte, dass der Buß- und Betttag in fast allen Ländern als arbeitsfreier Tag abgeschafft wurde. Nur die Sachsen entschieden sich für den Erhalt des gesetzlichen Feiertags, dafür müssen die Arbeitnehmer hier einen höheren Beitrag als im Rest der Bundesrepublik zahlen.

Den Krankenkassen ging es damals nicht gut. Aber dann kam die – gedeckelte – Pflegeversicherung. Und die Kassen haben spitzfindig in hohem Maße versucht, so viele Leistungen wie möglich von der Krankenversicherung in die Pflegeversicherung zu schieben. Teilweise wurden Verordnungen einfach nicht mehr genehmigt und darauf hingewiesen, dass das nun im Rahmen der Pflege erbracht worden und somit aus der Pflegeversicherung zu finanzieren sei. So wurde viel Streit vom Zaun gebrochen, der bis heute andauert, etwa wenn es um die Behandlungspflege im stationären Bereich geht.

Die Pflegekassen haben sich bei den ersten Verhandlungen so sehr vor der Kostenentwicklung in der Pflegeversicherung gefürchtet, als ginge es um ihr eigenes Geld gehen. Sie haben sich bei den Verhandlungen zu den Vergütungen knallhart quer gestellt und sich auch massiv und erfolgreich durchgesetzt, als es um die Festlegung der standardisierten Leistungen ging. Es wurde ein starrer Leistungs-Kom-

plexkatalog entwickelt, der die Pflegeleistungen ohne Bezug auf den zeitlichen Aufwand verpreist. Das starre Leistungssystem steht aber im Widerspruch zu den sehr individuellen Bedarfen der pflegebedürftigen Menschen. Insofern stellt die Pflegeversicherung ein eng gestecktes System dar. Vieles von dem, was früher selbstverständlich war und nach wie vor sinnvoll und notwendig ist, kann im heutigen Wettbewerb nicht mehr oder nur kaum geleistet werden: Der Aufbau zwischenmenschlicher Beziehungen, Zuwendung. Früher hatten Pflegenden deutlich mehr Zeit für einen Besuch. Sie kamen an, schauten, was aktuell zu tun ist, und legten los. Das war mehr von persönlicher Nähe und weit weniger von Zeitaktent geprägt. Auch der stationäre Bereich war vor der Pflegeversicherung, als er die Einstufungen seiner Patienten noch selbst vorgenommen hat, weitaus durchlässiger.

Wenn ich nach 20 Jahren zurück blicke, hat die Pflegeversicherung vor allem politisch viel gebracht. Das Thema Pflege ist in den Fokus der Politik gerückt, und vor allem der Bereich der häuslichen Pflege wurde gestärkt. Aber wirklich entscheidende Veränderungen hat es nicht gegeben, nur mehr Einschränkungen. Wir haben den Weg zur Einführung der Pflegeversicherung begleitet und unsere Stärke als Verband eingebracht. Leider haben wir nicht so viel beeinflussen können, wie wir es uns gewünscht hätten.

*Aufgezeichnet von Anika Falke
Pressereferentin
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

„Selbstständigkeit spielt keine Rolle“

Probleme des engen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und starrer Pflegestufen

Ab wann ist ein Mensch pflegebedürftig und hat, im Sinne der Pflegeversicherung, Anspruch auf Unterstützung? Diese Fragen regelt der Pflegebedürftigkeitsbegriff, der Menschen anhand festgelegter Kriterien in Pflegestufen einsortiert, denen wiederum bestimmte Leistungen zugeordnet sind. Seit Einführung der Pflegeversicherung gab es Kritik am Pflegebedürftigkeitsbegriff, geändert wurde er bisher noch nie. „Eines der größten Probleme ist, dass sich die Hilfebedürftigkeit der Pflegebedürftigen eben nicht nur auf die Bedarfe beschränken, die bei der Ermittlung der Pflegestufe abgefragt werden“, sagt Anne-Kathrin Vogt, Leiterin des Pflegeheims Hannover-Ricklingen GmbH, eine Einrichtung der paritätischen Tochter Gesellschaft für Dienste im Alter mbH (GDA). „Allgemeine Betreuung oder Begleitung, die Tagesstrukturen, die noch vorhandene Selbstständigkeit des Pflegebedürftigen, das alles spielt keine Rolle.“

Bislang wird die Pflegestufe anhand von Begutachtungsrichtlinien ermittelt, die vor allem prüfen, welche täglichen Verrichtungen wie Toilettengänge oder Essen die betreffende Person nicht mehr alleine bewältigen kann. Je nach Schwere des Hilfebedarfs bekommen die Pflegebedürftigen dann Leistungen dieser sogenannten Verrichtungspflege zugesprochen, die nach fest gesteckten Vorgaben von den Pflegenden abgearbeitet werden. „Die Pflegestufen sind viel zu starr und undurchlässig. Die Bedürfnisse der Menschen verschwinden hier im engen Zeittakt

von Waschen, Anziehen und Mobilisieren, das geht am tatsächlichen Bedarf vorbei“, kritisiert Anne-Kathrin Vogt und betont, dass sich das System auch nachteilig auf die Pflegenden auswirkt. „Es geht in erster Linie darum, Checklisten abzuarbeiten und Arbeitsabläufe zu optimieren, das erleben wir hier im Haus auch und finden es sehr schade, denn die Wünsche der Bewohner bleiben so oft auf der Strecke.“ Rücksicht auf tagesformabhängige Bedürfnisse, etwa wenn ein Pflegedürftiger an einem Tag nicht duschen, sondern die Pflegezeit lieber mit anderen Dingen wie Zeitung lesen oder spazieren gehen füllen möchte, sieht das unflexible Zeitkorsett der Verrichtungspflege nicht vor.

„Die Pflegeversicherung hat in den Köpfen vieler Mitarbeiter das Schema ‚Abarbeiten‘ eingebrannt“, erzählt die Einrichtungsleiterin. „Die Mitarbeiter gehen nach Hause, haben ihre Aufgaben erledigt und bekommen so suggeriert, sie hätten gute Arbeit geleistet, doch was heißt das eigentlich? Die Branche muss da kreativer denken und zielgerichteter schauen, was der einzelne Bewohner braucht, was ihn glücklich macht.“ Anne-Kathrin Vogt plädiert dafür, die individuellen Potenziale der Pflegebedürftigen stärker einzubeziehen: Nicht das zu messen, was ein Mensch nicht mehr kann, sondern stattdessen das, was noch möglich ist, in den Mittelpunkt zu stellen. „Für die Pflegebedürftigen bedeutet dies ein neues, besseres Selbstwertgefühl, und auch die Pflegenden können ressourcenorientierter arbeiten.“

Der zweite große Schwachpunkt des Pflegebedürftigkeitsbegriffes ist die nach wie vor zu starke Fokussierung auf somatische, also körperliche Einschränkungen. Zwar werden demenziell bedingte Erkrankungen dank einiger Nachbesserungen inzwischen stärker berücksichtigt. Doch der Verlust der Selbstständigkeit, die mit Demenz einhergeht, und der sich eben nicht auf rein körperliche Beeinträchtigungen reduziert, spielt bei der Einschätzung eine nach wie vor zu geringe Rolle. Auch chronisch kranke Menschen oder Kinder und Jugendliche, die pflegebedürftig sind, werden im aktuellen System nicht adäquat abgebildet. Schließlich ist das Konzept der Leistungskomplexe der ambulanten Pflege, die den Pflegebedürftigen je nach Pflegestufe zugute kommen, nur schwer vermittelbar. „Die Leistungserbringungen müssen transparenter und einfacher werden“, meint Anne-Kathrin Vogt. „Das komplizierte System mit Kombilösungen, Leistungsverchiebungen und Ähnlichem ist schwer erklärbar und für viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen nicht nachvollziehbar.“

Abhilfe soll ein neues Modell zur Beschreibung der Pflegebedürftigkeit schaffen, das der mit Wissenschaftlern und Verbänden besetzte Pflegebeirat der Bundesregierung bereits 2005 entwickelt hat und das sich zurzeit in einer Testphase befindet. Geplant ist, das neue Begutachtungsassessment (NBA), das auch geistige Einschränkungen umfasst, im Jahr 2017 flächendeckend einzuführen. Statt bisher

drei Pflegestufen sieht das neue Modell fünf Pflegegrade vor. Bei der Messung der Pflegebedürftigkeit steht nicht mehr länger der Zeitaufwand für einzelne pflegerische Tätigkeiten im Vordergrund, sondern das, was der Betroffene noch leisten kann: Ermittelt wird der Grad der Beeinträchtigung der

Selbstständigkeit im täglichen Leben. So werden etwa Mobilität, örtliche Orientierung, Selbstversorgung oder Alltagsgestaltung anhand eines Punktesystems bewertet und daraus der Pflegegrad ermittelt. „Die neue Checkliste ist gut prüfbar, schnell, einfacher und viel angenehmer“, sagt Anne-Kathrin Vogt. „Es

ist kein Feilschen um Minuten mehr, sondern legt den Fokus auf die individuelle Abhängigkeit der betroffenen Menschen.“

Anika Falke
 Pressereferentin
 Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Niedersachsen e.V.

Arbeit im Laufschrift – für geringes Entgelt

Die Pflege als Teil eines wirtschaftlichen Marktsystems

Ausgangssituation und Ziele

Mit der Einführung der Pflegeversicherung wurde neben einer Reihe sozialpolitischer Ziele auch der ordnungspolitische Ansatz verfolgt, privaten und freigemeinnützigen Dienstleistern den Vorrang bei der Erbringung von Pflegedienstleistungen einzuräumen. Im ambulanten Bereich führte dies sehr rasch zu einer massiven Ausweitung der Anbieter. Einer sehr großen Anzahl neu gegründeter Pflegekassen stand eine noch größere Anzahl neu gegründeter ambulanter Pflegedienste bzw. privatisierter ehemaliger kommunaler Sozialstationen gegenüber. Während sich die Anzahl der Pflegekassen im Laufe der Zeit durch Fusionen gravierend verringerte, hat sich die Vielzahl der ambulanten Pflegedienste bis heute kontinuierlich ausgeweitet.

Auch im stationären Bereich haben sich diese ordnungspolitischen Ansätze soweit durchgesetzt, dass kommunale Pflegeheime heutzutage die absolute Ausnahme darstellen. Verbunden mit einem sehr dynamischen Wachstum haben sich auch im stationären Bereich private und freigemeinnützige An-

bieter durchgesetzt. Zu diesem Wachstum beigetragen hat neben der Pflegeversicherung eine Änderung des niedersächsischen Pflegegesetzes im Jahr 2004. Während bis dahin die Kommunen einen steuernden Einfluss auf den Neubau von stationären Pflegeplätzen nehmen konnten, gilt seither die Prämisse „wer kann, der darf“. Wer fachlich und wirtschaftlich geeignet ist, darf stationäre Altenpflege anbieten, muss sich um eine ausreichende Auslastung am Markt jedoch selbst kümmern.

Ebenso prägend wie die Pflegeversicherung war in diesem Bereich die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts. Die seit Anfang der 2000er Jahre geltende Rechtsprechung legte den absoluten Fokus auf den sogenannten externen Vergleich. Damit waren nicht die tatsächlichen Gesteungskosten der Leistungsanbieter der entscheidende Faktor für die Entgeltfindung, sondern der Vergleich mit anderen Anbietern im Einzugsgebiet. Diesbezüglich hat das Bundessozialgericht erst in jüngerer Vergangenheit einen gravierenden Schwenk eingeleitet und bestätigt seither die Wirtschaftlich-

keit von Anbietern, die ihre Angestellten nach Tarif bezahlen.

Der Markt in der Praxis

Wie bei fast allen sozialen Dienstleistungen auch, funktioniert der „Markt“ für Altenpflegeleistungen nicht in der Reinkultur einer Kunden-Lieferanten-Beziehung. Der Pflegebedürftige wählt sich eine Leistung aus, deren Qualität und Preis zwischen dem Leistungsanbieter und den Kostenträgern vereinbart wurden.

Im ambulanten Bereich hat sich der „Markt“ so entwickelt, dass sich das Kostenträger-Oligopol, bestehend aus sehr wenigen Pflegekassenverbänden, bei der Beschreibung der Leistungskomplexe durchgesetzt hat und seit zehn Jahren der sogenannte Niedersachsenkatalog Anwendung findet. Die mit Punkten bewerteten Leistungen werden, verbunden mit einem auszuhandelnden Punktpreis, ohne Ansehen der konkreten Einsatzzeit vergütet. Sowohl bei den auf Landesebene durchgeführten Verhandlungen wie auch in evtl. Schiedsverfahren haben sich nie spürbare Preiserhöhun-

gen durchsetzen lassen. Hier haben sich die politischen Sparsamkeits-hinweise und die bunte Vielfalt des Anbietermarkts preisdämpfend ausgewirkt. In der Folge muss aufgrund des schlechten Preisniveaus die Arbeit so effektiviert und verdichtet werden, dass ambulante Pflege sozusagen im Laufschrift erfolgen muss.

Im stationären Bereich haben sich die oben beschriebenen Prämissen ebenfalls preisdämpfend ausgewirkt. Das gewachsene Angebot an stationären Pflegeplätzen hat insbesondere in Ballungsgebieten zu Leerständen geführt. Folglich mussten die Betreiber im Wettbewerb, um eine gute Auslastung bestrebt, mit attraktiven Preisen am Markt agieren. Ferner sorgte der sogenannte externe Vergleich bei vielen Anbietern für eine Tariffucht und damit zu einer Senkung der Bezahlung der Beschäftigten, die heutzutage lautstark von allen politischen Parteien beklagt wird. Verschärfend kam hier hinzu, dass die Erstattungsbeträge der Pflegekasse erst jetzt nach 20 Jahren in der Höhe etwas angepasst wurden. Im Umkehrschluss führte

dies dazu, dass jede Preissteigerung voll zu Lasten des Privatzahleranteils ging. Folglich musste ein größerer Anteil der Rente für den Pflegebedarf aufgewendet werden oder, sofern die Rente hierfür nicht ausreichte, wurden zusehends mehr Pflegebedürftige auf staatliche Unterstützung bei der Hilfe zur Pflege angewiesen. Dieser Effekt konterkariert ein Kernziel der Pflegeversicherung, nämlich Pflegebedürftige nicht vom Staat abhängig werden zu lassen.

Unter den beschriebenen Voraussetzungen haben die marktwirtschaftlichen Elemente bei der Erbringung von Pflegeleistungen dafür gesorgt, dass Träger mit kaum mehr realistischen Auslastungsquoten von 98 % im stationären Bereich wirtschaften müssen, was dort wie auch im ambulanten Bereich zu Arbeitsplätzen geführt hat, auf denen für vergleichsweise geringes Entgelt im Laufschrift gearbeitet werden muss.

Fazit

Der Anbietermarkt sowie die Me-

chanismen zur Preis- und Qualitätsfindung haben bislang dafür gesorgt, dass sich Betroffene, Pflegekassen und Kommunen die Aufwendungen für die Pflege gerade so leisten können. Angesichts der demografischen Entwicklung ist jedoch von einer Ausweitung der Pflegeleistungen auszugehen.

Andererseits sind diese Mechanismen in keiner Weise geeignet (gewesen), attraktiv bezahlte Arbeitsplätze für die Erbringung einer dem Pflegebedürftigen zuwandten Daseinsvorsorge zu gestalten. Dies wird jedoch die entscheidende Herausforderung werden. Auch in absehbarer Zukunft werden Bauten, Pflegehilfsmittel und Preise eine entscheidende Rolle spielen. Alles überlagern wird jedoch die Frage, welcher Leistungsanbieter ausreichend Personal mit Fachlichkeit, Motivation und Freude an dieser Arbeit gewinnen kann.

Martin Kupper

Geschäftsführer

Albert-Schweitzer-Familienwerk e.V.

Qualitätsprüfungen in der Pflege: Noten ohne Aussagekraft

Bundesweit einzigartiges Projekt in Hannover will Prüfsystem verbessern

Als die Pflege noch im Bereich der Sozialhilfe verankert war, spielte die Frage nach der Qualität im Alltag fast keine Rolle. Es gab keine Richtlinien oder Überprüfungen, grundsätzliche Fragen wie „Was ist Qualität in der Pflege?“ oder „Wer ist dafür zuständig?“ blieben unbeantwortet. Die Verbesserung der Qualität in der Pflege und eine

institutionelle Qualitätssicherung gehörten daher zu den wichtigsten Zielen, die die Pflegeversicherung erfüllen sollte. „Die Pflege hatte, vor allem durch negative Einzelfälle, die in der Presse hochstilisiert wurden, einen schlechten Ruf, den es zu verbessern galt“, erinnert sich Tilman Leptihn, Leitung Care Management der pa-

ritätischen Tochter Gesellschaft für Dienste im Alter mbh (GDA), und damit zuständig für das Qualitätsmanagement der Organisation. „Die Idee, im Rahmen der Pflegeversicherung eine gute Qualitätssicherung und aussagekräftige Qualitätsprüfungen einzuführen, wurde daher von allen Beteiligten daher begrüßt.“

Starke Paritätische Beteiligung am Modellprojekt „Pflegequalität Hannover“

Mit der Gesellschaft für Dienste im Alter mbH (GDA) nehmen eine Tochtergesellschaft und mit der ProSENIS GmbH eine Mitgliedsorganisation des Paritätischen Niedersachsens an dem Modellprojekt „Pflegequalität Hannover“ zur alternativen Messung von Ergebnisqualität in der Pflege teil. „Wir freuen uns über diese trägerübergreifende Vernetzung mit starker paritätischer Beteiligung“, sagt Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen Niedersachsens. „Einrichtungen unterschiedlichster Trägerschaft haben sich zum Wohle der Pflegebedürftigen zusammen getan, davon werden alle Beteiligten profitieren.“

Die GDA ist mit dem Pflegeheim Hannover-Ricklingen und dem Wohnstift Hannover-Kleefeld beteiligt, ProSENIS nimmt mit dem Seniorenheim Am Lönspark teil. Insgesamt gestalten acht unterschiedliche Altenpflege-Träger des Wohlfahrtsbereichs sowie in privater, kommunaler und kirchlicher Trägerschaft das Projekt, das am 1. März 2015 unter dem Dach des regionalen Branchennetzwerks Gesundheitswirtschaft Hannover e.V. in die praktische Umsetzung startete. Kooperationspartner sind die Heimaufsicht und der MDK, die wissenschaftliche Begleitung übernimmt das Institut Pflegewissenschaft der Universität Bielefeld unter Leitung von Dr. Klaus Wingenfeld, die Region Hannover

fördert das Projekt. In einem Zeitraum von zweieinhalb Jahren prüfen geschulte Kräfte in regelmäßigen Abständen von sechs Monaten die Kriterien wie Erhalt der Selbstständigkeit, Unterstützungsbedarf oder Gesundheitsschutz – allerdings nicht im eigenen, sondern in einem fremden Pflegeheim. Die Daten werden ausgewertet und verglichen, um so Erkenntnisse zu gewinnen, wie sich bestimmte Pflegemaßnahmen im Laufe der Zeit bewähren.

Mit dem Projekt soll ein Urgedanke der Pflegeversicherung erfüllt werden: Ergebnisqualität messbar und vergleichbar zu machen und für Bewohner, Mitarbeiter und die Öffentlichkeit transparenter abzubilden. „Wir wissen, dass die Menschen dort gepflegt werden wollen, wo sie wohnen. Ziel ist es also, stets die beste Lösung für die pflegebedürftigen Menschen vor Ort zu realisieren. Das Modellprojekt ist ein guter Anfang, um diesen Wünschen in der Region Hannover nachzukommen, indem es die Ergebnisse der Pflege für alle Beteiligten transparent macht“, sagt Birgit Eckhardt.

Anika Falke
 Pressereferentin
 Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Niedersachsen e.V.

20 Jahre später ist der „Pflege-TÜV“, wie die Prüfungen des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) im allgemeinen Sprachgebrauch genannt werden, gesetzestreu zu einem Pflichttermin für stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen geworden. Die Prüfungen finden regelmäßig statt, das Ergebnis wird in Schulnoten bewertet und im Sinne von größtmöglicher Transparenz dokumentiert und im Internet veröffentlicht. So gesehen ist die Qualitätssicherung einheitlich gestaltet. Aber: „Die Aussagekraft dieser Prüfungen ist gleich Null“, sagt Tilman Leptihn. „Geprüft wird fast ausschließlich die Dokumentation, die auch immer hervorragende Ergebnisse erzielt. Doch über die Ergebnisqualität, auf die der Gesetzgeber so großen Wert gelegt hat, wird in den Prüfungen so gut wie nichts ausgesagt.“

Von Beginn an sollte aber genau dies, das Wohlbefinden der Patienten, der direkte Erfolg der Pflege, im Mittelpunkt der Qualitätsprüfungen stehen, darüber waren sich alle Beteiligten einig. Doch während die Funktionen eines Autos problemlos anhand einer Checkliste kontrolliert werden können, ist die Überprüfung eines Dienstes am Menschen von vielen subjektiven Faktoren abhängig, die sich nicht deckungsgleich abhandeln lassen. Um ein solches System zu entwickeln, braucht es Zeit – und die war Mangelware, als es vor rund 20 Jahren darum ging, eine Qualitätsprüfung der Pflege zu entwickeln. „Durch den Druck von außen wurde damals viel mit heißer Nadel gestrickt“, erinnert sich der GDA-Qualitätsmanager und fügt selbstkritisch hinzu: „Die Branche war ja damals auch beteiligt und

wir haben uns zu schnell Prüfkriterien aufdrücken lassen. Erst später, in der Praxis, kam die Erkenntnis, dass die Kriterien fast ausschließlich die Strukturen und so gut wie keine Ergebnisse prüfen.“

Seitdem steht die genaue und sorgfältige Protokollierung der Abläufe und Strukturen im Mittelpunkt der Pflege, wenn es darum geht, gute Noten zu erhalten. Die Branche hat ihre Hausaufgaben gemacht und kennt die Kriterien, die gefragt sind, um sich der Bundesdurchschnittsnote von 1,2 (ambulante Dienste) bzw. 1,3 (stationäre Einrichtungen, Stand je Dezember 2014) anzunähern. Das Befinden der PatientInnen selbst wird in diesen Noten kaum widergespiegelt. Zwar werden Bewohner seit dem Inkrafttreten des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes zum 1. Juli 2008, mit dem das Notensystem und die Veröffentlichung im Internet eingeführt wurden, auch selbst nach dem Befinden gefragt. „Aber wenn der Bewohner kurz gefragt wird, ob es ihm gut geht, antwortet er in der Regel mit Ja“, bemängelt Tilman Leptihn. Das individuelle, subjektive Empfinden und die direkten Ergebnisse der

Pflegearbeit spielten so nach wie vor eine zu vernachlässigende Rolle. „Diese Noten sagen nichts über das aus, was eigentlich geprüft werden sollte. Und da fast alle gute Noten haben, kann der Verbraucher auch nicht vergleichen. Eine unbefriedigende Situation für alle Seiten.“

Dass das Prüfsystem dringend überarbeitet werden muss, ist allen Beteiligten bewusst. Als Ansatz dafür verweist Tilman Leptihn auf das vom Bundesgesundheitsministerium geförderte Projekt zur Beurteilung von Ergebnisqualität in der stationären Altenhilfe, besser bekannt als „Wingefeld-Studie“. Die wissenschaftliche Studie schlägt einen Fragenkatalog vor, der unmittelbare pflegebedingte Ergebnisse in den Vordergrund rückt, etwa den Mobilitätsgrad des Bewohners kontrolliert oder prüft, ob ein Dekubitus vorliegt. Zwei Mal pro Jahr sollen Mitarbeiter ihre Bewohner so befragen und einschätzen und die Ergebnisse im Verlauf vergleichen. „Leider ist diese Methode bisher nicht für Fremdüberprüfung geeignet und wäre daher, wenn man Böses unterstellen würde, manipulierbar“, erklärt Tilman Leptihn.

Um dieses Problem zu lösen, ist in Stadt und Region Hannover, initiiert durch den Verein Gesundheitswirtschaft Hannover e.V., ein trägerübergreifendes Projekt an den Start gegangen, das Kriterien der Wingefeld-Studie so weiterentwickeln will, dass sie auch von außen bewertet werden können. Dem bundesweit einzigartigen „Modellprojekt Pflegequalität Hannover“ gehören acht Einrichtungen, darunter das GDA Pflegehaus Hannover-Ricklingen und das GDA Wohnstift Hannover-Kleefeld, an (siehe dazu auch Extra-Bericht).

„Es geht ja nicht darum, dass wir uns nicht prüfen lassen wollen, im Gegenteil. Wir nehmen den Verbraucherschutz ernst, und wer keine Qualität hat, wird sich am Markt sowieso nicht durchsetzen“, meint Tilman Leptihn. Er ist optimistisch, dass dank Maßnahmen wie der Entbürokratisierung in der Pflege oder des hannoverschen Modellprojekts richtige Schritte zur Verbesserung der Qualitätssicherung unternommen werden.

Anika Falke
 Pressereferentin
 Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Niedersachsen e.V.

Hoch engagierte Fachkräfte halten das System aufrecht

Alltägliche Problemstellungen in der ambulanten Pflege

Pflege im Minutentakt, Fachkräftemangel, wachsende Arbeitsverdichtung, Refinanzierungsprobleme, überbordende Bürokratie – bei der ambulanten Pflege häufen sich die Probleme derart, dass sich die Frage, wie das System überhaupt noch funktionieren kann,

unweigerlich aufdrängt. „Es geht nur mit dem freiwilligen Einsatz der Mitarbeiterinnen über ihre Arbeitszeit hinaus. Die ambulante Pflege ist geprägt von dem hohem Engagement der Pflegenden, die sich um ‚ihre Leute‘ kümmern, sich für sie verantwortlich fühlen

und sich mit ihrer Aufgabe identifizieren“, sagt Dagmar Kosinski, Geschäftsführerin des Paritätischen Vereins Heidekreis e.V., der im Gebiet Schwarmstedt und Bad Fallingb. unter anderem zwei Sozialstationen betreibt, in denen pflegerische und hauswirtschaftli-

che Dienstleistungen sowie niedrigschwellige Betreuung angeboten werden. „Die Frage ist nur, wie sich dies zukünftig entwickeln soll. Die meisten unserer Mitarbeiterinnen sind älter als 40 Jahre, viele sind seit über 15 Jahren dabei. Die Verweildauer jüngerer Menschen ist geringer, sie suchen sich eher was anderes, wenn die Arbeitsbedingungen nicht stimmen.“

Düstere Aussichten für die Zukunft der ambulanten Pflege, deren Bedarf aufgrund des demografischen Wandels und der damit verbundenen Alterung der Gesellschaft weiter steigen wird. Was benötigt wird? Entlastung, besser Vergütungen und mehr Anerkennung für die Pflegekräfte. „Die Vergütung muss dringend angepasst werden“, meint Dagmar Kosinski. „Es muss mehr Zeit für die Pflege bleiben, und die Menschen müssen ansprechend bezahlt werden. Wir leben momentan sozusagen von der Hand in den Mund.“

Bevor die Pflegeversicherung eingeführt wurde, waren Gemeindegewerkschaften für die häusliche Pflege zuständig. Dagmar Kosinski war zu Beginn der 90er Jahre für die Sozialstation des Paritätischen Vereins Heidekreis in Bad Fallingbostal zuständig. Sie erinnert sich: „Die damals schon zu wenigen Beschäftigten waren hoffnungslos überfordert und die Nachfrage stieg immer mehr. Die Krankenkassen zahlten Pauschalen für die Gemeindegewerkschaften, aber wir hatten einfach zu wenige Mitarbeiter in diesem Bereich.“ Als Lösung warb der Verein Pflegehilfskräfte an und begann, zur Finanzierung der zusätzliche Kräfte, einen Beitrag von rund 10 Mark für die Grundpflege zu er-

heben. „Wir waren damals einer der ersten, die Geld für die Grundpflege genommen haben. Das sorgte für einigen Wirbel.“



Den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ambulanten Pflege wird ein hohes Maß an Vertrauen und Ansehen entgegen gebracht.

Auch jetzt ist der Verein Heidekreis wieder involviert, wenn es darum geht, neue Wege zu beschreiten, um die Finanzierungssituation der ambulanten Pflege zu verbessern. Die aktuellen Probleme ergeben sich in erster Linie durch die nicht ausreichende Refinanzierung der Pflegekassen, die die Stundensätze, die eigentlich benötigt werden, um ausreichend Zeit für menschenwürdige Pflege zu haben, nicht anerkennen, erklärt die Geschäftsführerin. „Was die Kasse bezahlt, spiegelt nicht die Leistungen wider, die tatsächlich erbracht werden.“ Schon jetzt legen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Eigeninitiative „eine Schippe drauf“, nehmen sich ein paar Minuten extra Zeit für ein Gespräch oder erledigen kleine Besorgungen nach Feierabend. Leistungen wie Ur-

laube, Fortbildungen, Wegezeiten oder der hohe bürokratische Aufwand, der die Pflege mehr und mehr beherrscht, spielen keine oder eine zu vernachlässigende Rolle bei der Berechnung der Sätze. Der Paritätische Verein Heidekreis hatte versucht, bei der Schiedsstelle einen höheren Stundensatz zu erstreiten, und dafür alle Kosten aufgelistet und nachgewiesen. „Aber das hat keinen interessiert, wir sind mit unserer Forderung von 45 Euro pro Stunde nicht durchgekommen und arbeiten weiter mit dem Höchstsatz für Grundpflege von etwas über 39 Euro, das ist angesichts der Personalkostensituation eigentlich ruinös“, sagt Dagmar Kosinski.

Momentan beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe von Pflegediensten im Paritätischen mit der Kalkulation der Kosten von Pflegediensten, um zu aktuellen und belastbaren Zahlen zu kommen, die aufzeigen sollen, dass das, was gewährt wird, nicht reicht. Es ist ein zähes Ringen um Minuten und Cent, dem die ambulanten Dienste im Rahmen der Selbstverwaltung der Pflegeversicherung ausgesetzt sind. „Auf der einen Seite sollen wir ein Wirtschaftsunternehmen sein, auf der anderen Seite können wir die Sätze mit unseren Klienten nicht frei verhandeln, sondern müssen uns nach den Vorgaben der Kassen richten, das passt nicht zusammen“, meint die Geschäftsführerin der paritätischen Mitgliedsorganisation.

Bis sich etwas tut, geht es vor allem darum, die Motivation der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hoch zu halten. Der Paritätische Verein Heidekreis hat sich zu diesem Zweck dem Verbundprojekt „Kompetenzbasierte Lauf-

bahngestaltung in der Pflege“ der Universität Vechta angeschlossen, in dem Innovationspotenziale der Mitarbeiter genutzt werden, um ihnen kompetenzbasiert Aufgaben zu übertragen und so die Grundlage für geeignete Fachkarrieren zu bilden. Ausbildungsbeauftragte und betriebliches Gesundheitsmanagement gehören ebenso zu den Angeboten wie ein Gehalt nach TVöD durch den Verein. Im Großen und Ganzen seien die Arbeitsbedingungen so „in Ordnung“, meint Dagmar Kosinski. Dies läge nicht zuletzt an der relativ überschaubaren Konkurrenz im Einzugsgebiet der Sozialstationen des Ver-

eins. Dünne Besiedlung und lange Fahrten von Patient zu Patient machen die Gegend für private Anbieter, die lieber auf kurze Zeiten und größtmöglichen Ertrag setzen, unattraktiv.

Dabei wäre etwas Unterstützung alles andere als unwillkommen, denn die Nachfrage nach ambulanter Pflege übersteigt schon jetzt das Angebot, dem der Paritätische Verein Heidekreis nachkommen kann. „Wir stoßen seit einiger Zeit an unsere Grenze und können nicht mehr alles übernehmen“, erklärt die Geschäftsführerin. Und der Nachwuchs tut sich schwer, sich

für das Berufsbild Altenpflege zu entscheiden. Zwar werde den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Branche ein hohes Maß an Vertrauen und Ansehen entgegen gebracht. „Aber in der Gesellschaft an sich ist die Altenpflege als Arbeit nicht beliebt“, sagt Dagmar Kosinski. „Der Beruf und die Rahmenbedingungen müssen attraktiver für junge Menschen werden, damit sie sich für die Pflege entscheiden – und auch dabei bleiben.“

Anika Falke

Pressereferentin

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

„Stationäre Pflege wird politisch benachteiligt“

Döring: Vollabsicherung mit der Pflegeversicherung ist möglich und machbar

Christian Döring ist Geschäftsführer der Paritätischen Mitgliedsorganisation Seniorenwerk Gemeinnützige Heimträgergesellschaft mbH, die unter anderem in Hannover das Senioren- und Pflegeheim „Am Gutspark“ und in Ahlden (Lehrte) das Seniorenwohn- und Pflegeheim „Im Wiesengrund“ betreibt. Die beiden Häuser bieten rund 200 pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren ein Zuhause fürs Alter. Im Gespräch mit dem Parität Report berichtet Christian Döring, wie sich die stationäre Pflege seit Einführung der Pflegeversicherung entwickelt hat.



Christian Döring

Parität Report: Herr Döring, wie stellt sich, ganz allgemein, die aktuelle Situation in der stationären Pflege unter den Vorgaben der Pflegeversicherung dar?

Christian Döring: Die Pflegeversicherung bietet derzeit keine aus-

reichende finanzielle Absicherung für den einzelnen Bürger, wenn er pflegebedürftig und in einer Pflegeeinrichtung versorgt wird. Finanzielle Eigenbeteiligung ist die Folge. Ursache ist der bis 2014 fehlende Inflationsausgleich bei den Leistun-

gen der Pflegeversicherung und die stetig gewachsene Pflegeintensität im Leistungsfall. Ärgerlich ist für alle Beteiligten eine Verschiebung von direkten Pflegezeiten, also die Zeit, in der sich die Pflegekraft beim Pflegebedürftigen befindet, hin zu indirekten Pflegezeiten, also Dokumentation. Durch diese Entwicklung ist der Arbeitsalltag der Pflegekräfte von einem Mehr an Dokumentation geprägt als noch vor ein paar Jahren. Hier entsteht eine Menge Frustration. Die Vorgaben der sogenannten Transparenzinitiative (landläufig „Pflege-TÜV“) haben hier ihr Übriges getan. Durch Dauerkontrolldruck in den Einrichtungen ist ein übersteigter Zwang zur internen Selbstkontrolle der Dokumentation entstanden. Trotz allem werden sehr gute Dienste für die Pflegebedürftigen geleistet. Mit dem Pflegeneu-

richtungsgesetz wurden Impulse in die richtige Richtung gesetzt. Beispielfähig ist der weitere Ausbau von tagesstrukturierenden Betreuungsangeboten zu nennen.

PR: *Welches sind die „klassischen“ Probleme, die sich speziell in der stationären Pflege finden?*

Döring: Als klassisches Problem kann man, wenn überhaupt, das schlechte Image der stationären Altenpflege in Deutschland benennen. Durch Skandalisierung und einseitige Berichterstattung wird immer wieder der Eindruck erzeugt, dass in Pflegeeinrichtungen schlechte Lebensbedingungen für den Pflegebedürftigen und schlechte Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter herrschen. Das stimmt nicht! Die Pflegeheime haben sich in den letzten 20 Jahren zu modernen und komfortablen Dienstleistungsunternehmen gewandelt, was zu einer deutlichen Leistungsverbesserung für jeden Bewohner geführt und die Arbeitsbedingungen des einzelnen Mitarbeiters verbessert hat. Klar gibt es schwarze

Schafe. Insgesamt ist die stationäre Altenpflege besser als ihr Ruf.

PR: *Ist die stationäre Pflege im Vergleich zur ambulanten Pflege Ihrer Meinung nach benachteiligt?*

Döring: Die stationäre Pflege wird in Deutschland politisch benachteiligt. Unter dem Stichwort „ambulant vor stationär“ wird der Bevölkerung durch sämtliche politischen Entscheidungsträger auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene vorgegaukelt, dass eine ambulante Pflege die deutlich individuelle und billigere Versorgungsform sei. Diese Behauptung ist falsch. Eine ambulante Versorgung auf dem Niveau von stationärer Pflege kostet deutlich mehr Geld, um die gleiche Versorgungsqualität wie im Heim zu erreichen. Das fängt mit baulichen Voraussetzungen an und endet mit der dauernden Verfügbarkeit einer Pflegekraft, welche im stationären Sektor immer gegeben ist, im ambulanten Sektor hingegen unmöglich, mal vom Teilbereich der Intensivpflege abgesehen.

PR: *Wie verhält es sich mit der für Laien komplizierten und uneinheitlichen Abrechnung der Behandlungspflege? Warum übernehmen die Kassen diese Leistungen, zu denen etwa Blutdruck messen und Medikamentengabe gehören, nicht für den stationären Bereich und wie könnte man dieses Problem lösen?*

Döring: Die systemwidrige Finanzierung der Behandlungspflege über die Pflegeversicherung im stationären Sektor gehört revidiert. Sie ist als delegationsfähige, ärztlich verordnete Leistung normalerweise der gesetzlichen Krankenversicherung zugeordnet. Bei Ein-

führung der Pflegeversicherung 1995 wurde die Behandlungspflege systemwidrig den Pflegeheimen übergestülpt und nunmehr im gedackelten SGB XI Leistungssatz finanziert. 2010 wurde mit dem Pflegeweiterentwicklungsgesetz dieser Umstand manifestiert. Es ist eine alte Forderung, die Behandlungspflege im stationären Sektor als Leistungsbestandteil der Krankenversicherung zu finanzieren. Der Gesetzgeber ist aufgerufen, seine selbst geschaffene systemische Benachteiligung der Heimbewohner aufzuheben. Leider sehe ich wenig Interesse, hier wirklich tätig zu werden. Steigende Krankenversicherungsbeiträge wären nämlich die Folge.

PR: *Welche Rolle spielt die Auslastung der Häuser bei der Refinanzierung der stationären Pflege? Wie hoch muss sie sein, um auskömmliches Arbeiten zu ermöglichen und was ist die Konsequenz, wenn sie nicht erreicht werden kann?*

Döring: Die Auslastung der Häuser spielt bei der Refinanzierung die zentrale Rolle. Eine vorgegebene Auslastung bestimmt wesentlich den Preis für die Pflegebedürftigen. Hier arbeiten die Pflegekassen seit Jahren mit vorgegebenen Auslastungskennziffern (derzeit 98-prozentige Durchschnittsbelegung). Prinzipiell arbeitet eine Einrichtung erst ab diesem Auslastungsgrad rentabel. Sinkt die Auslastung unter die vorgegebene Kennziffer, muss der Heimbetreiber mit Personalanpassungen reagieren. Dadurch besteht die Gefahr einer personellen Unterbesetzung, was die Versorgung der verbleibenden Bewohner in der Einrichtung grundsätzlich schwieriger macht.

ACHTUNG

Für die Ausgabe 02/2015 des Parität Report ist
Redaktionsschluss am

**Montag,
11. Mai 2015**

Bitte schicken Sie Ihre Beiträge und Bilder in druckfähiger Größe (ab 1 MB, Einzeldatei) an presse@paritaetischer.de

PR: Welche Entwicklungsmöglichkeiten sehen Sie bei der Pflegeversicherung, welche Wünsche nach Veränderung hätten Sie?

Döring: Eine wesentliche Entwicklungsmöglichkeit ist das Schaffen einer auskömmlichen Finanzierung. Die Einführung einer Vollabsicherung mit der Pflegeversicherung ist möglich und machbar. In der Bevöl-

kerung besteht eine hohe Akzeptanz, mehr Geld für die Pflege zu mobilisieren, wenn damit die Leistungen für den einzelnen Pflegebedürftigen nachhaltig verbessert werden. Ein zweiter Wunsch wäre die Verlagerung der Behandlungspflege im stationären Sektor zurück in die gesetzliche Krankenversicherung. Eine Verbesserung des Berufsethos und des Ansehens für

Menschen, die in der Pflegebranche arbeiten, ist dann das „Sahnehäubchen“ auf meiner Wunschliste.

Herr Döring, vielen Dank für das Gespräch!

*Interview: Anika Falke
Pressereferentin
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Vom Mauerblümchen zum Shooting-Star

Ein steiniger Weg – Tagespflege in Deutschland

Zur Geschichte

Von der Einführung der Pflegeversicherung bis zum Pflegeweiterentwicklungsgesetz im Jahr 2008 war der Leistungsanspruch „Tagespflege“ gekoppelt an die häusliche Pflegesachleistung oder das Pflegegeld. Dies stellte ein erhebliches Hemmnis für viele Pflegebedürftige dar, da eine exakte Berechnung des Leistungsanspruchs nur schwer möglich war. Es war ja unklar, wie viel der ambulante Pflegedienst abrechnen würde und was für die Tagespflege übrig blieb. Pflegegeld wollte man auch nicht verlieren. Auch konkurrierende Pflegedienste, die ihre Felle wegschwimmen sahen, haben die Tagespflege bewusst klein gehalten bzw. nicht forciert.

Das Pflegeweiterentwicklungsgesetz bringt 2008 die Wende

Eine zusätzliche Finanzierung der Tagespflege mit 50 % der Sachleistungsansprüche, die nicht mehr mit der häuslichen Pflege verrechnet werden mussten, bescherte der Tagespflege einen ersten kleinen Boom. Vorwiegend Einrichtungen

der stationären Altenhilfe erkannten das Potenzial von Tagespflege und bundesweit entstanden neue Einrichtungen, teils jedoch schneller, als sich die Pflegebedürftigen und/oder deren Angehörigen sich dem Thema Tagespflege öffneten. Deshalb konnte vielerorts nicht mit einer schnellen und dauerhaften Auslastung der Tagespflegeeinrichtungen kalkuliert werden. Eine Imagekampagne der Pflegeversiche-

rung für die Tagespflege fehlte. Allein die wenigen Einrichtungsträger informierten und klärten auf.

Aktuelle Lage

Inzwischen ist die Tagespflege, trotz mancher übereilten Hoffnung auf schnelle Auslastung, im Vormarsch. Die Kundenzahlen steigen an, die örtliche Mund-zu-Mund-Propaganda zufriedener Kunden tut ihr Übriges, so dass auch am-



Gemeinsame Gymnastik gehört zu den Angeboten der Tagespflege.

bulante Pflegedienste ihr Portfolio mit der Gründung von Tagespflegen erweitern. Mittlerweile hat sich die Tagespflege als Einrichtungsart insbesondere durch ihren besonderen Charakter, wenn nicht sogar „Charme“, etabliert. Die flexible Art der tageweisen Nutzung, der Service des Transportdienstes und die vielen kreativen Angebote erhöhen den Beliebtheitsgrad. Die teilstationäre Tagespflege bietet in anerkannter Weise eine hervorragende Entlastung für pflegende Angehörige und allen Tagesgästen einen abwechslungsreichen Tag mit Erlebnissen für alle Sinne. Die Wirkung von Tagespflege beruht im wesentlichen auf 2 Pfeilern:

Für pflegende Angehörige:

- Effiziente tageweise Entlastung
- Eigene Terminplanung wird wieder verlässlicher
- Zeit und Raum zur Erledigung eigener Interessen
- Erholung durch aufatmen, abschalten
- Soziale Kontakte wieder aufleben lassen

Für Pflegebedürftige:

- Erlebnisse, Kreativität und Aktivität
- Gemeinschaft neu erfahren gegenseitiges helfen und Rücksichtnahme
- Gruppenzugehörigkeit, zusätzliche Anerkennung und Ansprache
- Wieder soziale Kontakte knüpfen
- Nicht Pflege, sondern Spaß und Betreuung stehen im Mittelpunkt

Ein weiterer Aspekt kommt durch die hohe Zahl der Alleinlebenden hinzu. Hier kann Tagespflege nahezu therapeutisch wirken. Auch diese Wirkung beruht auf eigenen Beobachtungen. Viele Menschen blühen auf. Durch die neu gewonnenen Kontakte und Aktivitäten wird das eigene Leben und erleben wieder intensiver gespürt.

Pflegestärkungsgesetz: endlich selbstständig

Mit dem Pflegestärkungsgesetz vom 01.01.2015 hat die Tagespflege ihre 100%ige Selbstständigkeit erhalten. Erst nach gut 20 Jahren Pflegeversicherung wird ein Teil der Versorgungsstruktur vollständig selbstständig

finanziert. Der Boom wird weitergehen und wo sich die Möglichkeit ergibt, wird es spezialisierte Formen geben. Neue Kombinationen ambulanter und teilstationärer Versorgungsformen werden den Markt bereichern.

Rückblickend und mit den positiven Erfahrungen von Wirkung und Bereicherung der Tagespflege in der Versorgungsstruktur von pflegebedürftigen Menschen kann man sagen, dass die Selbstständigkeit 20 Jahre zu spät gekommen ist. Wäre die Tagespflege von Anfang an selbstständig finanziert worden, hätten wir heute eine bunte, sich gegenseitig unterstützende Pflegekultur. Diese gilt es nun nachträglich zu verwirklichen. Besonders die Unternehmen, die in ihrer Trägerschaft die verschiedenen Einrichtungsarten vertreten haben, wissen um die gegenseitige Wirkung zu Wohle der Bedürftigen.

Rainer Schmidt

Pflegefachkraft u. Fachwirt im

Sozial- und Gesundheitswesen IHK

Julius Töneböen Stiftung

Individualität, Motivation, Überredung

Herausforderungen der Betreuung von demenziell erkrankten Menschen

Mit der Eröffnung der Hausgemeinschaften für demenziell erkrankte Menschen im Februar 2007 hat die paritätische Mitgliedsorganisation Eilenriedestift gGmbH in Hannover schon früh ein innovatives Vorzeigemodell geschaffen. „Das neue Wohnkonzept im Eilenriedestift wurde initiiert, um der wachsenden Zahl von Demenzerkrankten ein adäquates Wohn- und Pflege-

angebot zu machen“, erinnert sich Einrichtungsleiterin Veronika Radtke-Limberg, die gemeinsam mit der Pflegedienstleitung Barbara Grote von Beginn an dabei war.

Die Besonderheiten der Hausgemeinschaften ergeben sich in erster Linie aus dem erhöhten und intensiven Betreuungsbedarf der Bewohner. Die Menschen, die hier

wohnen, sind mittel bis schwer an Demenz erkrankt, über 70 % sind schwer pflegebedürftig (Pflegestufe 3). „Der hohe Betreuungs- und Pflegeaufwand spiegelt sich den Pflegestufen wider“, erklärt Veronika Radtke-Limberg. „Wir müssen viel Motivationsarbeit und Überredung bei allen Alltagstätigkeiten leisten.“ Es sind eben nicht nur die altersabhängigen körperlichen Ein-

schränkungen, die die Menschen, die hier wohnen, kennzeichnen. Es sind Menschen, die im Alltag besonders herausforderndes Verhalten zeigen, die vielleicht nachts orientierungslos und in Nachtkleidung unbemerkt das Haus verlassen und auf die Straße laufen, die plötzlich ungewohnt aggressive Verhaltensweisen in einer Situationsverkenntung gegenüber eigentlich bekannten und geliebten Menschen zeigen, oder die einfach apathisch und schwer zu Aktivitäten zu motivieren sind. Eine schwierige Situation für Angehörige, die Hilfe oft erst in Anspruch nehmen, wenn der kognitive Abbau schon weit fortgeschritten ist. „Deswegen muss die Beratungsarbeit in Sachen Demenz noch viel besser werden“, meint Veronika Radtke-Limberg. „Die Krankheit sollte so früh wie möglich erkannt werden, um möglichst viele der Fähigkeiten und besonders die Mobilität zu erhalten.“

Die Bewohner der Hausgemeinschaften Eilenriedestift brauchen vor allem feste Tagesstrukturen und individuelle Ansprachen. „Wir achten sehr darauf, dass unsere Bewohner nicht vereinsamen, sondern so lange wie möglich ihren Alltag selbst mitgestalten“, berichtet die Einrichtungsleiterin. Die Zimmer dienen als private Rückzugsorte und sind entsprechend persönlich eingerichtet. In den einzelnen Hausgemeinschaften finden den ganzen Tag über verschiedene Aktivitäten statt, es gibt Spiel-, Sing- und Klönrunden, es wird gekocht und spazieren gegangen, und abends lädt das „Nachtcafé“ zum gemütlichen Beisammensein ein. Durch vorgegebene Zeitkorridore haben die Mitarbeiter die Möglichkeit, auf die individuellen Wünsche

und Bedürfnisse der Bewohner einzugehen. „Falls jemand lieber später aufstehen, weil er das in seinem Leben so gemacht hat, oder im Bett frühstücken möchte, kann er oder sie das gerne tun.“ Das Angebot der Pflege wird komplettiert durch eine engmaschige medizinische Betreuung, einer betreuten Angehörigengruppe und verschiedene Therapieeinheiten zur Erhaltung von Fähigkeiten.

Von den 64 Plätzen, die die Einrichtung bietet, sind im Schnitt 60 belegt, was einer Auslastung von rund 93 % entspricht. Das Durchschnittsalter der Bewohner, die in Hausgemeinschaften von sieben bis neun Personen leben, beträgt 86 Jahre. Neue Bewohner verbringen nach dem Einzug zunächst eine Eingewöhnungsphase im Haus. „Das ist vor allem auch für die Angehörigen wichtig, damit sie sehen, dass sich die Bewohner bei uns wohl fühlen“, sagt Veronika Radtke-Limberg. „Es geht dann in erster Linie darum, eine Beziehung zu dem Bewohner aufzubauen.“ Jede Pflegefachkraft hat eine feste Bezugsgruppe von vier oder fünf Bewohnern. Dieser Gruppe werden die anderen Pflegemitarbeiter zugeordnet. Das klingt zunächst nach einem überschaubaren Personenkreis und sehr intensiver Betreuung, aber: Um die gezielte und personalisierte Betreuung zu gewährleisten, müssen die Mitarbeiter „ihre“ Bewohner sehr gut kennen. Was sind spezielle Ereignisse in der Biografie, deren Erwähnung vielleicht positive Assoziationen auslöst, wie war der Tagesablauf zuhause? Welche Themen sollten vermieden werden, um keine traumatische Erinnerungen hervorzurufen? Welche

Medikamente müssen wann verabreicht haben? Welche Nebenwirkungen sind zu beobachten und müssen mit den behandelnden Ärzten kommuniziert werden? Es sind Informationen wie diese, die die Pflegefachkräfte für alle Bewohner stets parat haben müssen. „Unsere Arbeit umfasst weit mehr als ‚nur‘ die körperliche Pflege“, berichtet Veronika Radtke-Limberg. „Die Arbeit erfordert stabile, hoch qualifizierte Pflegefachkräfte und weitere Mitarbeiterinnen für eine fachlich gute Betreuung. Wir bilden selbst aus und schulen unsere MitarbeiterInnen regelmäßig in geronto-psychiatrischem Fachwissen, so haben wir uns ein gutes fachliches Renommee erarbeitet, auf das wir stolz sind, denn wir wollen uns durch Qualität abheben.“

Früher, vor Einführung der Pflegeversicherung und Einrichtungen wie den Hausgemeinschaften Eilenriedestift, wurden Menschen, bei denen sich demenzielle Symptome bemerkbar machten, fast ausschließlich im familiären Umfeld gepflegt, auch in die Arbeitsabläufe einbezogen. So erlebten sie eine Bedeutung für die Familie. Meist wurde die Krankheit gar nicht als solche erkannt: „Oft wurde gesagt, Oma oder Opa ist ein bisschen tündelig! Es konnte sogar vorkommen, dass der Mensch zu Hause mehr oder weniger eingesperrt wurde“, erinnert sich Veronika Radtke-Limberg. Die gesellschaftliche Entwicklung und das Auseinanderbrechen der großfamiliären Strukturen haben den Bedarf nach anderen, neuen Betreuungsformen, und hier sind besonders die Kleingruppenstrukturen gemeint, steigen lassen. Doch um diese Notwendigkeit bewusster zu machen, war und ist viel

Überzeugungsarbeit nötig, denn diese Versorgungsformen sind personal- und somit auch kostenintensiv. „Wir haben hart dafür gearbeitet, dass die Demenz besser in der Pflegebedürftigkeit anerkannt wird, die Kassen und der Medizinische Dienst haben sich in der Hinsicht gut darauf eingestellt“, meint Veronika Radtke-Limberg. „Insofern warten wir darauf, dass sich die Politik endlich zur Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs durchringen wird.“

Vor allem das 2008 in Kraft getretene Pflegeweiterentwicklungsgesetz habe zu vielen Verbesserungen der Demenzbetreuung geführt, so wurde etwa ein Anspruch der Heime auf Betreuungspersonal für Bewohner mit erheblichem allgemeinen Betreuungsbedarf festgeschrieben. „Wir konnten drei Stellen für die zusätzliche Betreuung schaffen, das war für uns ganz wun-

derbar“, erinnert sich die Einrichtungsleiterin. Auch werden Menschen, die stark abwehrendes oder herausforderndes Verhalten zeigen, inzwischen eher als Härtefall anerkannt. „Es ist immer eine genaue Diagnostik und die dazugehörige Beobachtung und Dokumentation durch Pflegefachpersonal notwendig, denn jede Demenz entwickelt sich anders“, erklärt Veronika Radtke-Limberg. Sie hofft, dass sich

die Pflegeversicherung im Sinne der Menschen mit demenziellen Erkrankungen weiterentwickelt und diese in einem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff mehr Anerkennung für eine angemessene Pflege und Betreuung finden.

Anika Falke
Pressereferentin
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.



*Haustiere, in diesem Fall die Labradorhündin Nele, fordern die Bewohner der Hausgemeinschaften zu Reaktionen auf, entweder sie zu streicheln, mit ihnen nonverbal zu kommunizieren und manchmal auch, sich zu bewegen. Das tut beiden gut!
Foto: Leinebrandung*

„Bereitschaft, Angehörige zu pflegen, ist unverändert hoch“

Die Familie als größter Pflegedienst der Nation

Von den knapp 2,6 Millionen Leistungsempfängern der Pflegeversicherung im Jahr 2013 haben nach Angaben des Bundesministeriums für Gesundheit mehr als 1,5 Millionen Pflegegeld oder Kombinationsleistungen in Anspruch genommen. Dies bedeutet, dass mehr als 1,5 Millionen Menschen ganz (1,15 Millionen) oder zumindest teilweise (400.000) zu Hause in und von ihrem familiären Umfeld gepflegt werden. Es ist eine Zahl, die immer weiter wächst und dafür gesorgt hat, dass die Familie oft auch als „größter Pflegedienst der Nation“ bezeichnet

wird. „Die Bereitschaft, Angehörige zu pflegen, ist unverändert hoch. Die moralische Verpflichtung, sich im Pflegefall um den Partner oder die Eltern zu kümmern, steht kaum zur Debatte“, berichtet Dipl. Psychologin Marianne Golmann von der paritätischen Mitgliedsorganisation ambet e.V. – Gerontopsychiatrische Beratungsstelle in Braunschweig, die unter anderem Beratung für pflegende Angehörige anbietet.

Die Einführung der Pflegeversicherung konnte den Aufwärtstrend in Sachen Familienpflege

also nicht stoppen, sondern hat ihn vielmehr durch finanzielle Anreize (Pflegegeld) verstärkt. Positiv zu bemerken ist, dass die Situation pflegender Angehöriger durch verschiedene Reformen der Pflegeversicherung gestärkt wurde (zuletzt zusätzlich durch das am 1. Januar 2015 in Kraft getretene Familienpflegezeitgesetz). Und noch etwas hat die Einführung der Pflegeversicherung bewirkt: Die Menschen haben ein stärkeres Bewusstsein dafür entwickelt, welche Leistungen ihnen zustehen – und dass es nicht verwerflich ist, diese auch

in Anspruch zu nehmen, meint Marianne Golmann: „Anfangs war die Frage nach finanzieller Hilfe für Familienpflege noch mit viel Scham besetzt. Es hat eine Weile gedauert, aber die Leistungsempfänger sind jetzt viel eher bereit, das Geld, das ihnen zusteht, auch einzufordern. Und auch die Kenntnisse über die Möglichkeiten sind gestiegen, da mussten wir vor wenigen Jahren noch deutlich mehr Beratungsarbeit leisten.“

Die Pflege von Angehörigen wandelt sich mehr und mehr zu einer Art Familienunternehmen, erzählt Marianne Golmann. Zwar sind es immer noch überwiegend Frauen, die sich zu Hause um den pflegebedürftigen Partner oder die Eltern kümmern. Doch vor der Pflegeversicherung hätten diese pflegenden Frauen dann alles andere hintenangestellt. „Meist ist damals eine Tochter zu Hause geblieben, um beispielsweise die Mutter zu versorgen. Aber das waren andere Zeiten und größere Familien.“ So sei eine „Sandwich-Generation“ an Frauen entstanden, die erst die eigenen Kinder großzog und mehr oder weniger direkt im Anschluss daran die Pflege der Eltern übernahm. Heute bleiben viele der pflegenden Frauen berufstätig und werden in Sachen Betreuung zusätzlich von anderen Familienmitgliedern unterstützt. „Es sind schon organisatorische Kunststückchen, die die Familien teilweise vollbringen“, meint Marianne Golmann.

Die Gesprächskreise für Angehörige, die der Verein ambet anbietet, sei eine große Hilfe für die Betroffenen, ebenso wie teilstationäre Angebote wie Tagespflege oder die Inanspruchnahme der Kombileis-

tungen, bei denen ein Teil des Pflegegelds ausgezahlt wird und zusätzlich die Hilfe eines ambulanten Pflegedienstes in Anspruch genommen werden kann. Es sind Maßnahmen wie diese, die pflegenden Angehörigen Anerkennung entgegenbringen und ihnen Entlastung und Zeit für andere Dinge verschaffen.

„Der Ausbau ambulanter Angebote hat die Familienpflege schon gut gestärkt“, sagt die Dipl. Psychologin. „Aber es reicht noch nicht, denn der Anteil der Pflegebedürftigen wächst immer mehr, das wird ein großes Problem.“ Und auch der Bedarf nach Familienpflege werde entsprechend weiter wachsen, denn nicht wenige pflegebedürftige Menschen, die in vertrauter Umgebung bleiben möchten, hätten zu viel Stolz oder Scheu davor, „fremde“ Hilfe eines ambulanten Pflegedienstes in Anspruch zu nehmen. Vor allem die Konstellation, in der ein Ehepartner den anderen pflegt, täte sich schwer damit, Hilfe von außen anzunehmen. „Eheleute, die sich das Versprechen gegeben haben, ein Leben lang füreinander da zu sein, wollen zu ihrem Wort stehen, auch wenn das bedeutet, dass sie aufopferungsvoll bis zu ihrer eigenen Erschöpfung arbeiten.“ Auch Kinder fühlten sich oft den Eltern verpflichtet und wollten sie aus Dankbarkeit, Stolz oder anderen Beweggründen nicht „im Stich lassen“, indem sie die Pflege anderen Menschen übertragen. Menschen, bei denen eine demenzielle Erkrankung vorliegt, lehnen alles Unbekannte oft mit Vehemenz ab, sodass die familiäre Pflege oft der bevorzugte Weg ist.

Doch wie soll das in Zukunft funktionieren, wenn die Kinder und damit der pflegende Nachwuchs

der Gesellschaft immer weniger werden und das Familienpflegernetzwerk schrumpft? „Momentan wird viel auf ehrenamtliches Engagement gesetzt, das könnte eine Möglichkeit sein“, meint Marianne Golmann und verweist auf Konzepte wie Nachbarschaftshilfen oder Alltagsbegleiter. Eine stärkere Vernetzung von Hausärzten und Ambulanten Diensten sei wünschenswert, so wie sie in Braunschweig im Modellprojektes FIDEM entstanden ist, dem ambet e.V. als Projektträger angehört. „Wenn die Ärzte mitmachen, klappt es hervorragend. Das Wort eines Arztes vermittelt Autorität, und wenn er ambulante Hilfe empfiehlt, sind die Patienten und Angehörigen viel eher bereit dazu“, berichtet die Dipl. Psychologin.

Marianne Golmann rät Familien, die Angehörige pflegen oder mit einem Pflegefall rechnen, sich frühzeitig in einer Beratungsstelle über alle Möglichkeiten der Unterstützung zu informieren und die-

Werben im Parität Report

Sie möchten in den nächsten Ausgaben des Parität Report eine Anzeige schalten?

Wir beraten Sie dazu gerne.

Fordern Sie einfach unter presse@paritaetischer.de unverbindlich unsere gültige Anzeigenpreisliste an.

se auch zu nutzen – um nicht am Ende selbst mit der Pflege überfordert zu sein. „Es bedarf dazu einer Beratung, die auf die individuelle Situation der betroffenen Familie, auf ihre Konflikte, Schuldgefühle und Vorbehalte eingeht und durch Entscheidungshilfen den Weg zu Entlastungsangeboten ebnet.“

Für die Zukunft hofft Marianne Golmann, dass die Leistungen der Pflegeversicherung noch flexibler eingesetzt werden können und die ambulanten Angebote, vor allem im niedrigschwelligen Bereich, ausgeweitet werden, um den größten Pflegedienst der Nation weiter zu entlasten. „Zuviel Versorgung findet hinter verschlosse-

nen Türen statt. Die Leistungen der Familienpflege müssen gesellschaftlich anerkannt und aufgewertet werden.“

Anika Falke
Pressereferentin
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Umfassende Einblicke zur Pflegeversicherung

Neue Beratungsstruktur für SeniorInnen

Deutschland blickt 2015 auf mittlerweile 20 Jahre Pflegeversicherung zurück. Pünktlich zu diesem Jubiläum am 01.01.2015 hat die Bundesregierung mit dem neuen Pflege-Stärkungsgesetz I die Leistungen für Pflegebedürftige und deren Angehörige ausgeweitet. In Niedersachsen wurde bereits ein Jahr zuvor, am 01.01.2014, eine Koalitionsvereinbarung erfüllt, die die Beratungsstrukturen für Seniorinnen und Senioren neu gestaltete: Die bislang jeweils eigenständigen früheren Seniorenservicebüros und Pflegestützpunkte wurden zu gemeinsamen Senioren- und Pflegestützpunkten Niedersachsen (SPN) zusammengefasst. Einer dieser neuen Stützpunkte wird vom Paritätischen Hameln-Pyrmont, dem Landkreis Hameln-Pyrmont und der Stadt Hameln gemeinsam in der Hamelner Innenstadt betrieben.

Im Rahmen seiner neuen Zusammenarbeit vermittelt der Senioren- und Pflegestützpunkt für Bürgerinnen und Bürger umfassende und transparente Einblicke in die Ansprüche und Neuerungen der gesetzlichen Leistungen durch die

Pflegeversicherung. Bisher waren Seniorenservicebüros und Pflegestützpunkte jeweils eigenständige Einrichtungen. Während die Seniorenservicebüros in den Kommunen als zentrale Anlaufstelle für alle Fragen und Dienstleistungen rund um das Thema Alter dienten, mussten Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zusätzlich einen Pflegestützpunkt aufsuchen, um zu Fragen mit Pflegebezug differenzierte Auskünfte zu erhalten. Diese inhaltliche Trennung brachte Doppelstrukturen und zusätzliche Wege mit sich. Davon hat sich der Landkreis Hameln-Pyrmont mit Inbetriebnahme des Senioren- und Pflegestützpunktes am 1.7.2014 verabschiedet. Das Seniorenservicebüro existierte seit Juni 2011, der Pflegestützpunkt seit September 2013. Beide sind nunmehr zusammengefasst und arbeiten Hand in Hand. Träger sind der Landkreis Hameln-Pyrmont und die Stadt Hameln in Kooperation mit dem Paritätischen Hameln-Pyrmont. Der Beitrag der Pflegekasse für die Pflegestützpunkte bleibt dabei unberührt und die Pflegestützpunktarbeit weiterhin an den § 92c SGB XI gebunden.

Die Schwerpunkte des Stützpunktes in der Osterstrasse 46 beschäftigen sich im Wesentlichen mit Auskünften, Information und Beratung. Dazu gehören folgende Themen:

- Hilfsangebote und Dienstleistungen
- Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebote
- Einrichtungen der ambulanten, teilstationären und stationären Hilfe
- Alternative Wohnformen im Alter
- Soziale und gesundheitliche Aspekte
- Möglichkeiten der Vorsorge und gesetzlicher Betreuung

Im Rahmen der genannten Aufgabenfelder erfüllt die Einrichtung zum großen Teil eine Lotsen- bzw. Wegweiserfunktion, um über Bestehendes und Spezielles zu informieren und gegebenenfalls weiterzuleiten. Dabei agiert die Einrichtung neutral und trägerunabhängig.

Obligatorischer Teil der Arbeit ist die Qualifizierung, Vermittlung und

Begleitung von SeniorenbegleiterInnen. Der sogenannte „DUO“ SeniorenbegleiterInnenkurs hat seit September 2011 rund 100 TeilnehmerInnen aus dem ganzen Landkreis ausgebildet und wird auch in diesem Frühjahr fortgesetzt. Neben der allgemeinen Beratung zum Thema Wohnen wird an jedem ersten Dienstag im Monat eine kostenlose Sprechstunde mit einer zertifizierten Wohnraumberaterin angeboten. Anfang 2013 ist ein „Runder Tisch Wohnberatung“ initiiert worden, der Vertreter unterschiedlichster Einrichtungen an einen Tisch holt, die sich mit dem Thema Barrierefreiheit beschäftigen. Darüber hinaus wird eine Vielfalt an Veranstaltungen in Form von Fachbeiträgen, Präventionsmaßnahmen und Unterstützungsangeboten durchgeführt. Genannt seien hier u.a.:

- Veranstaltungsreihe Demenz in Zusammenarbeit mit der Alzheimergesellschaft
- Rollatorensicherheitstraining in Zusammenarbeit mit Polizei und Öffis
- Sucht im Alter
- Fahrradsicherheitstraining (Pedelecstraining) in Zusammenarbeit mit der Polizei

- Einzelzeit-Seminar für Großeltern
- Homöopathie im Alter

Hinzu kommt intensive Netzwerkarbeit als Grundlage intensiver und kompetenter Beratungsarbeit.

Zusätzliche Aufgaben seitens des Pflegestützpunktes sind Information, Beratung und Unterstützung von Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen, Pflegenden, Behinderten, sowie von Pflegebedürftigkeit bedrohten Bürgerinnen und Bürgern. Beraten und informiert wird im Hinblick auf:

- zuständige Leistungsträger
- vorhandene Betreuungsangebote
- rechtliche Grundlagen
- Vermittlung von Pflegeleistungen
- Hilfestellung bei Beantragung von Sozialleistungen

Das Ziel ist der Aufbau eines individuellen Hilfenetzes, damit eine selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung möglichst lange erhalten bleibt. Ganz wichtig dabei ist, dass Beratung auch in Form von Hausbesuchen stattfinden kann. Präventionsmaßnahmen und Netzwerkarbeit, öffentliche Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen in Eigenregie oder in Kooperation mit

anderen Institutionen sollen die beratende Tätigkeit des Stützpunktes ergänzen. Ehrenamt und Selbsthilfegruppen sollen gefördert und eingebunden werden.

Die insgesamt sechs Mitarbeiterinnen des neuen Senioren- und Pflegestützpunktes teilen sich drei ganze Stellen. Das Seniorenservicebüro berät im Bereich der offenen Altenarbeit, während sich der Pflegestützpunkt im Bereich der pflegerischen Belange und Versorgung bewegt. Neu ist die direkte Kontaktaufnahme von sowohl Pflegestützpunkt als auch ehemaligem Seniorenservicebüro zueinander, um entweder direkte Beratungstermine zu vereinbaren oder Beratungsbedarf im Bereich der offenen Altenhilfe unmittelbar weiter zu geben. Sprechzeiten sind Montag, Mittwoch und Donnerstag von 9.30 bis 12.30 Uhr, Mittwoch und Donnerstag von 14 bis 16.30 Uhr und nach Vereinbarung.

Susanna Brechelt
 Dipl. Sozialpädagogin
 Paritätischer Hameln-Pyrmont

Auf Begegnungen kommt es an

Pflegerische Versorgung im Quartier am Beispiel des Paritätischen Lüneburg

Wenn die immer wieder prognostizierten Zukunftsannahmen stimmen, dass der Verbleib zu Hause bzw. im vertrauten Wohnumfeld einem der vorherrschenden Bedürfnisse einer älter werdenden Bevölkerung entspricht, muss über neue Hilfsangebote für ältere und pflegebedürftige

Menschen nachgedacht werden. Wenn der Bedarf an pflegerischer Versorgung nicht mehr allein durch Familien, Pflegedienste und sicher auch nicht durch einen flächendeckenden Neubau stationärer Pflegeheime gedeckt werden kann, ist es sinnvoll, stützende sozialräumliche

Strukturen aufzubauen. Die Einbindung von Nachbarschaften kann hierbei behilflich sein, wie ein Modellprojekt des Paritätischen Lüneburg zeigt. Vom niedersächsischen Sozialministerium wurde es dafür im Jahre 2012 im Wettbewerb „Pflege im Quartier“ ausgezeichnet.

Die quartiersbezogene Service- und Begegnungsstätte PARLÜ

Wächst im Alter der Hilfebedarf, verfestigt sich der Wunsch nach Unterstützungsformen und Betreuung, ohne dabei aber auf den sozialen Anschluss in der gewohnten Umgebung verzichten zu wollen. An genau diesen Bedürfnissen setzt das Quartierskonzept des Paritätischen Lüneburg an, das bereits im Jahre 2008 zur Eröffnung der Service- und Begegnungsstätte PARLÜ auf dem Marktplatz des Stadtteiles Kreideberg geführt hat, dem Quartier in Lüneburg, in dem mit etwa 1.300 Bürger/-innen die meisten Seniorinnen und Senioren über 70 Jahre leben. Von Anfang gab es drei Bausteine, die das PARLÜ mit Leben erfüllen sollten und es seitdem sehr erfolgreich tun. Die Service- und Begegnungsstätte ist von ihrem Selbstverständnis her

- eine Beratungsstelle, in der interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Quartier ausführliche Informationen zu den sozialen Diensten und den Serviceangeboten des Paritätischen Lüneburg erhalten,
- ein Treffpunkt für Seniorinnen und Senioren, der zum Verweilen einlädt und den Klönschnack unter den Nachbarn fördert,
- sowie ein Ort zu Mitmachen, an dem die Freiwilligen-Agentur des Paritätischen Lüneburg das Interesse vieler auch älterer Menschen unterstützt, etwas zu tun und sich im Quartier einzubringen.

Seit der Eröffnung im Oktober 2008 sind auf diese Weise insgesamt mehr als 3.100 Veranstaltungen mit mehr als 20.000 Besucher/-

innen durchgeführt worden. Ein Beleg dafür, was möglich werden kann, wenn durch Eigeninitiative, Eigenverantwortung und gegenseitige Hilfe quartiersbezogene soziale Netze gefördert und durch einen Anbieter wie den Paritätischen betrieben werden.

Sozialraumorientierung – ein Modell für die ambulante pflegerische Versorgung?

Nach mehr als sechs Jahren erfolgreicher Tätigkeit des PARLÜ lässt sich in Form einer Zwischenbilanz festhalten: Das Bedürfnis vieler älterer Menschen, wohnortnah seniorengerechte und sozialraumorientierte Angebote zu erhalten, wird anhand der beeindruckenden Besucherzahlen des PARLÜ eindeutig belegt. In dieser Zeit ist es gelungen, viel in dem Quartier in Bewegung zu bringen. Senioren aus dem Stadtteil lernen sich untereinander kennen, beleben eigeninitiativ neue Projekte, initiieren Nachbarschaftshilfe und gründen bspw. eine Telefonkette, die aktuell ins Leben gerufen wird, um füreinander zu sorgen und aufeinander zu achten. Die Leiterin der Begegnungsstätte bindet sich in die Stadtteilrunde mit ein und vernetzt so das Angebot des Paritätischen mit weiteren aus dem Quartier.

Zugleich ist es bisher jedoch nicht gelungen, in Verhandlungen mit zwei

großen Wohnungsbaunternehmungen einzutreten, um gemeinsam ein quartiersbezogenes Service-Wohnen aufzubauen. Hier erkennen die beiden Unternehmen noch immer nicht die Potenziale, die sich auch für sie daraus ergeben würden.

Ein dritter Punkt betrifft die kommunale Mitverantwortung. Aufgrund des demografischen Wandels, der sich zunehmend in allen Gemeinden und Kommunen spürbar ausbreitet, und aus den bald 30-jährigen Erfahrungen des Paritätischen Lüneburg in der Betreuung von inzwischen sieben Wohnanlagen des Service Wohnens befürwortet der Kreisverband einen stärkeren Quartiersbezug auch in der Pflege. Doch um dem wachsenden Hilfe- und Betreuungsbedarf älterer und pflegebedürftiger Menschen in Zukunft gerecht werden zu können, müssten sich die bestehenden kommunalen Altenhilfestrukturen grundlegend verändern. Denn blieben die Strukturen und Konzepte der Altenhilfe bestehen, würde das einen Ausbau der stationären Pflege in einem solchen Maße erfordern, dass dies allein aus wirtschaftlicher Sicht kaum zu bewältigen wäre.

Weil sich in vielen Kommunen die Strukturen und Finanzierungsmechanismen in der Altenhilfe



Gemeinsame Computerkurse gehören zu den vielfältigen Angeboten des PARLÜ.

bisher jedoch nicht wirklich geändert haben, leiden viele Quartiersprojekte – auch das PARLÜ – oder quartiersbezogene Pflegestützpunkte aktuell unter unzuverlässigen Finanzierungsbedingungen. Mit der Folge, dass gegebenenfalls erfolgreiche Angebote eingestellt werden, wenn Förderungen auslaufen und die Träger die Arbeit nicht mehr finanzieren können. Die schlechte Finanzsituation vieler Kommunen wiederum schränkt diese ebenfalls in ihren Gestaltungsspielräumen ein, mit dem Ergebnis, dass sogenannte Kann- oder Freiwillige Leistungen eingeschränkt werden, die unter anderem auch gemeinwesenorientierte Altenarbeit mit finanziert hat. Ein Kreislauf ohne ein Entkommen?

Ausblick

Gabriele Winter, Referentin für gemeinwesenorientierte Altenhilfearbeit bei der Diakonie Rheinland Westfalen Lippe e.V., sowie Rahel Müller Naveau sprechen sich hierzu in einem interessanten Artikel

in der Zeitschrift Pro Alter! für die Errichtung von Kommunalen Basisbudgets zur Finanzierung gemeinwesenorientierter Seniorenarbeit aus. Die Höhe eines solchen Basisbudgets orientiert sich nach diesem Ansatz am demografischen Faktor in der jeweiligen Kommune. Finanziert werden könnten dann aus diesem Budget Beratung, Vernetzung und Angebote der sozialraumorientierten Altenarbeit. Für die Kommunen würde nach diesem Konzept ein solches Budget im Gesamtergebnis keine höheren Belastungen mit sich bringen. Die vorhandenen Mittel ließen sich so aber besser bündeln und in vernetzten Trägerstrukturen nachhaltiger einsetzen. Wenn sich dies verbinden ließe mit den Empfehlungen der „Reform zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung“ aus dem Jahre 2007, nämlich auch in Stadtteilen quartiersbezogene Pflegestützpunkte aufzubauen, können dies sehr wohl Ansätze sein, die bisherigen Strukturen der Alten-

hilfe stärker zu ambulantisieren und wohnortnah bspw. auch über Alltagshelfer die neuen Leistungen des Pflegestärkungsgesetzes umzusetzen und anzuwenden.

Im Frühjahr dieses Jahres wird der Siebte Altenbericht des Bundesfamilienministeriums unter der Überschrift „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ erscheinen. Wir dürfen gespannt sein, ob sich darin die Erkenntnis durchgesetzt hat, auch die Versorgung älterer und pflegebedürftiger Menschen stärker sozialraumorientiert zu denken und mit entsprechenden Finanzierungsinstrumenten auszustatten.

Ralf Gremmel
Geschäftsführer
Paritätischer Lüneburg

¹Vgl. Kuratorium Deutsche Altenhilfe (Hrsg.), Pro Alter, Ausgabe 06, November/Dezember 2012, Kommunales Basisbudget, S. 34ff

Erster Schritt für bessere Rahmenbedingungen ist getan

Paritätischer unterzeichnet Tarifvertrag für Azubis in der Altenpflege

Gemeinsam mit den anderen Verbänden der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen (LAG FW) und der Gewerkschaft ver.di hat der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. am 17.02.2015 für seine verbandseigenen Ausbildungsbetriebe einen Tarifvertrag über die Ausbildungsbedingungen in der Pflege unterzeichnet. „Mit diesem Vertrag haben wir einen gemeinschaftlichen ersten Schritt unternommen,

um die Rahmenbedingungen für junge Menschen, die eine Ausbildung in der Pflege machen oder anstreben, zu verbessern“, erklärte Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen Niedersachsen, auf der gut besuchten Pressekonferenz anlässlich der Unterzeichnung. „Nun ist die Politik gefragt, den Vertrag für allgemeinverbindlich zu erklären und so sicherzustellen, dass nicht nur die Auszubildenden der Freien Wohlfahrt, sondern alle Auszubil-

denden der Altenpflege in Niedersachsen gleich gute Vergütungen erhalten.“

Niedersachsen ist das erste Bundesland, in dem ein Tarifvertrag über die Altenpflege-Ausbildung abgeschlossen wurde. Der bundesweit einmalige Flächenvertrag regelt die Höhe der Ausbildungsvergütungen und vereinheitlicht die Zahl der Urlaubstage sowie die Wochenarbeitszeiten. Die Azubis in der Al-

tenpflege erhalten künftig die gleiche Vergütung wie ihre KollegInnen in der Krankenpflege. Der Vertrag greift für die Auszubildenden im 3. Lehrjahr ab Mai 2015, für alle anderen ab 01.08.2015. Die Betriebe der Freien Wohlfahrtspflege, die künftig nach dem neuen Vertrag ausbilden, tragen als „Erkennungszeichen“ das „Fairsiegel Altenpflege“, das die Logos der Verbände und die Botschaft „Wir bilden nach Tarif aus“ zeigt.

Ziel soll es sein, mehr junge Menschen für den Beruf der Pflege zu begeistern und im Wettbewerb mit anderen Ausbildungsberufen zu bestehen. „Wir wollen vermitteln, dass Pflege ein erfüllender, sinnstiftender Beruf ist, und dass wir mit den jungen Leuten, die diesen Beruf entscheiden, fair umgehen“, sagte Dr. Christoph Künkel, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft. Bessere Rahmenbedingungen in der Pflege sind dringend nötig. Der schon jetzt spürbare Fachkräftemangel hat zu einem regelrechten Wettbewerb um Nachwuchs geführt – nicht nur innerhalb der Branche, sondern auch im Vergleich zu handwerklichen oder technischen Berufen, die meist besser bezahlt



Detlef Ahting (ver.di-Landesleiter Niedersachsen-Bremen, von links), Dr. Christoph Künkel (Vorsitzender LAG FW Niedersachsen), Birgit Eckhardt (stellv. Vorsitzende LAG FW) und Rifat Fersahoglu-Weber (Bezirksgeschäftsführer AWO Braunschweig) bei der Unterzeichnung des Vertrages, im Hintergrund das „Fairsiegel Altenpflege“.

werden. „Um in Konkurrenz zu anderen Berufszweigen zu bestehen, muss die Ausbildung in der Altenpflege an Attraktivität gewinnen“, sagte Birgit Eckhardt. „Allgemein verbindliche Vergütungen eines Tarifvertrags tragen dazu bei, indem sie gleiche Voraussetzungen für alle Azubis schaffen.“ Mit den festgelegten Tarifen für die Auszubildenden ist nun kein Wettbewerb mehr über die Vergütung möglich, sondern allein über Qualität und gute Arbeitsbedingungen der jeweiligen Träger.

Der Tarifvertrag ist ein erster Aufschlag, um die Situation der Pflege in Niedersachsen allgemein zu ver-

bessern. „Wir müssen den Weg gemeinsam weiter beschreiten und an einem Tarifvertrag für die ganze Branche arbeiten, damit Niedersachsen nicht länger das Schlusslicht der westdeutschen Bundesländer bleibt, wenn es um Vergütungen in der Pflege geht“, sagte Birgit Eckhardt. „Auch hier ist die Unterstützung der Politik gefordert. Sie muss sicherstellen, dass eine tarifgerechte Vergütung über alle Bereiche der Pflege refinanziert wird.“

Anika Falke
Pressereferentin
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Fachreferat „Ambulante Pflege“ verstärkt

Heiko Schulz ist neuer Pflegekoordinator des Paritätischen Niedersachsen

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat sein Fachreferat „Ambulante Pflege“ umstrukturiert und verstärkt. In der Abteilung I des Landesverbands wurde die Stelle eines „Pflegekoordinators“ neu geschaffen, um die Paritätischen Pflegedienste noch besser beraten und unterstützen zu können.

Der neue Pflegekoordinator Heiko Schulz hat zum 01.02.2015 seine Arbeit in der Landesverbandsgeschäftsstelle aufgenommen. Heiko Schulz ist 40 Jahre alt, wohnt in Bremen und ist in Husum geboren. Er ist Diplom Pflegewirt (FH), examinierter Gesundheits- und Krankenpfleger, Qualitätsmanager und

Coach und kommt somit direkt von der Basis. Die Einsatzbereiche von Heiko Schulz waren sehr unterschiedlich: Er hat in Krankenhäusern, ambulanten und stationären Pflegediensten und zu-



Heiko Schulz

letzt als Fortbildungsreferent und Qualitätsmanager gearbeitet.

Heiko Schulz ist erreichbar unter Tel.: 0511/52486-394 (bis Ende April) und 0511/897257-65 (ab Anfang Mai) sowie per Mail an heiko.schulz@paritaetischer.de.

Ihm zur Seite steht Anja Dobers,

die zum 01.04.2015 die Stelle der Fachreferentin Ambulante Pflege übernommen hat. Anja Dobers war zuvor als Pflegefachkraft, QM-Beauftragte und in der Koordination Tagespflege beim Paritätischen Helmstedt tätig. Anja Dobers ist erreichbar unter Tel.: 0511/52486-325 (bis Ende April) und 0511/897257-66 (ab Anfang Mai)

sowie per Mail anja.dobers@paritaetischer.de.

Die bisherige Fachreferentin Ambulante Pflege, Kathrin Dammann, ist als Referentin Pflege in die Abteilung V Selbsthilfe/Pflege gewechselt und wird dort u.a. die Mitgliedsorganisationen mit ambulantem Pflegedienst beraten und betreuen.

Schulassistentenz darf kein Lückenfüller werden!

Paritätischer und Lebenshilfe stellen Konzept vor

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. und die Lebenshilfe Landesverband Niedersachsen e.V. haben ein Positionspapier veröffentlicht, mit dem sie ihr gemeinsames Konzept zur Schulassistentenz vorstellen. Das Papier wurde in Abstimmung mit dem Fachbereich Behindertenhilfe des Paritätischen Niedersachsen erarbeitet und wird breit von den Mitgliedsorganisationen des Fachbereichs getragen.

„Wir wollen daran mitwirken, die



Schulassistentenzen umfassen alle Formen individueller Unterstützung, mit denen Kindern und Jugendlichen mit Behinderung der Schulbesuch im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht ermöglicht werden kann.

schulische Inklusion auf Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention in Niedersachsen wirkungsvoller und bedarfsgerechter zu gestalten. Schulassistentenz darf kein Lückenfüller im Bildungswesen werden“, sagt Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen Niedersachsen. „Dem Arbeitsfeld Schulassistentenz fehlt es an Standards und verbindlichen Regelungen. Unser zentrales Ziel ist eine landeseinheitliche Verbesserung der Teilhabechancen für Menschen mit Behinderungen“, ergänzt Holger Stolz, Landesgeschäftsführer der Lebenshilfe Niedersachsen.

Schulassistentenzen umfassen alle Formen individueller Unterstützung, mit denen Kindern und Jugendlichen mit Behinderung der Schulbesuch im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht ermöglicht werden kann. Der Bedarf hat sich in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet: Allein von 2012 auf 2013 ist die Anzahl der Betreuungen von Lebenshilfe und Paritätischem um 26 % auf mehr als 2000 Assistentenzen gestiegen. Trotz des hohen Bedarfs fehlt es dem Aufgabenfeld u.a. an verbindlichen Regelungen,

Qualifizierungsanforderungen und allgemeinen Betreuungsstandards. Auch in Sachen Finanzierung bleiben viele Fragen ungeklärt. „Wir halten Standards im Sinne eines Landesrahmenvertrages daher für dringend erforderlich, um angemessene Teilhabe im Bildungssystem sicherzustellen“, erklärt Birgit Eckhardt. „Gute und flexible Assistenzangebote mit fachlich und persönlich geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind notwendig, damit Inklusion gelingen kann“, sagt Holger Stolz.

Zu den Standards der Schulassistentenz, die der Paritätische Niedersachsen und die Lebenshilfe Niedersachsen in ihrem Positionspapier fordern, gehören u.a.:

- eine gewissenhafte Auswahl der MitarbeiterInnen, die nicht nur persönlich geeignet und fachlich qualifiziert sein müssen, sondern, je nach individuellem Anforderungsprofil der Schüler, über spezielle Kompetenzen verfügen müssen,
- regelmäßige Fort- und Weiterbildungen für die MitarbeiterInnen,
- angemessene Rahmenbedingungen in der Schule, z.B. die Beteili-

gung der MitarbeiterInnen an Besprechungen oder Nutzung des Lehrerzimmers,

- eine angemessene Vergütung nach Tariflohn, die auch Vor- und Nachbereitungszeiten, Elternarbeiten, Teilnahme an Besprechungen u.ä. berücksichtigt.

Bei der Schullasistenz geht es um die Sicherstellung des Individualanspruchs nach dem SGB XII. Neben einer 1:1 Betreuung kann in manchen Fällen eine bedarfsgerechte Assistenz auch in einer schulbezo-

genen Poollösung realisiert werden.

„Wir stehen für ein konstruktives Miteinander von Schule, Eltern, Leistungsträgern, Anbietern und anderen Beteiligten – im Interesse aller Schüler“, betont Birgit Eckhardt. Holger Stolz verweist auf die große Kompetenz und die verlässlichen Strukturen in Sachen Schullasistenz, die der Paritätische Niedersachsen und die Lebenshilfe Niedersachsen in den vergangenen Jahren aufgebaut haben: „Mit diesen konzeptionellen

Überlegungen wollen wir die Schullasistenz nun weiterentwickeln.“

Das vollständige Papier „Schullasistenz – Eine Position des Paritätischen Niedersachsen und der Lebenshilfe Niedersachsen“ steht auf www.paritaetischer.de im Bereich „Stellungnahmen“ zum Download im pdf-Format bereit.

Anika Falke
Pressereferentin
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Paritäter setzen ein deutliches Zeichen gegen Ausgrenzung

Große Beteiligung an Friedensgebeten und Pegida-Gegendemonstrationen

Um ein deutliches Zeichen gegen Ausgrenzung und Ausländerfeindlichkeit zu setzen, haben sich zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e.V. ebenso wie Mitglieder des Verbandsrats, Ehrenvorsitzende und Vertreterinnen und Vertreter paritätischer Mitgliedsorganisationen in den ersten Wochen des Jahres vielerorts in Niedersachsen an den Protesten und friedlichen Demonstrationen gegen die islamfeindliche Pegida-Bewegung beteiligt. Insgesamt mehr als 19.000 Menschen nahmen am 12.01.2015 in Hannover am ersten multinationalen Friedensgebet mit anschließender Demonstration für Vielfalt und Toleranz unter dem Motto „Hannover sagt: Licht aus für Rassisten“ teil. „Die große Zahl hat ein deutliches Zeichen für Toleranz und gegen die Versuche einiger Populisten, rassistischen Parolen einen Raum zu geben, gesetzt“, sagt Birgit Eckhardt, Vorsitzende des



Impression der Demonstration für Vielfalt und Toleranz am 12. Januar 2015 in Hannover.

Paritätischen Niedersachsen. „Es war in Deutschland nicht immer so, dass Menschen für gesellschaftliche Grundrechte demonstrieren. Die Proteste in Hannover und vielen anderen deutschen Städten zeigen, dass die Bevölkerung aus der Vergangenheit gelernt hat und gemeinsam, als großes Sprachrohr der Gesellschaft, ein wichtiges Zeichen gegen Ausgrenzung, Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz setzt.“

Der Paritätische Niedersachsen ist ein parteipolitisch ungebundener,

überkonfessioneller Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege. Zu seinen derzeit rund 825 Mitgliedsorganisationen gehören Vereine, Verbände und Einrichtungen jeglicher Couleur, darunter auch viele Migrantenselbstorganisationen, interkulturelle Einrichtungen und Organisationen, die sich um Flüchtlinge und Asylbewerber kümmern. „Alle diese Menschen sind für uns selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft, ebenso wie Offenheit, Vielfalt und Toleranz für uns als Paritätischer Niedersachsen selbst-

verständliche Werte sind“, sagt Birgit Eckhardt. „Ziel muss es sein, Niedersachsen zu einem Land zu machen, in dem sich alle Menschen willkommen und wohl fühlen, egal, woher sie ursprünglich kommen.“

Der Paritätische Niedersachsen verurteilt jegliche Form der Ausgrenzung aufs Schärfste und steht für eine Gesellschaft, in der die demokratischen Grundrechte höchsten Wert haben und in der für Ausländerfeindlichkeit und jegliche Art von Hetze gegen die Menschen, die nach Niedersachsen kommen und Unterstützung suchen, kein Platz ist.

Lesen Sie hierzu auch die Charta gegen Rechts des Paritätischen Gesamtverbands e.V., die der Paritätische Niedersachsen mit unterzeichnet hat. Die Charta ist sowohl in schwerer als auch leichter Sprache als Download auf www.paritaetischer.de, Bereich „Stellungnahmen“, zu finden.

Anika Falke
 Pressereferentin
 Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Niedersachsen e.V.

Erklärung des Paritätischen Gesamtverbands

Der Vorstand des Paritätischen Gesamtverbandes hat aus gegebenem Anlass in seiner Sitzung am 30.01.2015 folgende offizielle Erklärung zur so genannten PEGIDA-Bewegung abgegeben. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat sich dieser Erklärung angeschlossen:

Der Paritätische steht für Vielfalt, Toleranz und Offenheit in dieser Gesellschaft. Die Vielfalt des Paritätischen ist Sinnbild des nicht nur friedlichen, sondern auch produktiven und bereichernden Miteinanders unterschiedlicher Menschen, Weltanschauungen oder Religionen. Unter dem Dach des Paritätischen finden alle ihren Platz, die sich im gemeinsamen Miteinander Respekt entgegen bringen. Offenheit und Toleranz sind für den Paritätischen nicht nur wünschenswerte, sondern notwendige

Grundlagen einer sozialen und demokratischen Gesellschaft.

Pegida schürt Vorurteile und Fremdenangst. Pegida steht für Monokulturalität und Geschlossenheit. Pegida grenzt ab und grenzt aus.

Der Paritätische verurteilt jegliche Versuche der so genannten „Pegida“ und anderer Bewegungen, fremdenfeindliches und rechtsextremistisches Gedankengut in die Gesellschaft hineinzutragen. Der Verband ruft die Menschen dazu auf, sich deutlich zu distanzieren, wo Proteste die Grundlagen von Toleranz und gegenseitigem Respekt verlassen, und ihre Kritik und ihren Unmut in den offenen politischen Diskurs dieser Gesellschaft einzubringen.

Berlin, 30. Januar 2015

Auszeichnung für den Paritätischen Verden

Paritätische Jahreskonferenz 2015 und Paritätischer Sozialpreis 2014

Zu gleich zwei großen Themenbereichen haben Vertreterinnen und Vertreter des Landesverbands und der 41 Kreisverbände des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. auf ihrer diesjährigen Paritätischen Jahreskonferenz (PJK) gearbeitet. Die von der Glücksspirale geförderte Veranstaltung fand am 5. und 6. März 2015 in Soltau statt. Am ersten

Arbeitstag lautete das Thema „Situation, Ziele und Maßnahmen in den Paritätischen Dienstleistungsbereichen“. Nach einem Referat des auf Pflegedienste spezialisierten Unternehmensberaters Andreas Heiber zum Thema „Pflegestärkungsgesetz I“ formulierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Kleingruppen Ziele für die einzelnen Dienstleistungsbereich

und erarbeiteten dafür notwendige Maßnahmen.

Am zweiten Arbeitstag wurden zum Oberthema „Migration und Teilhabe“ verschiedene Fachvorträge gehalten: Der Sozialdezernent des Landkreises Cuxhaven, Friedhelm Ottens, schilderte Migration und Zuwanderung aus kommunaler Sicht, Prof. Lothar Eichhorn vom



Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen Niedersachsen, und Abteilungsleiter Harald Fischer (rechts) überreichen den Paritätischen Sozialpreis 2014 an Dieter Haase, Geschäftsführer des Paritätischen Verden.

Landesamt für Statistik stellte zahlreiche Erhebungen vor und Karin Schmalriede und Rainer Schindler vom Landesamt für Soziales gaben einen Überblick über die migrationspolitischen Förderinstrumente des Landes Niedersachsen.

Eröffnet wurde die PJK durch die Vorsitzende des Paritätischen Niedersachsen, Birgit Eckhardt. Nach ihrer Begrüßungsrede stand der ehrenamtlich geführte Kreisverband Verden im Mittelpunkt, als Geschäftsführer Dieter Haase mit dem Paritätischen Sozialpreis 2014 ausgezeichnet wurde. Mit dem mit 1500 Euro dotierten Paritätischen Sozialpreis bringt der Landesverband jedes Jahr seine hohe Anerkennung und seinen Dank für das beispielhafte soziale Engagement zum Ausdruck.

„Der Kreisverband Verden hat sich unter der Beiratsvorsitzenden Ga-

brriele Brockmann und der ehrenamtlichen Geschäftsführung von Dieter Haase zu einem beachtlichen Partner und Faktor in der sozialen Arbeit im Landkreis Verden entwickelt“, erklärte Birgit Eckhardt in ihrer Laudatio. „Dank einem ausgesprochen großen Engagement durch den Kreisverbandsbeirat und dem ehrenamtlichen Geschäftsführer ist es seit langen Jahren gelungen, die soziale Akzeptanz herzustellen.“ Der Paritätische Verden wird gebildet aus 22 rechtlich selbstständigen und unselbstständigen Mitgliedsorganisationen.

Dieter Haase, ehrenamtlicher Geschäftsführer des Paritätischen Verden, nahm den Preis entgegen. „Diese Auszeichnung kam total überraschend, umso erfreuter bin ich, denn dieser Preis hat einen hohen Stellenwert für uns“, sagte er. Im Beirat des Paritätischen Ver-

den soll nun besprochen werden, für welche Zwecke das Preisgeld verwendet wird. Ein Teil könnte in ein inklusives Fußballprojekt fließen, das der Paritätische Verden bereits seit längerem unterstützt, erklärte der Geschäftsführer.

Anika Falke
Pressereferentin
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.





1 Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen Niedersachsen, eröffnete die Paritätische Jahreskonferenz 2015.



2 Unternehmensberater Andreas Heiber gab einen Überblick über Potenziale des Pflegestärkungsgesetzes.

3 Der Sozialdezernent des Landkreises Cuxhaven, Friedhelm Ottens, schilderte Chancen und Herausforderungen von Migration und Zuwanderung aus kommunaler Sicht.

4 Prof. Lothar Eichhorn vom niedersächsischen Landesamt für Statistik präsentierte Zahlen, Daten und Fakten zum Thema „Migration in Niedersachsen“.

5 Rainer Schindler und Karin Schmalriede vom Landessozialamt stellten migrationspolitische Förderinstrumente des Landes Niedersachsen vor.



3



4



5

Paritätischer Werte-Dialog 2015: Was wirklich wichtig ist

Ulrich Schneider besucht Konferenz der Vorsitzenden der Kreisverbands-Beiräte

Mit einer bundesweiten Veranstaltungsreihe im Jahr 2015 möchte der Paritätische Gesamtverband e.V. mit seinen Landesverbänden die ethische Dimension sozialer Arbeit stärker als bisher in den Fokus rücken und zur Mitwirkung einladen: Statt über Kennzahlen soll über Werte gesprochen werden. Über Werte, die die paritätische Arbeit prägen, die den Menschen im Paritätischen wirklich wichtig und für sie typisch sind. Werte, die den Paritätischen auszeichnen und die die Mitarbeitenden über Fachbereichs- und Organisationsgrenzen hinaus verbinden. Diese Werte für eine breite Öffentlichkeit erlebbar zu machen und noch stärker als bisher in die sozialpolitischen Debatten zu tragen ist ein wesentliches Anliegen des Werte-Dialogs. Der Paritätische ist nicht einfach nur Träger, er ist gemeinnützig und Anwalt der Betroffenen – und er ist stolz darauf!

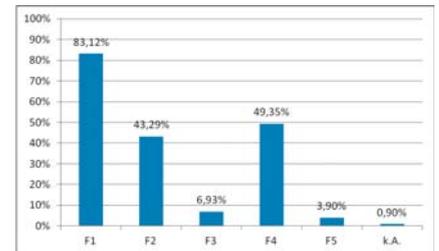
Die Notwendigkeit einer Werterenaissance im Sozialen war auch Thema eines Vortrags, den Dr. Ulrich Schneider am 21.03.2015 in Hannover hielt: Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands war zu Gast bei der Konferenz der Vorsitzenden der Kreisverbands-Beiräte mit dem Vorstand des Paritätischen Niedersachsen. „Wir sind einem gnadenlosen Ökonomisierungsdruck ausgesetzt, der mit unseren fachlichen Ansprüchen kaum etwas zu tun hat und der im Widerspruch zu dem steht, was wir gelernt haben: Den Menschen ganzheitlich zu sehen“, betonte er.

Ulrich Schneider präsentierte aktuelle Ergebnisse einer Online-Umfrage des Gesamtverbands, bei der MitarbeiterInnen des Paritätischen und seiner Mitgliedsorganisationen zu ihren Werten, Prinzipien und Leitlinien befragt wurden. In Niedersachsen hatten 231 Menschen an der Umfrage teilgenommen (rund 1.500 gesamt).

„Fast die Hälfte aller Befragten erklärten, dass der fachliche und eigene moralische Anspruch in ihrer Arbeit zu kurz kommt“, nannte der Hauptgeschäftsführer ein Ergebnis der Umfrage. Dies bekräftigte die These einer starken Ökonomisierung der sozialen Arbeit. 43% der Befragten hätten angegeben, dass es zwar immer schwerer werde, die eigenen Wertvorstellungen in die Arbeit einzubringen – knapp die Hälfte schaffe es aber trotzdem, sie zu verwirklichen. „Das zeigt, dass die Menschen im Paritätischen wahre Kämpfernaturen und sehr engagiert sind“, sagte Schneider. Ebenso beeindruckt zeigte er sich über die Antworten auf die offenen Fragen, bei denen die „typisch“ paritätischen Schlagworte gesucht wurden: Vielfalt, Toleranz, Offenheit, Respekt, Menschenwürde und Solidarität wurden hier immer wieder angegeben.

Einige Ergebnisse möchten wir Ihnen an dieser Stelle etwas detaillierter präsentieren:

Frage: Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie zu? (Mehrfachantworten möglich)



F1: In der sozialen Arbeit sollten fachlicher Anspruch, betriebswirtschaftliche Effizienz und moralische Wertvorstellungen **gleichermaßen Beachtung** finden.

F2: Nach meinem Eindruck kommt derzeit in der sozialen Arbeit der **fachliche Anspruch zu kurz**.

F3: Nach meinem Eindruck kommt derzeit in der sozialen Arbeit die **betriebswirtschaftliche Effizienz zu kurz**.

F4: Nach meinem Eindruck kommt derzeit in der sozialen Arbeit die **eigene Wertvorstellung zu kurz**.

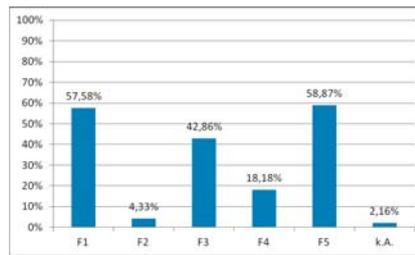
F5: Nach meinem Eindruck sind fachlicher Anspruch, betriebswirtschaftliche Effizienz und moralische Wertvorstellungen in der sozialen Arbeit **gut ausbalanciert**.

83 % der Befragten aus Niedersachsen sehen betriebswirtschaftliche Effizienz, fachlichen Anspruch und eigene Wertvorstellungen in der sozialen Arbeit als gleich wichtig an. Nur rund 4 % der Befragten sehen diese ausgewogene Balance jedoch in der Praxis realisiert. Hier klappt offenbar eine riesige Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Frage: Wenn Sie auf Ihre bisherige berufliche Laufbahn

bzw. Ihr ehrenamtliches Engagement in der sozialen Arbeit zurückblicken: Welche Aussagen treffen für Sie zu? (Mehrfachantworten möglich)

- F1: Ich habe mich bewusst für eine Arbeit/ein Engagement bei einem frei-gemeinnützigen Träger entschieden.
- F2: Ich meine, dass es **leichter** geworden ist, Wertvorstellungen in die Arbeit einzubringen.
- F3: Ich meine, dass es **schwerer** geworden ist, Wertvorstellungen in die Arbeit einzubringen.
- F4: Ich meine, dass es **weder leichter noch schwerer** geworden ist, Wertvorstellungen in die Arbeit einzubringen.
- F5: Aktuell kann ich meine persönlichen Ziele und Werte (meist) in meiner Arbeit/meinem Engagement verwirklichen.



Arbeit bei einem frei-gemeinnützigen Träger entschieden zu haben. Trotz erschwelter Rahmenbedingungen geben 59 % der Befragten an, nach wie vor ihre persönlichen Ziele und Werte (meist) in ihrer Arbeit verwirklichen zu können. Das heißt: Offenbar gibt es nach wie vor – trotz schwieriger werdenden Rahmenbedingungen – eine hohe idealistische Motivation der Beschäftigten in der sozialen Praxis.

Paritätischer Gesamtverband e.V.

Anika Falke
 Pressereferentin
 Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Niedersachsen e.V.

Rund 58% der Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer aus Niedersachsen geben an, sich bewusst für eine Tätigkeit in der sozialen

Regionalkonferenz am 23.06.2015

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe des Paritätischen fand am 26. März 2015 eine Auftaktkonferenz in Potsdam statt, der vier Regionalkonferenzen folgen.

Die Landesverbände Hamburg, **Niedersachsen**, Bremen und Schleswig-Holstein haben für den **23. Juni 2015** eine gemeinsame **Regionalkonferenz** in Hamburg organisiert. Eingeladen sind hauptamtliche und ehrenamtliche VertreterInnen von Paritätischen Mitgliedsorganisationen und MitarbeiterInnen des Paritätischen.

Möglichkeiten zur Anmeldung, Infos zu dieser und weiteren Veranstaltungen sowie zum Paritätischen Werte-Dialog allgemein bietet die Kampagnenseite www.werte.paritaet.org.



Gemeinsame Konferenz in Hannover: Ulrich Schneider, die Vorsitzende des Paritätischen Niedersachsen, Birgit Eckhardt, und der Verbandsratsvorsitzende Kurt Spannig inmitten der Vorsitzenden der Kreisverbands-Beiräte.

Der Paritätische elektrisiert...

Elektromobilität im Kreisverband Wolfsburg

Seit mehr als einem Jahr werden im Paritätischen Wolfsburg nunmehr sechs Volkswagen des Modells e-up! im mobilen sozialen Hilfsdienst mit großem Erfolg eingesetzt. Mittlerweile haben die Fahrzeuge ihren ersten kompletten Winter hinter sich – bei den niedrigen Temperaturen zeigte sich, wie zuverlässig die Elektronik und vor allem die Lithium Ionen Batterien der Elektrofahrzeuge sind. Dabei machten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Erfahrung, dass die Reichweite der Fahrzeuge mit den Außentemperaturen sinkt: Statt nach den gewohnten 150 Kilometer meldeten die Bordcomputer nach abgeschlossenem Ladevorgang an „kalten“ Tagen nur noch bis zu 100 Kilometer Reichweite zurück. Auf die Touren hatte diese „kalte“ Besonderheit allerdings keinerlei Auswirkungen, sodass die Dienste auch bei Frost gewohnt professionell ihrer Arbeit nachgehen konnten.

Technische Erkenntnisse wie die sinkende Reichweite bei Kälte, aber auch die Rückmeldungen aus der Öffentlichkeit und von den Fahrzeugnutzern auf Elektromobilität im Verkehrsalltag werden aufmerksam im Rahmen der Begleitforschung erfasst und ausgewertet. Neben der Begleitforschung des Paritätischen Wolfsburg in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) sowie der Technischen Universität in Braunschweig (TU BS), die sich zuletzt bei einem Treffen am 04.02.2015 in Hannover über den aktuellen Projektstand

und damit auch über die aktuellen Fahrzeug- und Ladeprobleme ausgetauscht haben, findet der Informations- und Erfahrungsaustausch zugleich auch schaufensterübergreifend und damit bundesweit statt.

Vertreter der von der Bundesregierung ausgewählten vier „Schaufenster“ Berlin-Brandenburg, Niedersachsen, Bayern-Sachsen und Baden-Württemberg haben sich zu Beginn des Jahres in Berlin getroffen. Unter dem Titel „Innovations-schauplatz Berlin“ berichteten verschiedene Projektteilnehmer wie z.B. die NPE (Nationale Plattform Elektromobilität) Berlin, das Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO Stuttgart usw. im Rahmen einer Podiumsdiskussion im Bundeswirtschaftsministerium über Erfahrungen und erste Ergebnisse in den differenzierten Begleit- und Wirkungsforschungsprojekten. Auch der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. war vertreten und fühlte sich in seiner ersten Beurteilung eigener Erkenntnisse aus dem Einsatz seiner Elektrofahrzeuge bestätigt: Der Einsatz von Elektromobilität im mobilen sozialen Hilfsdienst im städtischen Verkehr ist sowohl ökologisch als auch ökonomisch wichtig und sinnvoll – man muss ihn sich derzeit nur leisten können.

Das Tagesgeschäft im Kreisverband Wolfsburg zeigt nach ersten Auswertungen, dass die sechs e-up!s von Projektbeginn am 18.02.2014 bis Dezember 2014 rund 21.200 km zurückgelegt haben. Dies bedeu-



Auf dem Weg zur nächsten Tour: Beim Paritätischen Wolfsburg sind die Mitarbeiterinnen im mobilen sozialen Hilfsdienst elektrisch unterwegs.

tet, dass jedes Fahrzeug im Durchschnitt etwa 300 km pro Monat absolviert hat. Die Auswertung der Fahrtenbücher ergibt zudem eine aktuelle Auslastung der Fahrzeuge von rund 38%.

Maßgebend hierfür ist der noch eingeschränkte Einsatzbereich der e-up!s. Die Elektrofahrzeuge wurden in Wolfsburg bisher nicht im Pflegedienst eingesetzt, da zunächst die Zuverlässigkeit der Elektromobilität geprüft werden sollte. Aufgrund der verringerten Reichweite an den kalten Tagen wurde der Plan, zwei Fahrzeuge ab Ende 2014 in der ambulanten Pflege einzusetzen, zunächst zurückgestellt. Aber gerade im Bereich der ambulanten Pflege sind die konventionellen Fahrzeuge in Wolfsburg durchschnittlich 600 Kilometer pro Monat unterwegs. Da ist also hinsichtlich des wirtschaftlichen Einsatzes der E-Fahrzeuge noch einiges drin.

Alles in allem ist schon heute erkennbar, dass noch einige Hürden genommen werden müssen, bis man von einem wirtschaftlichen Ein-

satz der Elektrofahrzeuge sprechen kann. Nach bisherigen Projektauswertungen ist festzustellen, dass die Gesamtkosten des e-up!, also Anschaffungs-, Betriebs-, Verbrauchs- und Ladeinfrastrukturkosten, mehr als doppelt so viel betragen, wie für ein vergleichbares konventionelles Fahrzeug, also z.B. eines Skoda Citigo. Hauptgrund hierfür ist natürlich der Anschaffungspreis des e-up!, der momentan noch doppelt so hoch ist wie der seines konventionellen Gegenübers.

Ausschlaggebend für einen effizienten Einsatz von Elektrofahrzeugen sind die jährliche Laufleistung (mind. 20.000 km), die Nutzungsdauer sowie die Anschaffungs- und Ladeinfrastrukturkosten. Letztere Faktoren sollen durch eine „Voreiterrolle“ der öffentlichen Verwaltungen beeinflusst werden, indem deren Fuhrpark mit einem nennenswerten Anteil an Elektromobilität bundesweit erneuert werden und damit eine erhöhte Nachfrage zu sinkenden Fahrzeugpreisen füh-

ren soll. Wir werden dieses natürlich aufmerksam beobachten.

Interessierte, die gern mehr über das Schaufenster Elektromobilität erfahren möchten, finden übrigens auch auf <http://www.metropolregion.de/> viel Wissenswertes zum Thema.

*Udo Porsch
Projektleiter
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Politik darf bei Pflege nicht in Wahlperioden denken

I. Niedersächsischer Tag der Sozialwirtschaft des SoVD

Der 1. Niedersächsische Tag der Sozialwirtschaft und Politik feierte am 09.03.2015 eine gelungene Premiere für die paritätische Mitgliedsorganisation Sozialverband Deutschland (SoVD) Landesverband Niedersachsen e.V. Rund 130 Teilnehmende aus Sozialwirtschaft, Politik und Wissenschaft waren in das Alte Rathaus nach Hannover gekommen, um sich über die Zukunft der Pflege auszutauschen. Der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer begrüßte unter anderen die Bundestagsvizepräsidentin Edelgard Bulmahn, die Parlamentarische Staatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller sowie die Niedersächsischen Staatssekretäre Dr. Jörg Mielke und Michael Rüter.

Grundlage war eine Diskussionsrunde von Unternehmern und Verbandsmanagern. Die Praktiker brachten auf den Punkt, was Politik tun muss, um zu verhindern, dass die Pflege zum Pflegefall wird. Allen Beteiligten war wichtig, dass Politik nicht nur in Wahlperioden denkt. Gerade, wenn sich die Zahl

der Pflegebedürftigen bis 2030 verdoppelt, sei eine Planung der Pflege wünschenswert. Vor allem im ländlichen Bereich fahren häusliche Pflegedienste Defizite ein, die ausgeglichen werden müssen, betonte Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e.V. Als Vertreterin der ambulanten Pflegedienste ergänzte Jasmin Arabian-Vogel, Geschäftsführerin Interkultureller Sozialdienst, dass nicht ausschließlich über die Entlohnung gesprochen werden müsse, sondern auch über die Aufwertung der Betriebe. Diese müssten sich verstärkt auch Gedanken über attraktivere Arbeitszeiten und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder machen.

Helge Engelke, Verbandsdirektor der Niedersächsischen Krankenausgesellschaft, machte auf die Misere der Krankenhäuser aufmerksam. Zwei Dritteln davon gelänge es nicht, Überschüsse zu erwirtschaften. Außerdem müsse sich die Sichtweise von Politik ändern, weg vom

Kostenfaktor hin zu den Leistungserbringern. Helmut Glenewinkel, Geschäftsführer für das Gesundheitsmanagement Pflege der AOK Niedersachsen, sprach sich gegen staatliche Pflegedienste aus, da diese zu unflexibel seien und zu wenig Anreiz für Qualität böten. Dirk Swinke, Geschäftsführer des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V., schlug eine Alternative zu den Pflegestufen des MDK vor: nämlich das individuelle Pflegebudget.

Sozialwissenschaftler Dr. Peter Bleses von der Uni Bremen trug die Ergebnisse des Verbundprojekts „Zukunft: Pflege“ vor. Dabei ging es darum, was Pflegeunternehmer tun können, um anstehende Herausforderungen zu meistern. In ihrer Rede sagte die niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD), dass „Dumpinglöhne in der Pflege nicht akzeptabel sind“ und die Dokumentationspflicht abgebaut werden müsse. Zudem sprach sie sich erneut für eine Pflegekammer aus.

Im anschließenden Streitgespräch der Fraktionsspitzen aus dem niedersächsischen Landtag hielt Reinhold Hilbers (CDU) dagegen und erntete dafür viel Applaus: „Die Pflegekammer ist eine teure Mogelpackung.“ Bauer pflichtete ihm bei: „Sie löst keinerlei Probleme.“ Anja Piel (Grüne) betonte, je besser Pflegekräfte über die Pflegekammer informiert werden, umso mehr stimmten sie dafür. Johanne Modder (SPD) war es wichtig, auch die Probleme der pflegenden Angehörigen wahrzunehmen. Auch diese müssten entlastet und beraten werden. Christian Dürr (FDP) machte sich auch für einen Abbau von Bürokratie stark: „Die Fachkräfte sind keine Aktenpfleger, sondern Menschenpfleger.“

Außergewöhnlich an der Veranstaltung war die direkte Einbindung des Publikums in die Diskussion. Auf einer Twitterwall wurden die Fragen unter dem Hashtag #sovdnds an die Leinwand geworfen. Mit dieser modernen Vorgehensweise gelangten Anmerkungen reibungslos zu Moderator und SoVD-



Grundlage der Veranstaltung war die Diskussionsrunde von Unternehmern und Verbandsmanagern, von links: Jasmin Arabian-Vogel (Geschäftsführerin Interkultureller Sozialdienst), Helmut Glenewinkel (Geschäftsführer Gesundheitsmanagement Pflege der AOK Niedersachsen), Helge Engelke (Verbandsdirektor Niedersächsische Krankenhausgesellschaft e.V. und Caritas-Direktor), Matthias Büschking (Moderator und SoVD-Landespressesprecher), Dirk Swinke (Geschäftsführer SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.) und Birgit Eckhardt (Vorsitzende Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.).

Landespressesprecher Matthias Büschking. Darüber hinaus hatten die Pflegeunternehmer im Mittags- und Nachmittagsatrium an kleinen Tischrunden die Gelegenheit, mit einem Politiker in den aktuellen Dialog zu treten. Gastgeber und erster Vorsitzender des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V., Adolf Bauer, sagte bei der Verab-

schiedung zu den Gästen: „Ich gehe davon aus, dass dies nicht die letzte Veranstaltung dieser Art gewesen sein wird.“

Matthias Büschking
Pressesprecher
Sozialverband Deutschland Landesverband Niedersachsen e.V.

Unsere Gemeinschaft macht Sie stark.

- Wir beraten und vertreten unsere Mitglieder bei Fragen zur Rente, Pflege, Gesundheit, Hartz IV, Behinderung und mehr!
- Wir bieten unseren Mitgliedern ein geselliges Vereinsleben mit Vorträgen, Fahrten und ehrenamtlichem Engagement vor Ort.
- Wir machen der Politik Druck!



SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstraße 31 | 30159 Hannover | Tel. 05 11 / 70 148 - 0
Weitere Informationen im Internet unter: www.sovd-nds.de



„Haben Sie noch Sex oder spielen Sie schon Golf?“

Fachtagung Männliche Sexualität im Alter in Hannover

Was bedeutet das Älterwerden für Männer und mit welchen Herausforderungen und Erwartungen sehen sie sich dabei in ihrer Sexualität konfrontiert? Rund 80 Fachkräfte aus der Paar- und Sexualberatung, Psychotherapie, Medizin und anderen Disziplinen waren am 18.11.2014 in die Akademie des Sports nach Hannover gekommen, um sich bei der Fachtagung „Haben Sie noch Sex oder spielen Sie schon Golf? Männliche Sexualität im Alter“ zu informieren und gemeinsam über beratungsrelevante Aspekte ins Gespräch zu kommen.

Die Tagung der paritätischen Mitgliedsorganisation pro familia Landesverband Niedersachsen e.V. und der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen hatte sich zum Ziel gesetzt, herrschende Oberflächenbilder durch wissenschaftsbasierte und praxisfundierte Fachkenntnisse zu ersetzen, um



Männern in der Sexualberatung auf diese Weise in ihren spezifischen Bedürfnissen, Lebenswirklichkeiten und Beratungsanlässen gerecht(er) werden zu können. Referenten und Referentinnen gaben erkenntnisreiche Einblicke aus soziologischer, medizinischer und therapeutischer Sicht. Berücksichtigung fanden hierbei u.a. auch die spezifische Rolle von Frauen in der Männerberatung und die Lebens-

wirklichkeiten schwuler Männer. Am Nachmittag wurden an Thementischen einzelne Beratungsaspekte ausgiebiger diskutiert, so z.B. der Umgang mit Männern in der ärztlichen Sprechstunde und der Paar- und Sexualberatung oder die Erreichbarkeit von Männern über das Medium Onlineberatung.

Die Tagungszeichnerin Tanja Föhr aus Hannover hielt den Verlauf und die Ergebnisse der Veranstaltung zeitgleich grafisch fest. Diese Dokumentation ist zusammen mit dem Grußwort und einzelnen Vorträgen auf der Homepage des pro familia Landesverbands Niedersachsen (erreichbar über www.profamilia.de) unter „Aktuelles“ einzusehen und herunterladbar.

Silke Wendland
 Fachbereichsleitung
 pro familia Landesverband
 Niedersachsen e.V.

„Gewalt ist nie privat!“

Erfolgreiche Fachtagung zum Thema häusliche Gewalt in Celle

Am 12. November 2014 fand im Oberlandesgericht Celle eine Fachtagung zum Thema „Gewalt ist nie privat – juristische, medizinische und psychosoziale Aspekte häuslicher Gewalt“ statt. Veranstalter war eine breit aufgestellte Kooperation zwischen dem Runden Tisch gegen Häusliche Gewalt im Raum Celle, dem Oberlandesgericht, der Ärztekammer

Niedersachsen und der Rechtsanwaltskammer Celle. Federführend für den Runden Tisch gegen Häusliche Gewalt war das in Trägerschaft des Paritätischen Celle geführte Haus der Familie im Rahmen des Frauen- und Kinderschutzhouses und der BISS (Beratungs- und Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt) an den Vorbereitungen beteiligt.

Häusliche Gewalt ist leider ein Alltagsphänomen. Die damit befassten Berufsgruppen wie Juristinnen und Juristen, Ärztinnen und Ärzte, Polizistinnen und Polizisten, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Therapeutinnen und Therapeuten arbeiten oft nebeneinander und nicht miteinander. Das wirkt sich nachteilig für die betroffenen Personen aus, die dadurch zum zwei-

ten Mal Opfer werden. Um die Tätigkeiten besser zu koordinieren, ist ein näherer Einblick in die Arbeit der jeweils anderen Berufsgruppe erforderlich.

Die Veranstaltung war ein voller Erfolg. 180 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus unterschiedlichen Professionen hörten informative Vorträge und tauschten sich in verschiedenen Arbeitsgruppen aus.

Prof. Dr. Christian Pfeiffer stellte aktuelle Forschungsergebnisse zum Thema „Gewalt in der Familie“ vor, Dr. med. Tanja Germerott vom Institut für Rechtsmedizin an der Medizinischen Hochschule Hannover berichtete anschaulich von ihrer Arbeit im Netzwerk „ProBeweis“, Ulrike Fell, Richterin a.D. und Fachberaterin für Psychotraumatologie, stellte in ihrem Vortrag „Trauma und Recht“ die unterschiedlichen Sichtweisen von Justiz und psychosozialer Unterstützung dar.



Die Referentinnen und Referenten gemeinsam mit den Veranstaltern des Fachtags vor dem Oberlandesgericht Celle.

Der Runde Tisch gegen Häusliche Gewalt ist mit dem Ergebnis der Veranstaltung sehr zufrieden, gelang es doch, die unterschiedlichen Berufsgruppen miteinander ins Gespräch zu bringen und neue Perspektiven für den beruflichen Alltag kennenzulernen. Positiv fiel vor allem auf, dass so viele Ärzte und Juristen Interesse an dem in-

terprofessionellen Austausch zeigten – etwa die Hälfte der Teilnehmer kamen aus dem medizinischen oder juristischen Bereich.

Dagmar Wendland
Haus der Familie
Paritätischer Celle

Behindert sexuelle Gewalt! – Sexuelle Gewalt behindert!

Prävention und Unterstützung für Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigung

Als Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt an Frauen beschäftigt sich die paritätische Mitgliedsorganisation Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. Hannover (Frauennotruf Hannover) bereits seit mehr als 15 Jahren mit der Thematik „Sexuelle Gewalt und Behinderung“. Frauen mit Beeinträchtigungen haben – verglichen mit dem weiblichen Bevölkerungsdurchschnitt – aufgrund ihrer besonderen Lebenssituation ein doppeltes Risiko, von sexualisier-

ter Gewalt betroffen zu sein. Dabei tragen Frauen mit Lernschwierigkeiten und solche, die in Einrichtungen leben, ein erhöhtes Risiko.

In Hannover und der Region leben 26.000 Frauen mit Behinderungen. Wenn man diese Zahlen in Bezug zu aktuellen Studienergebnissen setzt, muss davon ausgegangen werden, dass allein in der Region Hannover um die 11.500 Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigung von sexualisierter Gewalt betrof-

fen sind (vgl. BMFSFJ (Hrsg.) 2012). Studienergebnisse belegen ferner, dass mehr als 40% der Täter Menschen sind, deren Aufgabe es ist, Menschen mit Beeinträchtigung bei der persönlichen Lebensbewältigung zu unterstützen. Diese erschreckend hohen Zahlen verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf, dem präventiv entgegenzuwirken.

Maßnahmen, die Einrichtungen zu sichereren Orten machen können,

müssen dabei auf verschiedenen Ebenen ansetzen:

- Selbstbewusstsein und Partizipation fördern – Selbstvertrauen in die eigenen Kompetenzen zu stärken, ist eine wichtige Voraussetzung, sich gegen sexualisierte Gewalt zu wehren.
- Sexualpädagogik bewusst einsetzen – Sexualpädagogische Konzepte können Fachkräften einen sicheren Boden bereiten, um ihre Klientel bei der Entwicklung einer selbstbewussten Sexualität zu unterstützen und sie zu ermutigen, sich gegen sexuelle Grenzüberschreitungen zu wehren.
- Sexuelle Gewalt enttabuisieren – Wirksame Prävention muss sich sowohl an Betroffene als auch an deren unterstützendes System richten.

Projekt „Behindert sexualisierte Gewalt!“

Im Oktober 2014 ist das Projekt „Behindert sexualisierte Gewalt!“ des Frauennotrufs Hannover an den Start gegangen. Ziel ist es, über präventive Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen wirksame Schritte zu unternehmen, das Unterstützungssystem für Frauen mit Beeinträchtigung auszubauen und ihr Risiko, von sexualisierter Gewalt betroffen zu sein, effektiv zu senken. Ermöglicht wird das Projekt „Behindert sexuelle Gewalt!“ durch die finanzielle Förderung der Aktion Mensch, der Klosterkammer Hannover, der Heidehofstiftung, der VGH-Stiftung und des Präventionsfonds der Deutschen Bischofskonferenz.

44% aller Frauen mit Behinderungen erleben sexuelle Gewalt



HILF JETZT MIT, DAS ZU ÄNDERN!

HINSCHAUEN	HELLEN	RESPEKTIEREN
Wegschauen macht Täter*innen sicher. Zuhause, auf der Straße, im Schwimmbad: Schau hin!	Hilf Betroffenen, Unterstützung zu finden, z.B. hier: www.frauennotruf-hannover.de	Achte die körperliche Selbstbestimmung deiner Mitmenschen. Jederzeit.

Kampagne „Gemeinsam aktiv gegen sexualisierte Gewalt an Frauen und Mädchen mit Behinderungen“ vom Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. Hannover

0511-33 21 12

und Landeshauptstadt Hannover – Referat für Frauen und Gleichstellung unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters Stefan Schostok



Der Frauennotruf bietet bedarfsorientierte Fortbildungen, Gruppenangebote, Seminare, Workshops und Fachtagnungen für Betroffene, Fachkräfte und Einrichtungsleitungen zu den oben genannten Themengebieten Selbstbestimmung und Partizipation, Sexualpädagogik und Sexualisierte Gewalt. Die Bildungsangebote können ab sofort beim Frauennotruf Hannover angefragt werden. Die Ansprechpartnerin für das Projekt „Behindert sexuelle Gewalt!“, Jenni Vogt, ist telefonisch unter 0511 / 33 21 12 oder per E-Mail an j.vogt@frauennotruf-hannover.de zu erreichen.

Plakatkampagne: Hinschauen, Helfen und Respektieren

Sexualisierte Gewalt an Frauen und Mädchen mit Behinderung ist für die allgemeine Öffentlichkeit immer noch ein Tabu. In Fachkreisen ist der Bewusstseins- und Informationsstand über das Ausmaß und Vorkommen erfreulicherweise sehr viel größer geworden. Da-

zu haben sicherlich die Behindertenrechtskonvention, die einschlägigen Studien dazu und vor allem das Thema Inklusion beigetragen. Für Frauen mit Behinderungen ist es oft noch schwieriger, über Gewalterfahrungen zu sprechen bzw. Taten deutlich zu machen als für Frauen ohne Behinderungen. Signale werden nicht selten der Behinderung zugeschrieben, es fehlt eine Sprache über Sexualität, Opfer kennen die Unterstützungseinrichtungen nicht, Abhängigkeiten von Tätern und deren Umfeld machen es schwer diese zu „verraten“ etc. Mit Unterstützung der Stadt Hannover konnte der

Frauennotruf zu dieser Thematik eine erfolgreiche Plakatkampagne realisieren. Ziele dieser Plakatkampagne sind:

- Sensibilisieren – für das Thema „Gewalterfahrungen von Mädchen und Frauen mit Behinderungen“
- Aufklären – über die Existenz und das Ausmaß der Gewalt
- Informieren – über Hilfsmöglichkeiten
- Bewusstsein schaffen – für eine Kultur des Hinschauens und des Respektes

Der Frauennotruf freut sich, wenn das Plakat in Bibliotheken, Bürgerämtern, Gleichstellungsbüros, Einrichtungen der Behindertenhilfe weiter aufklären und ermutigen kann. Die Plakate können beim Frauennotruf angefragt werden.

*Jenni Vogt und Petra Klecina
Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. Hannover*



Vertrauen Sie unserer Expertise.

Zum Beispiel bei Bauvorhaben, Basisanalyse basierend auf dem § 21-KHEntgG-Datensatz, Investitionen in medizinische Großgeräte, Factoring oder Leasing. Wir bieten Ihnen das gesamte Leistungsspektrum einer Universalbank, kombiniert mit jahrzehntelanger Erfahrung im Gesundheits- und Sozialwesen. Für Finanzplanung mit Umsicht.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Telefon 0511 34023-0 | bfshannover@sozialbank.de
www.sozialbank.de | www.spendenbank.de

Die Bank für Wesentliches

Hannoversches Projekt als Musterbeispiel

„Dialog macht Schule“ startet mit viel Unterstützung

„Dialog macht Schule“ heißt ein Programm der Paritätischen Mitgliedsorganisation Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen (VNB) e.V., das in Hannover mit viel Unterstützung an den Start gegangen ist. In diesem Programm werden Studierende zu DialogmoderatorInnen ausgebildet, um SchülerInnen an Partnerschulen in politischer Bildung zu begleiten. Zur Umsetzung wurde in Hannover ein Netzwerk mit engagierten Einrichtungen aus der Bildungslandschaft gegründet. Unter der Koordination des VNB e.V. arbeiten das Kultusministerium, die Landeshauptstadt Hannover, die Agentur für Erwachsenen- und

Weiterbildung, die Bundeszentrale für politische Bildung und die Dialog macht Schule gGmbH an der lokalen Durchführung mit. Die Schirmherrschaft hat die Ratsfrau und Bürgermeisterin der Landeshauptstadt Hannover, Regine Kramarek, übernommen.

„Hannover ist für uns ein Musterbeispiel geworden“ verkündete Siamak Ahmadi, einer der Gründer und Geschäftsführer der Dialog macht Schule gGmbH aus Berlin, bei der hannoverschen Standortvorstellung am 27.01.2015. Im Europasaal des Hauses der Jugend fanden sich die Fördereinrichtungen, Netzwerkmitglieder, beteiligten Schulen und Interessierte zusammen, um gemeinsam den Start des Bildungsprogramms in der niedersächsischen Landeshauptstadt als neuen Standort neben Berlin, Wuppertal, Hamburg und Stuttgart zu präsentieren. Die Projektleiterin Mona Qaiser konnte bei der Präsentation sieben Fördereinrichtungen begrüßen, die „Dialog macht Schule“ finanziell unterstützen.

Seit September 2014 arbeiten die

ersten DialogmoderatorInnen zusammen mit SchülerInnen der IGS Badenstedt und der IGS Kronsberg in Hannover. Die beteiligten Schulen freuen sich über die Projektkooperation. Thomas Bürkner, Schulleiter der IGS-Badenstedt, hob in diesem Zusammenhang hervor, „dass Demokratie und das Miteinander etwas ganz Wichtiges sind“. Kathleen Fler, Schulleiterin der IGS-Kronsberg, erklärte ihre Kooperationsbereitschaft damit, dass „dieses Projekt für die SchülerInnen sehr gewinnbringend ist, weil in Kleingruppen schnell Vertrauen für eine offene politische Auseinandersetzung aufgebaut werden kann“.

„Think big“ ist laut Mona Qaiser das Credo dieses Projektes. Ganz nach diesem Motto soll die weitere Entwicklung gestaltet werden: mehr Schulen, mehr Schulformen und noch mehr Standorte in anderen Städten Niedersachsens.

Frank Schmitz
Pädagogischer Mitarbeiter
Verein Niedersächsischer
Bildungsinitiativen e.V.



Im Projekt werden Studierende zu DialogmoderatorInnen ausgebildet, um SchülerInnen an Partnerschulen in politischer Bildung zu begleiten.

auf-der-kunterbult.de viermal ausgezeichnet

Interaktive Kommunikation für kleine Patienten mehrfach prämiert

Die Lern- und Erlebniswelt „Auf der Kunterbult“ des Kinder- und Jugendkrankenhauses auf der Bult, eine Einrichtung der paritätischen Mitgliedsorganisation Stiftung Hannoversche Kinderheilan-

stalt, hat den IF Award 2015 und den M&K Award 2015 gewonnen. Ende Februar 2015 hat Björn Vofrei, Geschäftsführer der verantwortlichen Agentur Identitätsstiftung, in München stellvertretend

für das gesamte Projektteam den Designpreis IF Award in der Kategorie „Brand Identity“ entgegen genommen. Wenige Tage vorher wurde der renommierte Preis der Fachzeitschrift „Management und



Das neue Poster der Kunterbult-Tiere.

Krankenhaus“ verliehen, bei dem Leser unter anderem in der Kategorie „Klinik & Management“ über eingereichte Projekte abstimmen. Damit hat die Lern- und Erlebniswelt „Auf der Kunterbult“ innerhalb eines Jahres gleich vier Preise gewonnen (zuvor bereits den Red Dot-Award und den Health Media Award) und dazu noch eine Nominierung beim German Design Award erhalten. Das hat in der Form noch keine in Hannover entwickelte Internetseite geschafft – bis auf „Kunterbult“, bei der die Hannoversche Agentur Identitätsstiftung zusammen mit dem Kinder- und Jugendkrankenhaus auf der Bult Maßstäbe im Bereich pa-

tientenorientierte Kommunikation für Kinder ab drei Jahren gesetzt hat.

Ein Krankenhaus wird oft als unangenehmer Aufenthaltsort wahrgenommen und nicht als Ort der Genesung. Mit der Internetseite www.auf-der-kunterbult.de und dem dahinter stehenden Konzept einer kindgerechten Lern- und Erlebniswelt hat das interdisziplinäre Projektteam aufgezeigt, wie es anders geht. Durch Elemente wie Interaktion, Audio-Beiträgen, Visualisierung oder Storytelling machen sie das Kinder- und Jugendkrankenhaus positiv erlebbar und bringen zugleich die relevanten Fachin-

formationen verständlich auf den Punkt. Dies spiegelt sich in den vier Awards wieder: Sowohl Jurys mit Design-Schwerpunkt als auch Jurys mit medizinischem Schwerpunkt haben das Konzept ausgezeichnet. „Die Identitätsstiftung hat mit den Erfahrungen der Ärzte und Pflegekräften des Kinder- und Jugendkrankenhauses auf der Bult Tolles geleistet“, sagt Björn-Oliver Bönsch, Vorstandsreferent für Öffentlichkeitsarbeit im Kinder- und Jugendkrankenhaus auf der Bult. „Diese Erfolge beflügeln natürlich. Und weitere Bausteine auf der Basis der Kunterbult-Welt sind bereits in Planung.“ So wird schon bald ein buntes Poster der Kunterbult-Tiere erscheinen, auf dessen Rückseite Erläuterungen zu den einzelnen Protagonisten zu lesen sind. Das Poster erhalten die kleinen Besucher der Kindergartenführungen im Kinder- und Jugendkrankenhaus auf der Bult und natürlich auch die Patienten auf den Stationen.

*Björn-Oliver Bönsch
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Stiftung Hannoversche
Kinderheilstalt*

Ein lebendiges Miteinander

Kooperation der Grundschule Rheinstraße mit der Schule an der Deichbrücke

Zwischen der städtischen Grundschule Rheinstraße und der Schule an der Deichbrücke, eine Einrichtung der Gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH (GPS) in Wilhelmshaven, ist in den letzten zwei Jahren ein partnerschaftliches Miteinander gewachsen. In einem Kooperationskalender

wurden gemeinsame Aktionen festgelegt, geplant und durchgeführt. Durch die vielfältigen Begegnungen in den „Kooperationsklassen“, den individuell geschaffenen Fördereinheiten und den Gemeinschaftsaktionen gab es eine positive Annäherung zwischen den Schülern und Lehrkräften beider Schulen.

Im Rahmen der Kooperationsarbeit fand im Oktober 2014 zum zweiten Mal eine gemeinsame Projektwoche der beiden Schulen statt. Teilnehmer waren die Primar- und Sekundarstufen der Schule an der Deichbrücke sowie die 3. Klassen der Schule Rheinstraße. Die Schüler konnten aus acht Arbeitsgemeinschaften ih-

ren Interessensbereich wählen. Auf der Grundlage des gemeinsamen Erarbeitens und Erlebens fanden die Schüler und Lehrkräfte ein gutes Forum, um miteinander und voneinander zu lernen. Hierbei war es schön zu erkennen, dass manch anfängliche Hemmungen, Vorurteile oder Bedenken recht schnell abgelegt werden konnten. Schon nach kurzer Zeit wurde der gemeinsame Unterricht zur Normalität.



Fröhliche Schulleiter: Bert Bergner (Grundschule Rheinstraße, links) und Hans-Hermann Kickler (GPS Schule an der Deichbrücke).

Ein eindrucksvoller Abschluss der Projektwoche war die Präsentation der einzelnen Arbeitsgemeinschaften. Da wurden die selbst gestalteten Vasen ausgestellt, der selbst gebackene Zauberwald gezeigt und erklärt, die gestalteten Bilder präsentiert, Fußballausweise überreicht, es wurde getanzt, gesungen, gebärdet und von Bewegungserlebnissen berichtet. Die strahlenden Augen der Schüler, die Geduld, das Ver-

ständnis, die Freude und die Normalität, die von den Aktionen ausgingen, boten einen schönen Spiegel des Erlebten. Die Projektwoche wird auch für die Zukunft ein fester Bestandteil in der Zusammenarbeit der beiden Schulen sein.

In dem festlichen Rahmen der Präsentation wurde der Kooperations-

vertrag zwischen den Schulen von den Leitern Hans-Hermann Kickler und Bert Bergner sowie dem GPS Geschäftsbereichsleiter, Heinrich Dühring, unterzeichnet.

Hans-Hermann Kickler
Schulleiter

GPS Schule an der
Deichbrücke, Wilhelmshaven

Gesprächsrunde vor Ort

Parlamentarische Staatssekretärin zu Besuch in Stützpunktwohnung

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Gabriele Lösekrug-Möller, hat am 22.01.2015 gemeinsam mit der SPD-Bundtagsabgeordneten Susanne Mittag eine Lebenshilfe-Stützpunktwohnung in Delmenhorst-Düsternort besucht. Im Rahmen einer Gesprächsrunde mit ambulant betreuten Menschen mit Behinderung wollten die Politikerinnen Einblicke in inklusive Wohnmodelle erhalten. Wie lebt es sich im Stadtteil, wie gestaltet sich der Alltag, ist man im Stadtteil integriert, welche Unterstützungsangebote gibt es...? Bei



Schnack beim Kaffee: Die Parlamentarische Staatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller (2.v.l.) und die Bundtagsabgeordnete Susanne Mittag (Mitte) im Gespräch mit Lebenshilfe-Wohngruppen-Bewohnern Manuel Adamoschek (v. r.), Peter Fabianowicz und Arthur Lauts.
Foto: Frederick Grabbe / Delmenhorster Kreisblatt Online, 22.01.2015

Kaffee und Kuchen diskutierten die Politikerinnen mit Bewohnern ange-regt über das Thema „Inklusion“.

Wohnen am Stützpunkt Düsternort ist Teil eines differenzierten Wohn-angebotes der paritätischen Mit-

gliedsorganisation Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg e.V. Unter Anwendung des per-sonenorientierten Ansatzes wird durch dieses Angebot das inklusive Wohnangebot ergänzt und ermög-licht so eine weitere Öffnung und

Vernetzung von etablierten Wohn-angeboten in der Stadt.

*Christine Mengkowski
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Lebenshilfe Delmenhorst und
Landkreis Oldenburg e.V.*

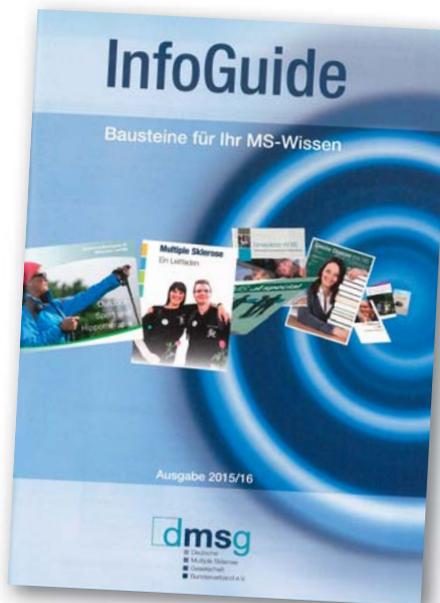
Aktueller DMSG-InfoGuide erschienen

Aufklärungs- und Informationsmaterialien zum Thema Multiple Sklerose

Multiple Sklerose wirft viele Fragen auf. Antworten finden Erkrankte, Angehörige und Interessierte im reichhaltigen, gut verständlichen und attraktiv gestalteten Aufklä-rungs- und Informationsangebot, das die Deutsche Multiple Sklero-se Gesellschaft (DMSG) bereithält. Einen aktuellen Überblick ermög-licht der InfoGuide. Die aktuelle Ausgabe 2015/2016 enthält bereits die für dieses Jahr geplanten Infor-mationsmaterialien mit ihren vor-aussichtlichen Erscheinungsdaten.

Kompakt und übersichtlich wer-den das schriftliche und digitale Aufklärungs- und Informations-material aufgelistet, die Broschü-ren, MS-Informationen und die multimedialen Angebote nach Themenschwerpunkten sortiert,

ihre Inhalte kurz und knapp vor-gestellt. So kann jeder in Ruhe



die für sich relevanten Materialien auswählen und mit dem anhängen-

den Formular per Post, Fax oder online beim Bundesverband der Deutschen Multiple Sklerose Ge-sellschaft bestellen oder bei einem Besuch auf www.dmsg.de die in-teraktiven Tools nutzen.

Der InfoGuide kann im Online-Shop des DMSG-Bundesverban-des unter www.dmsg.de oder in den Geschäftsstellen der DMSG-Landesverbände bestellt werden. Der DMSG Landesverband Nie-dersachsen e.V., Engelbosteler Damm 104, 30167 Hannover ist telefonisch unter 0511 / 70 33 38 oder per E-Mail an info@dmsg-niedersachsen.de zu erreichen.

*Deutsche Multiple Sklerose
Gesellschaft
Bundesverband e.V.*

Willkommen im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Neue Mitgliedsorganisationen im Porträt

Der Paritätische Wohlfahrtsver-band Niedersachsen e.V. hat auf seinen Vorstandssitzungen die Aufnahme neuer Mitgliedsorgani-

sationen beschlossen. Die jüngsten Mitglieder des Paritätischen Nie-dersachsen möchten wir Ihnen an dieser Stelle kurz vorstellen. Wei-

terführende Informationen und Links über unsere Mitgliedsorgani-sationen sowie Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme finden Sie auf

unserer Homepage www.paritaetischer.de, Rubrik „Mitglieder“.

ARMA e.V., Hannover

Der panafrikanische Verein Arma e.V. baut seine Arbeit auf zwei Säulen auf. Auf der einen Seite stellt der Verein Perspektiven über das Leben der in Deutschland lebenden Afrikanerinnen und Afrikaner dar, regt zu Kontroversen und Debatten an und sucht nach Lösungsvorschlägen und Möglichkeiten zur Erleichterung der Verständigung und Verständnissen zwischen den Kulturen. Ziel ist es, die Völkerverständigung und die Integration zu fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, bietet der Verein diverse kulturelle Darbietungen und Maßnahmen: Literatur, Publizistik, Musik und Kunst. Der Verein hat schon mehrere Veranstaltungen in der Region Hannover und außerhalb, unter anderem die Literaturreihe „Unter dem Baobab“, das Projekt „Timbuktu Kulturgarten“ in der Afrikahalle bei der Expo 2000, das „Elterncafé“ u. v. a. organisiert und durchgeführt. Dazu arbeitet und kooperiert der Verein mit Kulturschaffenden afrikanischer Herkunft sowie Interessierten und Unterstützern der afrikanischen Kultur (z.B. die afrikanische Band BlackX). Auf der anderen Seite unterstützt der Verein die interkulturelle Kommunikation sowie die Entwicklung von Projekten zur Förderung der Bildung und Verständigung. Das vorrangige Ziel des Vereins ist, das „globale Lernen“ voranzutreiben und dieses mit Projekten in der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit zu stützen. Dadurch soll ein Beitrag für mehr transnationale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und ein Zeichen für die Armutsbekämpfung gesetzt werden.

Deutsch-Russische Gesellschaft Göttingen e.V.

Die Deutsch-Russische Gesellschaft (DRG) Göttingen e.V. wurde am 19.09.2010 gegründet. Der Verein wendet sich in erster Linie an in Göttingen und Umgebung lebende russischsprachige Personen sowie an alle, die an russischer Kultur und an Russland interessiert sind. Der Verein verfolgt u.a. folgende Zwecke: Förderung der Bildung im Allgemeinen sowie Pflege der russischen Sprache und Kultur im Besonderen, Hilfe bei der Überwindung von Integrationschwierigkeiten in Deutschland, Vorbereitung und Förderung der Gründung einer bilingualen deutsch-russischen Kindertagesstätte in Göttingen, Förderung der Völkerverständigung, Unterstützung der Kinder und Jugendlichen aus der ehemaligen UdSSR bei der Integration in die deutsche Gesellschaft, Förderung der Völkerverständigung durch gemeinsame AG-Projekte mit verschiedenen deutschen und anderen Kulturvereinen, Förderung von Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur sowie Arbeit mit Menschen mit Handicap, Senioren, sozial schwachen Familien, Frauen, Kindern, Jugendlichen, und Unterstützung der persönlichen Selbstständigkeit mitsamt der Integration dieser Menschen (vorwiegend Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion) in das öffentliche Leben. Die Ziele des Vereins werden u.a. verwirklicht durch die Gründung einer „Russischen Schule“ (z.Z. 40 Schüler), einer „Sonntagsschule“ (z.Z. 20 Schüler), Angebote für Kinder und Erwachsene, Pflege der Russischen Feste und Konzerte vieler Gruppen und Künstler aus Russland, die nach Göttingen eingeladen werden. Die Angebote wer-

den von den in Göttingen lebenden ca. 4000 Menschen mit russischen Wurzeln und den ca. 300 Gastwissenschaftlern mit Familien gerne genutzt.

IBIS – Interkulturelle Arbeitsstelle für Forschung, Dokumentation, Bildung und Beratung e.V., Oldenburg

Der Verein IBIS setzt sich seit 20 Jahren für das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft ein. Für IBIS arbeiten etwa 130 engagierte Menschen an einem Bildungs- und Beratungsangebot, das sowohl NeubürgerInnen als auch schon länger in Oldenburg Lebende in vielen Lebenslagen unterstützt. Zu den Arbeitsbereichen von IBIS e.V. gehören: Deutschkurse – IBIS ist einer der größten Integrationskursanbieter in Oldenburg mit angegliederter Kinderbetreuung. Flüchtlinge – IBIS e.V. berät und unterstützt Flüchtlinge in den Bereichen Asylverfahren, Gesundheitsversorgung u.a. durch die „Humanitäre Sprechstunde“, Wohnraumbeschaffung, Umgang mit Behörden und bei persönlichen Problemen. Für traumatisierte Flüchtlinge bietet IBIS qualifizierte individuelle Traumatherapie an, und für Asylsuchende im Nordwesten eine regionale mobile Beratung. Lernförderung/Nachhilfe – IBIS e.V. hilft Kindern und Jugendlichen beim Lernen. Durch die individuelle Passung von SchülerInnen und Förderkräften entwickelt die IBIS-Nachhilfe eine besondere Qualität. Für Familien mit geringem Einkommen ist dieses Angebot kostenlos. Antidiskriminierung – IBIS berät Menschen, die sich diskriminiert fühlen oder Diskriminierung bei anderen beobachtet haben. Der Verein ko-

ordiniert außerdem das 2012 gegründete Antidiskriminierungsnetzwerk Niedersachsen ADNN, zu dem 13 weitere Beratungsorganisationen in diesem Bundesland gehören. Café IBIS – ein Ort der Begegnung für alle. Eine Teilnehmerin aus dem Deutschkurs trinkt in der Pause einen Tee, man trifft sich zu einem Gespräch, informiert sich über das Angebot, ein Flüchtling wartet auf Beratung – im Café IBIS findet Austausch statt.

Kreativ vor Ort e.V., Verden

Der Anfang 2014 gegründete gemeinnützige Verein ist in Verden Ansprechpartner für Menschen mit seelischen Problemen oder sozialen Notlagen, wie z.B. Depression oder Burnout. Die Begegnungsstätte Kreativ-Treff inmitten der Verdener Innenstadt ist ein Ort der Begegnung und der Freizeitgestaltung für die Besucher. Der Verein informiert und betreibt Öffentlichkeitsarbeit, um bestehende Vorurteile in der Gesellschaft abzubauen und um für mehr Akzeptanz für Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen und seelischen Problemen zu werben. Mit Vorträgen und Diskussionsangeboten soll ehrenamtliches Engagement gefördert werden. Sozial engagierte und interessierte Menschen haben im Kreativ-Treff die Möglichkeit, durch ihre aktive Mitarbeit im Verein oder durch anderweitige Unterstützung des Vereins gestaltend mitzuwirken.

LEBEN lernen gGmbH und LEBENSraum gGmbH, Uelzen

Unter dem Dach der Stiftung Leben leben befinden sich verschiedene gemeinnützige Gesellschaften, die in den Landkreisen Uelzen und Lüchow-Dannenberg

Förder- und Betreuungsangebote für Menschen mit einer Behinderung anbieten. Umstrukturierungsmaßnahmen innerhalb der Unternehmensgruppe hatten die Ausgliederung der nachfolgenden Geschäftsbereiche zur Folge: Mit Datum vom 16.10.2014 wurde der Geschäftsbereich Wohnen der Haus der Lebenshilfe gGmbH in die LEBENSraum gGmbH übertragen. Ein über 60-köpfiges Team bestehend aus Sozialpädagogen, Ergotherapeuten, Pflegefachkräften und anderen Professionen arbeitet landkreisübergreifend in zwei Wohnstätten, zwei Wohngruppen, zwei Wohngemeinschaften sowie im Ambulanten Wohnen mit dem Ziel, Menschen mit einer Behinderung den für sie geeigneten und gewünschten Wohn- und Lebensraum anzubieten und die Menschen auf ihrem Weg durch den Alltag zu unterstützen. In den Wohnstätten leben Menschen mit Behinderung, die einen höheren Hilfebedarf haben. In den Wohngruppen und Wohngemeinschaften wird den Bewohnern eine stundenweise Assistenz zur Seite gestellt, im Ambulanten Wohnen werden Teilnehmer darin unterstützt, ihr Leben zunehmend selbstständig gestalten zu können. Ebenfalls mit Datum vom 16.10.2014 wurde der Geschäftsbereich Kinder & Jugend der Haus der Lebenshilfe gGmbH in die LEBEN lernen gGmbH übertragen. Die LEBEN lernen gGmbH beschäftigt über 80 Mitarbeiter aus den Bereichen Sozial- und Sonderpädagogik sowie Heilerziehungspflege. Das pädagogische Fachpersonal ist in zwei Kindergärten-Einrichtungen (Heilpädagogischer und Sprachheilkindergarten), einer Kindertagesstätte, einer

Wohngruppe für traumatisierte Kinder und Jugendliche sowie in der Loewenwaldschule als staatlich anerkannte Tagesbildungsstätte tätig. In den Sonderkindergärten wird über die Vermittlung von Spiel, Spaß und altersgerechter Förderung einer klassischen Kindertageeinrichtung hinaus die Möglichkeit einer heilpädagogischen und sprachheilverfördernden Unterstützung angeboten, um so jedes Kind individuell fördern zu können. Die Loewenwaldschule arbeitet jahrgangsübergreifend unter dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung und vermittelt neben der schulischen Bildung auch lebenspraktische Erziehung für Kinder und Jugendliche mit erhöhtem Förderbedarf.

Politik zum Anfassen e.V., Isernhagen

Seit fast 10 Jahren macht der Verein „Politik zum Anfassen e.V.“ unabhängig und überparteilich jungen Menschen Lust auf Demokratie und Beteiligung. Das Team des Vereins besteht aus der Geschäftsführerin Monika Dehmel, dem Projektleiter Gregor Dehmel, der Büromanagerin Katja Hoffmann, drei Festangestellten und sieben jungen Menschen, die bei „Politik zum Anfassen“ ihr FSJ, BFD oder ein Praktikum absolvieren. Jedes Jahr erfährt der Verein großen Zuspruch für seine schulformübergreifende Projektarbeit, mit der er sich gegen Demokratiemüdigkeit einsetzt, kommunalpolitisches Wissen vermittelt und verständliche Antworten auf Fragen wie: „Wer hat in der Politik eigentlich das Sagen?“ oder „Warum entscheiden Politiker überhaupt so und nicht anders?“ liefert. Ergänzt wird diese Arbeit durch Medienprojekte wie

beispielsweise den „Kulturscanern“. Regionale Fragen werden in den Projekten „Mein Hannover 2030“ und den „Regionologen“ behandelt. Nicht selten werden Filme über wichtige Themen – von der Zwangsehe bis hin zur Einbürgerung – gedreht. Weitere Projekte sind diverse Planspiele. Allen voran das bekannteste namens „Pimp Your Town!“, bei dem die Schüler in die Welt der Kommunalpolitik abtauchen und dabei wie echte Politiker agieren dürfen. Mit diesem Konzept lieferte der Verein im Jahr 2011 die beste Bildungsidee Deutschlands ab und wurde damit Bundessieger im „Land der Ideen“. Mit den „Bewerbungspaten“, bei denen die Stärken der Schüler im Vordergrund stehen, dem Medienbus und vielen weiteren Veranstaltungen schließt sich der Kreis der Projektarbeit.

Segelkameradschaft Klaus Störtebeker Wilhelmshaven e.V.

Am Anfang – 1981 – stand ein altersschwaches Schiff, die „Klaus Störtebeker III“, bereit, den letzten Gang alles Vergänglichen anzutreten. Da rafften sich einige unverbesserliche Segelfreunde und Liebhaber alter Schiffe auf und schafften es tatsächlich, die 1922 gebaute Gaffelketch mit Hilfe der Bootswerft Iken in Wilhelmshaven zu restaurieren. Der Name der Segelkameradschaft stand somit fest, natürlich „Klaus Störtebeker“. Der Verein machte es sich zum Ziel, Traditionsschiffe möglichst originalgetreu wieder herzurichten und zu erhalten und anschließend am Wassersport Interessierten, insbesondere Jugendlichen, Gelegenheit zu geben, unter fachkundiger Leitung Segeln

Verbandsjubiläen

Wir gratulieren folgenden Mitgliedsorganisationen zu besonderen Jubiläen ihrer Mitgliedschaft im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen in den Monaten Januar, Februar und März 2015:

10 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt I. Quartal 2005)

- Deutscher Familienverband Niedersachsen e.V., Hannover
- Lebenshilfe Aurich gGmbH
- Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg gemeinnützige GmbH
- Lopshof e.V. Verein für integrative LebensArt, Dötlingen

20 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt I. Quartal 1995)

- Deutscher Kinderschutzbund e.V. Ortsverband Burgdorf
- Sozialpädagogische Intensivbetreuung e.V., Lingen/Ems
- PHV Persönliche Hilfen gGmbH, Diepholz

25 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt I. Quartal 1990)

- Aids-Hilfe Emsland e.V., Lingen
- Villa Kunterbunt Nienburger Kindergarten e.V.

30 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt I. Quartal 1985)

- Frauen- und Kinderhaus e.V. Uelzen

40 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt I. Quartal 1975)

- Arev Initiative für freie Jugendhilfe Peterfehn, Bad Zwischenahn
- KiTaB – KinderTagesBetreuung e.V. Fachberatungsstelle Kindertagespflege Hannover

- Lebenshilfe für Behinderte Wedemark e.V.

- Lebenshilfe Gifhorn gemeinnützige GmbH
- Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH (obw), Emden

45 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt I. Quartal 1970)

- Bauckhof Stütensen Sozialtherapeutische Gemeinschaft e.V., Rosche
- Institut für Persönliche Hilfen e.V., Braunschweig
- Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg e.V.
- Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Kreisvereinigung Hildesheim e.V.
- Lebenshilfe Salzgitter e.V.
- Lebenshilfe Stadthagen e.V.
- Lebenshilfe für Behinderte Kreisvereinigung Gifhorn e.V.
- Verein für spastisch Gelähmte u.a. Körperbehinderte e.V., Hildesheim
- Verein zur Förderung körperbehinderter Kinder e.V., Braunschweig

60 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt I. Quartal 1955)

- Schullandheim-Stiftung Roewekamp-Heiligengeisttor c/o Heiko Pannemann, Oldenburg

und Seemannschaft zu erlernen, Teamgeist und Verantwortung und in Gasthäfen freundschaftliche Kontakte zu in- und ausländischen Wassersportinteressierten zu entwickeln. Das Fahrtgebiet der Gaf-felketch „Klaus Störtebeker III“ ist hauptsächlich die Nordsee – direkt vor der Wilhelmshavener Haustür. Aber auch die Ostsee

zählt zum Fahrtgebiet. Alle insgesamt vier Schiffe der Segelkameradschaft werden von erfahrenen Skippern geführt. Sie weisen die neuen Crewmitglieder in die Abläufe und Funktionen an Bord ein und unterstützen sie bei der Aus-führung. Natürlich steht der Segel-sport im Vordergrund, aber auch Geselligkeit, Unterhaltung, Erho-

lung und Freude am Wassersport kommen nicht zu kurz. Teilneh-men kann jeder, der sich in guter gesundheitlicher Verfassung be-findet, ob jung oder alt, ob mit oder ohne Segelerfahrung. Vor-aussetzung für die Teilnahme ist die Mitgliedschaft in der Segelka-meradschaft „Klaus Störtebeker“ Wilhelmshaven e.V.

„Wir sind ein Teil der Gesellschaft“

Jan Patrick Kleen setzt sich öffentlich für ein faires Miteinander ein

Jan Patrick Kleen ist zurzeit in der beruflichen Bildung in der Werk-statt Wilhelmshaven der Gemein-nützigen Gesellschaft für Paritäti-sche Sozialarbeit mbH (GPS) tätig und arbeitet in der Gartengrup-pe. In den letzten Monaten hat er in seiner Freizeit mit Videos und Botschaften für ein faires Mitein-ande auf Facebook (bereits mehr als 5.000 Fans auf www.facebook.com/GegenGewaltundMobbing) und Youtube sehr viele Menschen erreicht und sehr viel Zustimmung bekommen. Inzwischen sind auch Zeitungen auf ihn aufmerksam ge-worden. Die Wilhelmshavener Zei-tung und die Nordwestzeitung ha-ben bereits groß über ihn und sein Anliegen berichtet, inzwischen auch die Ostfriesenzeitung. GPS-Kom-munikationsleiter Dr. Christian Andrae traf ihn kurz vor Weihnachten 2014 zum Gespräch.

Dr. Christian Andrae: *Wie bist Du auf die Idee mit Deiner Facebook-Seite gekommen?*

Jan Patrick Kleen: Anfang des Jahres ist mein Opa gestorben. Das hat mich ins Grübeln gebracht über mein Leben, was ich alles er-



„Ich wünsche mir, dass die Leute sich selber wertschätzen“: Jan Patrick Kleen im Gespräch.

Foto: Ina Winkler

lebt habe. Dann habe ich versucht, den anderen Menschen davon zu erzählen, wie es Menschen mit Be-hinderungen so geht, wie mit ihnen umgegangen wird. Das gefiel den Menschen sehr gut. Dann habe ich eine eigene Fanseite erstellt: Hand in Hand gegen Intoleranz und Ge-walt. Mit meinen Videos zeige ich: Wenn man es möchte, kann man sich wehren.

Andrae: *Was ist Deine Botschaft an die Leute, was ist Dein Anliegen?*

Kleen: Mein Anliegen ist, dass die Menschen lernen, mit uns besser umzugehen, dass sie keine Scheu vor uns haben. Ich habe selbst viel Schlimmes erlebt. Das Schlimms-te war auf der Förderschule. Ich bin neu in eine Klasse gekommen. Mich mochte da keiner. Ich wur-de verprügelt, verfolgt, fertig ge-macht. Ich war schwach und konn-te mich nicht wehren. Die Lehrer haben zum Teil auch weggeschaut. Dann bin ich auf die GPS Schule an der Deichbrücke gekommen. Da

hat mein Leben angefangen, richtig Spaß zu machen. Da sind die Lehrer viel offener mit mir umgegangen. Die Schüler untereinander waren viel netter zueinander. Auch hier in der Werkstatt bin ich ganz herzlich aufgenommen worden.

Andrae: *Kannst Du Dir erklären, warum das hier so gut läuft und draußen oft so schwierig ist?*

Kleen: Hier sind die Menschen, die mit uns umgehen können, weil sie uns jahrelang kennen. Die meisten Menschen kennen uns nicht und wissen nicht, wie sie mit uns umgehen sollen.

Andrae: *Was ist für Dich wichtig, wie sollen die Menschen mit Dir umgehen?*

Kleen: Ich wünsche mir, dass man mich als einen vernünftigen normalen Menschen ansieht. Meine Behinderung sieht man zwar nicht, aber wenn man sieht, wie ich schreibe... Früher konnte ich die Wohnung kaum verlassen, weil ich in der Stadt nur fertig gemacht wurde.

Andrae: *Wie sehen die Kollegen in der Werkstatt Deine Arbeit?*

Kleen: Ganz viele sind sehr begeistert von mir, sie merken, dass dazu Stärke gehört.

Andrae: *Wie waren die Reaktionen nach Deinem ersten Video?*

Kleen: Nach dem ersten Video hat sich alles verändert. Das wurde innerhalb von ein, zwei Tagen schon über tausend Mal angeschaut. Ich kann mir das selber auch nicht erklären. Man muss einfach selber was versuchen. Es kann gut gehen oder nicht. Und es ist sehr gut gegangen. Ich habe in den letzten Monaten Tausende von Nachrichten geschrieben. Ich wurde von einigen Menschen sogar eingeladen. Und ich habe auch schon Treffen gehabt. Und jetzt wieder eins am Wochenende.

Andrae: *Wie läuft so ein Treffen?*

Kleen: Ich habe einfach die Fans gefragt, wer Lust hätte, mich privat kennenzulernen. Wir hatten ein Treffen im News-Café in Wilhelmshaven mit 30 Menschen, jüngere und ältere, darunter auch viele, die keine Ahnung von Behinderung haben. Auch aus der Werkstatt waren einige da. Wir haben uns ganz normal unterhalten, gar nicht viel über mein Thema. Wir haben einen ganz tollen Tag gehabt. Wir haben um 16 Uhr angefangen, die letzten sind um 19:30 Uhr gegangen.

Andrae: *Du hast jetzt für das neue Jahr ein neues Projekt angekündigt?*

Kleen: Ich habe vor, mit ganz vielen Menschen, auch aus anderen Städten, ein großes Foto zu machen. Und dazu eine große Tapete, auf die jeder, der dabei war, seinen Namen schreiben kann. In Wilhelmshaven will ich damit anfangen, wo auch schon mehr als 100 Menschen mitmachen wollen. Ich will zeigen: Ich bin nicht nur am Rechner stark. Ich kann auch in der Öffentlichkeit meine Stärke zeigen. Damit bringe ich die Menschen wieder einen Schritt weiter zusammen.

Andrae: *Was möchtest Du den Leuten bei der GPS sagen?*

Kleen: Ich wünsche mir, dass sie ihr Leben freudig ansehen, dass die Leute sich selber wertschätzen, denn wir sind alle nur Menschen. Ob mit oder ohne Behinderung: Wir sind ein Teil der Gesellschaft.

*Interview: Dr. Christian Andrae
Kommunikation und
Öffentlichkeitsarbeit
Gemeinnützige Gesellschaft für
Paritätische Sozialarbeit mbH*

Erfolgreiche Premiere

I. Ehrenamtsbörse der Freiwilligenagentur des Paritätischen Lüneburg

Seit 18 Jahren vermittelt der Paritätische Lüneburg ehrenamtliche Mitarbeiter und freiwillige Helfer an mittlerweile über 120 gemeinnützige Organisationen in Stadt und Landkreis Lüneburg. Um das Ehrenamt in der Region noch deutlicher in den Fokus der Öff-

fentlichkeit zu rücken und somit die lokalen Aktivitäten zu stärken, wurde am 31.01.2015 die erste Ehrenamtsbörse in der Lüneburger Innenstadt durchgeführt. Dem Beispiel der AKTIVOLI Messe in Hamburg folgend, gründete Kathrin Wolter als Leiterin der Freiwilligen-

agentur des Paritätischen in Lüneburg mit Hilfe von zehn Mitarbeitern weiterer gemeinnütziger Organisationen ein Planungsteam zur Organisation und Durchführung des Projektes. „Ziel ist es, durch diese erste Darstellung vieler Akteure eine gute Übersicht

der Möglichkeiten der ehrenamtlichen Beteiligung herzustellen und noch mehr Ehrenamtliche für Stadt und Landkreis zu gewinnen“, erklärt Kathrin Wolter.

Mehr als 1400 Besucher und Interessierte kamen ins Lüneburger Glockenhaus und machten die I. Lüneburger Ehrenamtsbörse zu einem voller Erfolg. Geboten wurden Informationen über die Projekte und Möglichkeiten der ehrenamtlichen Mitarbeit bei 40 gemeinnützigen Organisationen, darunter auch zahlreiche Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Lüneburg, aus den Bereichen Natur, Kultur, Bildung und Soziales. Die Schirmherrschaft für die Veranstaltung wurde von dem Lüneburger Oberbürgermeister Ulrich Mädge übernommen. Die Niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Cornelia Rundt, sandte ein Grußwort, Landrat Manfred Nahrstedt und Oberbürgermeister Mädge sprachen Grußworte zur Eröffnung der Veranstaltung.

Beworben wurde die Börse durch eine umfangreiche Kampagne. Hierbei wurden ehrenamtlich tätige Fotomodelle professionell fotografiert und durch die kreative Umsetzung einer ortsansässigen Werbeagentur in Szene gesetzt.

Auf Flyern und Plakaten warben sie mit ihrem Portrait und Namen dafür, „Meine Zeit für andere“ einzusetzen. Flankiert wurde die Kampagne von Schaufensterwerbung sowie Berichterstattung in lokalen Zeitungen und Radiosendern. Als besondere Werbemaßnahme wurden Infostände in der Lüneburger Innenstadt aufgebaut, die die Freiwilligenagentur in Kooperation mit Studenten der Leuphana Universität Lüneburg (im Rahmen der Nachhaltigkeitstage) betrieb. Die Studenten bewarben die Veranstaltung durch umfangreiches Werbematerial mit Hilfe einiger Flüchtlinge aus einer Unterkunft im Lüneburg Ochtmissen. Da

auch die Willkommensinitiative als Verein im Bereich der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe als Aussteller auf der Börse vertreten war, handelte es sich entsprechend um eine Aktion mit win/win Charakter für alle Beteiligten.

Aufgrund des großen Erfolges der I. Lüneburger Ehrenamtsbörse werden bereits erste Überlegungen zur Wiederholung dieser Veranstaltung, voraussichtlich in zwei Jahren, angestellt.

*Kathrin Wolter
Leitung Freiwilligenagentur
Paritätischer Lüneburg*



Das Planungsteam für die Ehrenamtsbörse, darunter MitarbeiterInnen des Paritätischen Lüneburg und VertreterInnen seiner Mitgliedsorganisationen.

„Ich möchte, dass Du meine Chefin wirst“

Erster Arbeitsvertrag nach erfolgreicher Qualifikation

Sie hat hart dafür gearbeitet und nun ein Ziel erreicht: Linda Koch, die in der paritätischen Mitgliedsorganisation Lebenshil-

fe Braunschweig gemeinnützige GmbH zur Helferin im Kindergarten qualifiziert wurde, erhielt einen unbefristeten Arbeitsver-

trag über 39 Stunden und gehört damit jetzt fest zum Team des St. Bernward-Kindergartens in Salzgitter.

Ein Netzwerk unterschiedlicher Kooperationspartner hat diesen Vertrag im Rahmen eines „Budgets für Arbeit“ erst möglich gemacht. „Wir haben sehr erfolgreich geeignete Beschäftigte aus dem Berufsbildungsbereich und dem Arbeitsbereich der Werkstatt als Helfer für Kindertageseinrichtungen qualifiziert“, erklärt Michael Schumann vom Fachdienst Betriebliche Integration der Lebenshilfe Braunschweig. Seine Kollegin Janet Grüning nutzte dann ein vielschichtiges Netzwerk, um für Linda Koch den passenden Praktikumsplatz zu erhalten. Und fand in Ulrike Bruschke eine Partnerin, die sich ebenso offen wie strukturiert mit ihr auf einen neuen Weg machte. „Linda braucht ein gewisses Raster, nimmt Verantwortung aber sehr ernst“, erklärt die Leiterin des St. Bernward-Kindergartens in Salzgitter. „Zugleich gibt es keinen Wattebausch und keine Ausnahmen. Wichtig sind Respekt und Akzeptanz auf beiden Seiten.“

Auf Kinder zuzugehen, Aufgaben zu übernehmen und mitten im Alltag eines Kindergartens zu sein war für Linda Koch eine neue Erfahrung. Vor allem zu Beginn schaute Janet Grüning vom Fachdienst regelmäßig vorbei, hörte zu, was Linda und ihre Kolleginnen zu erzählen hatten, und half, wenn es irgendwo hakte. Karola Galdia war wiederum direkt vor Ort die Tandem-Kollegin, um zu beraten und zu unterstützen.

„Im Kindergarten ist jeder Tag ein Abenteuer. Umso wichtiger ist es, bestimmte Fähigkeiten, die auch in einem hausinternen Bewerbungsverfahren überprüft werden,



Geschafft!

Linda Koch (links), von der Lebenshilfe Braunschweig als Helferin im Kindergarten ausgebildet, und ihre neue Chefin Ulrike Bruschke.

Foto:

Elke Franzen

mitzubringen – ganz gleich, ob es sich um die Qualifizierung, ein Praktikum, einen ausgelagerten Arbeitsplatz oder gar ein festes Arbeitsverhältnis für Menschen mit Beeinträchtigung handelt“, erklärt Janet Grüning. Wer gute Chancen auf die Ausbildung, das Abschlusszertifikat und vielleicht einen passenden Arbeitgeber haben wolle, sollte möglichst schon ein angemessenes Sozialverhalten vorweisen, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit sowie zeitliche und räumliche Orientierung mitbringen, Hygieneregeln einhalten sowie öffentliche Verkehrsmittel benutzen können.

Voraussetzungen für den Wechsel aus der Werkstatt in den allgemeinen Arbeitsmarkt war die Qualifizierung, aber auch die innere Bereitschaft, flexibel auf einem neuen Arbeitsplatz unterwegs zu sein. So formulieren zukünftig Hilfeplan und Personalentwicklungsgespräch immer wieder große und kleine Etappen, um immer selbstständiger eigene Aufgaben zu übernehmen: eine Fortbildung für bestimmte Basteltechniken, erste

Versuche, das Lesen und Schreiben zu erlernen, die Einbindung in neue Gruppen und Themen.

„Linda ist der Motor ihres eigenen Lebens. Und wir bieten – im Sinne einer breit aufgestellten Inklusion – ein gutes Miteinander“, erklärt Ulrike Bruschke. So zögerte sie nicht, um in beeindruckend kurzer Zeit gemeinsam mit Lebenshilfe, Kirche, Gesundheitsamt und Eingliederungshilfe der Stadt Braunschweig, Lindas zunächst schüchtern, dann aber doch absolut überzeugend vorgetragenen Wunsch zu erfüllen: „Ich möchte, dass Du meine Chefin wirst.“ Das hat geklappt – mit Mut, Risikobereitschaft und Beharrlichkeit, auch dies auf beiden Seiten.

Elke Franzen

*Leitung Öffentlichkeitsarbeit
Lebenshilfe Braunschweig
gemeinnützige GmbH*

J.S. Bachs Weihnachtsoratorium – reloaded!

Musikzentrum Hannover präsentiert Neuinterpretation des Klassikers

Bachs Komposition zeitgemäß auf der Bühne zu präsentieren, ein Publikum aller Altersgruppen mit einer Aufführung zu vereinen, Musikprofis und Laien zusammenzubringen und gesellschaftliche Fragen neu zu stellen – ein wagemutiges Anliegen, aber all das schafft das WeihnachtsRapTorium, ein Jugendprojekt der paritätischen Mitgliedsorganisation Musikzentrum Hannover gGmbH: In der Neufassung von Komponist Christoph van Hal bleibt das Oratorium im Kern erhalten, wandelt sich aber durch eine Kombination aus Orchester, Band und Hip-Hop zum modernen „RapTorium“. Van Hal ist Grenzgänger zwischen den Genres (u.a. ist er tätig für die Staatsoper Hannover und die Popbands Wir sind Helden und Marquess) und Spezialist für ungewöhnliche Kompositionen. In der aktuellen Fassung zeigen außerdem zwei Rap-Solisten ihren Blick auf die Welt. Den roten Faden zwischen den einzelnen Stilelementen hält Erzähler und Poetry-Slammer Tobias Kunze als „Jesus“ in der Hand.

In diesem Crossoverprojekt des Musikzentrum Hannover haben jugendliche Laien im Jahr 2012 gemeinsam mit Musikprofis innerhalb von neun Monaten eine genreübergreifende Neufassung des Weihnachtsoratoriums von Bach erarbeitet. Es wurde hinterfragt, neu interpretiert und die langen Rezitative wurden in Raptexten modernisiert. Was daran spricht ein heutiges Publikum noch an? Wie lassen sich die verschiedenen Genres und Instrumente harmonisch



Zu Aufführung des WeihnachtsRapToriums erstrahlte das Innere der voll besetzten Marktkirche in Hannover in ungewohnt buntem Licht.

verbinden? Was lag Bach damals inhaltlich am Herzen und was ist uns auch heute noch wichtig? Der Erfolg der Premiere im Dezember 2012 bestätigte, dass das WeihnachtsRapTorium mit den gefundenen Antworten auf diese Fragen einen Nerv getroffen hatte. Sowohl bei den Klassikliebhabern als auch bei Jugendlichen, die sonst kein Kirchenkonzert besuchen würden. Und so tourte die Inszenierung bereits durch mehrere niedersächsische Kirchen in Hannover, Göttingen, Osnabrück, Hildesheim und Einbeck. Im Januar 2015 wurde das WeihnachtsRapTorium nun wegen der großen Nachfrage in Northeim und Hannover erneut aufgeführt.

Trotz des schlechten Wetters hatten sich am 10.01.2015 viele Besucher auf den Weg in die Marktkirche in Hannovers Altstadt gemacht, die sich bis auf den letzten Platz füllte. Familien, Senioren und jugendliche

Konzertbesucher kamen schnell ins Gespräch, es herrschte eine erwartungsfrohe Atmosphäre. Das Innere der Kirche erstrahlte einladend in ungewohnt buntem Licht. Die hohen Kuppeln und Säulen kamen eindrucksvoll zur Geltung und schufen eine einmalige Kulisse. Mit den Worten „Lange nicht mehr hier gewesen“, eröffnete Tobias Kunze den Abend, während er durch die Reihen in Richtung Orchester schritt. Im Laufe des Abends bot der Poetry-Slammer zahlreiche Momente, in denen sich das Publikum mit ihm als zurückgekehrten Gottessohn und seinen Fragen identifizieren konnte, egal, ob und welchem Glauben es angehörte: Die ungenierten Texte und Kunzes ehrliche Art machten es leicht, Gewohnheiten auf den Prüfstand zu stellen.

Das 30-köpfige Klassikorchester wurde speziell für diese Inszenierung neu zusammengestellt, spiel-

te aber vom ersten Ton an unheimlich homogen zusammen. Die Idee, engagierte Laien und etablierte Profis zusammenzubringen, ging musikalisch voll auf und sorgte auch abseits der Bühne für gute Harmonien. Die Band brachte mit E-Gitarre, Bass, Vibraphon und Schlagzeug passend die moderne Komponente hinzu. Bekannte Größen der hannoverschen Musikszene wie Jens Eckhoff und Lars Lehmann bereicherten die Gruppe. Van Hals Komposition überzeugte durch die vielen Facetten; kraftvoll, melodisch, mit viel Liebe zum Detail arrangiert. Die rhythmischen, orchestralen Parts wechselten mit zarten, in denen den Solisten Raum gegeben wurde, die Melodien voll aufblühen zu lassen. Der KIKIMU-Chor unter der Leitung von Gesa Rottler unterstützte gesanglich die Instrumentalisten.

Beeindruckend performten auch die beiden Hip-Hop-Spezialisten. Sängerin und Rapperin Selina nutzte ihre ganze stimmliche Bandbreite und zog die Zuhörer in ihren Bann. An ihrer Seite: Rapper Steffen Orth, präsent und rhythmisch voll auf den Punkt. Hier legten alle ihr ganzes Können zusammen, um gemeinsam einen besonderen Abend zu verwirklichen. Eine großartige Inszenierung, die es in dieser Form noch nicht gegeben hat.

Hip-Hop in den Kirchengängen, ein Schlagzeug vor dem Altar, Szenenapplaus und lautes Lachen aus den Bankreihen. In der Tat eher ungewöhnlich für ein Kirchenkonzert, aber sehr willkommen in der Marktkirche. Pastorin Hanna Kreisel-Liebermann freute sich über das bunt gemischte Publikum und kam nach dem Konzert mit vielen ins

Gespräch. „Gefühlt sind wir zwar schon im neuen Jahr angekommen, der weihnachtliche Gedanke der Nächstenliebe und des friedlichen Zusammenlebens, den das WeihnachtsRapTorium vermittelt, ist aber in jeder Saison gültig“, sagte die Pastorin. Musikalisch und inhaltlich werden mit dem WeihnachtsRapTorium Grenzen überschritten und neue Sichtweisen eröffnet. Die Chance auf eine Zugabe besteht: Das MusikZentrum arbeitet gerade an den nächsten Aufführungen für den Jahreswechsel 2015/2016.

Ein Mitschnitt des Konzerts auf CD ist über den Internet-Shop des MusikZentrum Hannover erhältlich: www.musikzentrum-hannover.de

Denise Kahlmann

MusikZentrum Hannover gGmbH

Große Auszeichnung für die „Roten Teufel“

Inklusive Fußballmannschaft gewinnt 2. Platz beim LSB-Inklusionspreis 2014

Der Osnabrücker Turnerbund, SC Rote Teufel – Ganderkesee e.V. (eine Fußballmannschaft der paritätischen Mitgliedsorganisation Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg e.V.) und die Rollstuhl-Sportgemeinschaft Hannover 94 haben den Wettbewerb 2014 um den Inklusionspreis des LandesSportBundes Niedersachsen gewonnen. 43 Vereine aus Niedersachsen hatten um den mit 10.000 Euro dotierten Preis beworben. Gesucht waren nachhaltige Aktivitäten für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung, etwa durch Beteiligung in der Gremienarbeit, in-

klusive Sportangebote oder die Kooperation mit Einrichtungen der Behindertenhilfe und Werkstätten vor Ort. Der Jury, die die Auswahl der Preisträger 2014 vornahm, gehörten an: der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, LSB-Präsident Prof. Dr. Wolf-Rüdiger Umbach, der Präsident des Behinderten-Sportverbandes Niedersachsen, Karl Finke mit seiner Assistentin Ina Hoffmann-Glaß, der Präsident des Gehörlosen-Sportverbandes Niedersachsen, Peter Fiebigler, und die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e.V., Birgit Eckhardt.

Platz 2: Der SC Rote Teufel – Ganderkesee e.V.

Seit 2007 hat eine Fußballmannschaft der Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg am Punktspielbetrieb der Behinderten-Fußball-Liga Niedersachsen (BFLN) teilgenommen. Um innerhalb des regulären Spielbetriebs des Fußballkreises Oldenburg-Land/Delmenhorst zu spielen, hat sich die Mannschaft für die Gründung eines Sportvereins, den SC Rote Teufel-Ganderkesee e.V., entschieden. Im Zuge der Vereinsgründung Mitte 2012 fand eine enge Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg statt.

Heute kicken beim SC Rote Teufel knapp 50 Mitglieder mit und ohne geistige Behinderung gemeinsam. Hier haben alle Spieler die Möglichkeit, ihren individuellen Fähigkeiten entsprechend, Punktspiele, Freundschaftsspiele und Turniere zu bestreiten. Der Inklusionsgedanke steht dabei immer im Mittelpunkt und hat Vorrang vor dem sportlichen Erfolg. Inzwischen nimmt eine inklusive Fußballmannschaft am Spielbetrieb der fünften Kreisklasse teil – dabei hält sich der Einsatz von Spielern mit und ohne Behinderung die Waage. Zum Spielerkader zählen aktuell zwölf Fußballer mit und elf Fußballer ohne Behinderung. Einmal pro Jahr richtet der Verein ein inklusives Hallenfußballturnier aus, an dem Mannschaften aus dem re-

gulären Spielbetrieb des Fußballkreises Oldenburg Land/Delmenhorst sowie Mannschaften aus der Behinderten-Fußball-Liga Niedersachsen teilnehmen. Zudem gibt es ein vereinsinternes inklusives Fußball-Turnier und just-for-fun-Fußball-Aktionen. Derzeit werden Kooperationen mit Grund- und Förderschulen vor Ort aufgebaut, um inklusive Fußballangebote für Kinder umzusetzen.

„Wir sind sehr stolz“, sagt Jutta Lobenstein, Trainerin der Roten Teufel und Mitarbeiterin der Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg. „Wir freuen uns sehr, dass wir als relativ kleiner Verein in Bezug auf Inklusion ganz weit vorne liegen und dies nun durch diesen Preis auch gewürdigt wur-

de.“ Momentan berät der Vorstand darüber, wie das Preisgeld in Höhe von 3.000 € verwendet werden soll. „Das Geld wird auch jeden Fall in ein konkretes inklusives Projekt fließen, entweder ein inklusives Trainingslager oder ein inklusives Fußballturnier“, erklärt die Trainerin. Weitere Informationen über die Roten Teufel gibt es auf der Webseite der Vereins www.sc-roteteufel.de.

*Katharina Kümpel
Pressesprecherin
LandesSportBund Niedersachsen e.V.*

*Anika Falke
Pressereferentin
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Raus aus der Opferrolle

Selbstverteidigungstraining für Menschen im Rollstuhl

Seit November 2011 bietet die paritätische Mitgliedsorganisation Rollstuhlsportgemeinschaft (RSG) Langenhagen 82 e.V. Workshops und Trainingstage „Selbstverteidigung für Menschen im Rollstuhl“ an. Eine Gruppe von 18 Menschen trifft sich alle sechs Wochen in der Gymnastikhalle der IGS Langenhagen zum Training. Unter Anleitung von drei Trainern der Organisation für effektive Selbstverteidigung (OFES) werden Gefahrensituationen nachgestellt und Techniken geübt, um Angriffe erfolgreich abzuwehren.



Sonja trainiert einen Angriff abzuwehren.

Waltraud, seit 70 Jahren aufgrund einer Kinderlähmung auf den Rollstuhl angewiesen, ist seit zwei Jahren beim Training dabei und sagt,

dass sie körperlich und mental profitiert hat. „Durch das Training haben sich bei mir schon viele Blockaden gelöst und durch die

Dehnung der Muskeln und Sehnen stellt sich eine gewisse Geschmeidigkeit ein. Ich fühle mich aber auch mental sicherer und gehe

selbstbewusster in die Öffentlichkeit“, erklärt sie.

Neben den positiven Wirkungen auf die körperliche Verfassung hat sich auch ein Selbstvertrauen entwickelt, wie man mit kritischen Situationen umgehen kann. Hierbei zielt das Training von Nils Thate und seinem Team insbesondere darauf ab, dass Situationen, die sich gefährlich entwickeln könnten, bereits im Vorfeld erkannt werden. Die Rollstuhlfahrer werden geschult, dass sie durch ihre Körperhaltung deutlich machen, „keine leichten Opfer zu sein“. Und natürlich werden die Tipps – unter anderem, dass die „Anti-Kipp-Stütze“ ausgeklappt ist, dass die Bremsen im Ernstfall nicht angezogen werden sollten oder auch, dass man Gegenstände als Waffe einsetzen könnte – in den Alltag übertragen und genutzt.

„Ich bin sehr froh, dass dieses Training angeboten wird. Es hilft mir, eigene Fähigkeiten zu entwickeln und auch darauf zu vertrauen“ sagt Gabi, und Phillip ergänzt: „Ich habe schon einige Tricks gelernt und glaube, einen kühlen Kopf bewahren zu können, wenn ich in eine gefährliche Situation gerate.“ Dank der Sensibilität von Nils Thate ist eine konzentrierte, aber auch fröhlich lebhaftes Trainings-Atmosphäre entstanden. Wichtig ist die Kontinuität, die einzelnen Abwehrtechniken immer wieder zu üben, sich auch mit Worten zu verteidigen und einen möglichen Angreifer in die Flucht schlagen oder zumindest verunsichern zu können.

Wie die Selbstverteidigung für Menschen im Rollstuhl „live“ aussieht, davon konnten sich die Besucherinnen und Besucher der Gala

anlässlich der Wahl des Behindertensportlers des Jahres 2015 am 12.03.2015 in Hannover überzeugen: Die RSG zeigte im Rahmen des Festprogramms eine beeindruckende Vorstellung des Angebots.

Förderer dieses einmaligen Kurses für Menschen mit Handicap sind die Sparda-Bank Hannover-Stiftung und die Deutsche Kinderschutzbund-Stiftung, die auch den Workshop für Kinder und Jugendliche fördern, der am 30. Mai 2015 von 13 bis 17 Uhr in der Gymnastikhalle der IGS Langenhagen stattfinden wird. Weitere Informationen zur Anmeldung und anderen Angeboten sind auf der Homepage www.rsg-langenhagen.de erhältlich.

*Rollstuhlsportgemeinschaft
Langenhagen 82 e.V.*

Inklusion mit Spass

Berufsfachschule Pflegeassistenz organisiert Fußballturnier

Prächtige Stimmung herrschte im Dezember 2014 beim alljährlichen inklusiven Fußballturnier, das die Berufsbildenden Schulen der paritätischen Mitgliedsorganisation Albert-Schweitzer-Familienwerk e.V. nun schon seit elf Jahren ausrichten. Zwölf Mannschaften mit und ohne Handicap traten in der Sporthalle des Uslarer Gymnasiums gegeneinander an. Nach spannenden Spielen und sehenswerten Toren stand am Ende das Team der Hofgeismarer Werkstätten oben auf dem Siegetreppchen.

Auch das Rahmenprogramm sorgte für Begeisterung. Das lag nicht



Bestler Laune war das Team vom Verein Treffpunkt aus Gillersheim.

nur am reichhaltigen Buffet mit Kaffee und Kuchen, an dem sich die Spieler und Gäste in den Spielpausen stärken konnten, sondern auch an der großen Tombola, die mit attraktiven Sachpreisen – gespendet von Uslarer Geschäftsleuten – lockte. In der Pause präsentierte Altenpflegeschüler Mathias Hilberg eine beeindruckende Zaubershow. Organisiert wurde das Turnier von den Schülerinnen und Schülern der Pflegeassistenten. Dozent Dirk Schumann: „Die Per-

sönlichkeitsentwicklung lässt sich besser im Rahmen von Projekten unterstützen. Gemeinsam formuliert die Klasse ein Ziel, erlernt die konsequente Vorbereitung und den selbstbewussten Auftritt vor der Öffentlichkeit.“

Außerdem dabei waren der Verein Treffpunkt aus Gillersheim, die Schule am Hagedorn aus Deensen, das MRVZN Moringen, die Göttinger Werkstätten, das Wohnheim aus Dransfeld und das Wohnheim

Zietenterrassen, die Harz-Weser-Werkstätten Dassel, die Schule am Tannenberg aus Göttingen, eine Schülermannschaft und das Dozententeam der Berufsbildenden Schulen des Albert-Schweitzer-Familienwerk Uslar sowie ein Team ehemaliger Schüler der Heilerziehungspflege aus Uslar.

Jörg Grabowsky
Marketingleiter
Albert-Schweitzer-Familienwerk e.V.

Gelegenheit zum Kennenlernen

Tag der offenen Tür im Peiner Stadtteilbüro Telgte

Zu Vernetzung und zum gegenseitigem Kennenlernen hat Katja Wendhausen vom Paritätischen Peine, die seit Oktober das Stadtteilbüro im Peiner Stadtteil Telgte leitet, am Samstag, 31. Januar 2015, zum Tag der offenen Tür des Büros eingeladen. Um möglichst viele Menschen zu erreichen, wurde für die Veranstaltung auch in russischer Sprache geworben. Außerdem war eine russischsprachige Kollegin vor Ort, um bei Bedarf zu übersetzen.

Trotz Schneefalls fanden viele Telgter den Weg in das kleine aber gemütliche Büro. Bei Leckereien vom kalten Buffet konnten sie sich über die Angebote des Stadtteilbüros informieren. Für komplexere Fragen wurden Beratungstermine vereinbart. Zusätzlich konnten die Besucher ihre Wünsche und Ideen für Angebote im Stadtteilbüro aufschreiben und in eine Wunschbox werfen. Für Abwechslung und gute Stim-



Neben Informations- und Beratungsangeboten gab es beim Tag der offenen Tür auch musikalische Unterhaltung.

mung sorgte ein ehrenamtlicher Musiker, der mit seiner Gitarre Lieder zum Mitsingen anstimmte. Auch für die russischsprachigen Besucher hatte er einige Lieder im Gepäck. Am Nachmittag kam ein Mitarbeiter der „Stromsparchecker“ der Caritas vorbei und informierte in einem Vortrag über

einfache Wege, Energie zu sparen. Bei Bedarf konnten auch hier persönliche Beratungstermine vereinbart werden.

Katja Wendhausen
Sozialarbeiterin (BA)
Paritätischer Peine

Eine Rose zum Abschied

Bernward Steinkraus geht nach 22 Jahren als Geschäftsführer in den Ruhestand

Mit einer Feier, die schon im Vorfeld den räumlichen Rahmen im wahrsten Wortsinne sprengte, ist Bernward Steinkraus, langjähriger Geschäftsführer der paritätischen Mitgliedsorganisation Lebenshilfe Bad Gandersheim-Seesen e.V., am 11.03.2015 in den Ruhestand verabschiedet worden. Zunächst war geplant, die Feier in den Räumlichkeiten der Lebenshilfe abzuhalten, die große Zahl der Anmeldungen machte jedoch einen Umzug in das Kirchenzentrum nötig. Den zahlreichen Gästen wurde dann auch gleich dreifach Grund zum Feiern geboten, denn nicht nur die Verabschiedung von Bernward Steinkraus und die Begrüßung seiner Nachfolgerin Katrin Meyer standen am 11. März an – der Neu-Ruheständler feierte auch am gleichen Tag seinen 65. Geburtstag.

Zu den Gratulanten zählte unter anderem die Niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt, die dem scheidenden Geschäftsführer ein außergewöhnliches Lebenswerk bescheinigte, das weit über die Grenzen der Stadt Seesen hinaus wirkt. Hans-Werner Ohlsen, Vorsitzender der Lebenshilfe Bad Gandersheim-Seesen e.V., begrüßte die Gäste und gab einen Überblick über die jüngere Geschichte der Einrichtung, die vor allem von Bernward Steinkraus geprägt war. So entstanden unter seiner Ägide unter anderem der Sprachheilkindergarten, Praxen für Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie, der Familienentlastende Dienst, Schulassistenz, Autismus-Zentrum, Angebote für Frühförderung, Ko-



Dank für Zusammenarbeit, Hilfe und Engagement: Birgit Eckhardt verlieh Bernward Steinkraus das Ehrenzeichen des Paritätischen Niedersachsen.

operationsklassen sowie diverse Angebote zu Kinderbetreuung.

Eines der Angebote aus dem Kita-Bereich hob Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., in ihrem Grußwort besonders hervor: Der Kneipp-Kindergarten in der Lebenshilfe, bei dessen Einrichtung Bernward Steinkraus die gute Vernetzung innerhalb paritätischer Mitgliedsorganisationen nutzen konnte, die er in seiner über 25-jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit als Vorsitzender des Kreisverbands-Beirats aufgebaut hatte. „Wir möchten uns für die gute Zusammenarbeit, die starke Hilfsbereitschaft und das große ehrenamtliche Engagement bedanken“, sagte Birgit Eckhardt und verlieh Bernward Steinkraus für seine herausragenden Verdienste das Ehrenzeichen des Paritätischen Niedersachsen. Weitere Grußworte sprachen u.a. Erik Homann, Bürgermeister der Stadt Seesen, und Holger Stolz, Landesgeschäftsführer

der Lebenshilfe Niedersachsen e.V., der Bernward Steinkraus als Zeichen der Anerkennung die silberne Ehrennadel des Landesverbandes überreichte.

Neben der offiziellen Verabschiedung mit geladenen Gästen standen für Bernward Steinkraus noch Abschiedsfeierlichkeiten mit den einzelnen Abteilungen sowie der Mitarbeiterschaft an. In seinen 22 Jahren als Geschäftsführer hatte Bernward Steinkraus die Tradition begründet, jede/r MitarbeiterIn am jeweils letzten Arbeitstag des Jahres als persönlichen Dank eine Rose zu überreichen – beim Abschied im Mitarbeiterkreis war es nun Bernward Steinkraus selbst, der eine Rose geschenkt bekam.

*Anika Falke
Pressereferentin
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

30 Jahre paritätisch-gute Zusammenarbeit

Abteilungsleiter Harald Fischer feiert Dienstjubiläum

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde ist Harald Fischer, Leiter der Abteilung I Kreisverbände/ Sozialzentren, am 03.02.2015 für sein 30-jähriges Dienstjubiläum beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. geehrt worden. Die Vorsitzende des Paritätischen Niedersachsen, Birgit Eckhardt, zeichnete Harald Fischer mit dem Paritätischen Ehrenzeichen und der dazugehörigen Urkunde aus und verlas einige Eckdaten aus der „paritätischen Vita“ des Jubilars, der als Zivildienstleistender erstmals in Kontakt mit dem Paritätischen kam, als er in Detmold „Essen auf Rädern“ ausfuhr. Später absolviert der ausgebildete Sozialversicherungsfachangestellte während seines Sozialpädagogikstudiums ein Anerkennungs-

praktikum in der Altenhilfe des Paritätischen Bielefeld. Der Paritätische blieb dem Studenten in

guter Erinnerung, sodass er sich nach dem Abschluss bewarb und im Landesverband eine Stelle im Referat „Kur- und Erholungshilfen“ erhielt. Seit 1997 ist Harald Fischer als Leiter der Abteilung I für die 41 Sozialzentren des Paritätischen in Niedersachsen verantwortlich. Klaus-Dieter Fortmeyer, Geschäftsführer des Paritätischen Cuxhaven, bedankte sich im Name aller Kreisverbandsgeschäftsführerinnen und -führer für die lange, gute und „nie langweilige“ Zusammenarbeit.



Ein Blumenstrauß zum Jubiläum:
Birgit Eckhardt gratuliert Harald Fischer.

Anika Falke
Pressereferentin
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Große Ehre für ehemalige Geschäftsführerin

Eva Schlaugat mit Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet

Als Anerkennung ihres Lebenswerks ist Eva Schlaugat, langjährige Geschäftsführerin des Paritätischen Peine, am 21.01.2015 im Kreishaus Peine das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen worden. Die Ehrung nahm der Peiner Landrat Franz Einhaus vor, Bundespräsident Joachim Gauck hatte die dazugehörige Urkunde bereits am 30.08.2014 unterzeichnet.

Eva Schlaugat engagierte sich fast 30 Jahre lang mit großem Einsatz



Franz Einhaus
(links), Landrat des
Landkreises Peine,
und Günter Famulla,
Ehrenvorsitzender
des Paritätischen
Wohlfahrtsverbands
Niedersachsen e.V.,
ehren Eva Schlaugat.

für den Paritätischen Peine und machte den Kreisverband zu einem gewichtigen Partner in der Peiner Sozialpolitik. Neben ihrer Tätigkeit als Geschäftsführerin, bei der für sie vor allem die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Mitgliedsorganisationen, Behörden, Verbänden, Mitarbei-

terinnen und Mitarbeitern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Sozialpolitik im Mittelpunkt stand, war sie unter anderem Bezirksbeauftragte für Süd-Ost-Niedersachsen und Parlamentarische Kontaktstelle für den Bundestag. Neben ihrer Arbeit beim Paritätischen hat sich Eva Schlaugat auch

kommunalpolitisch stets stark engagiert, unter anderem als Bundestagsabgeordnete, Kreisrätin und stellvertretende Landrätin.

Anika Falke
 Pressereferentin
 Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Niedersachsen e.V.

Bundesverdienstkreuz für Annette Loer

Ehrung für langjährige Vorstandsfrau des Frauennotrufs Hannover

Für ihr ehrenamtliches Engagement bei der paritätischen Mitgliedsorganisation Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. Hannover (Frauennotruf Hannover) ist die langjährige Vorstandsfrau Annette Loer mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Am 05.12.2014 erhielt sie diese Ehrung in Berlin vom Bundespräsidenten Joachim Gauck. Seit 1992 engagiert sich Annette Loer kontinuierlich für den Notruf und für die Thematik sexuelle Gewalt gegen Frau-

en. 1992 war es durchaus nicht so einfach, „Frauenthemen“ und insbesondere sexuelle Gewalt gegen Frauen in die Öffentlichkeit zu bringen. In ihrem Einsatz war sie dabei stets sehr beharrlich und mutig. Sie ging engagiert gegen bestehende frauenfeindliche Strukturen und Tabus an und baute Angebote für betroffene Frauen mit auf. Damals und heute tut sie dies mit großem persönlichen Einsatz und Kontinuität. Der Schwerpunkt der psychosozialen Prozessbegleitung in Strafverfahren war ihr immer

eine Herzensangelegenheit und sie hat die Arbeit darin im Notruf mit vorangetrieben. Auch als Betreuungsrichterin im Staatsdienst hat sie ihr kämpferisches Engagement in all den Jahren nicht verloren. Sie setzt sich weiterhin für die Rechte von Frauen, die sexuelle Gewalt erlebt haben, ein und fordert Verbesserungen im Strafrecht und auf gesellschaftlicher Ebene.

Petra Klecina
 Notruf für vergewaltigte Frauen
 und Mädchen e.V. Hannover

Größter Interessenverband der Rentner, Sozialversicherten, behinderten Menschen

- Rat
- Hilfe
- Rechtsschutz

für Mitglieder in allen sozialrechtlichen Angelegenheiten

SOZIALVERBAND

VdK

NIEDERSACHSEN-BREMEN



www.endlichhandeln.de

Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V.
 Nikolausstraße 11, 26135 Oldenburg
 Telefon: 0441-210290, Telefax: 0441-2102910
 eMail: niedersachsen-bremen@vdk.de

www.vdk.de/niedersachsen-bremen

Ehrungen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes, in Kreisgruppen wie Mitgliedsorganisationen konnten in den letzten Wochen für langjährige Verbandszugehörigkeit ausgezeichnet werden:

Urkunde:

- Annette Eilers, Paritätischer Friesland
- Norbert Adolf, Paritätischer Oldenburg
- Anneliese Frericks, OBW Emden
- Tatjana Lorenz, Paritätischer Lüneburg
- Andrea Schulz, Paritätischer Lüneburg
- Vera Garmessen, Paritätischer Salzgitter
- Harald Fischer, Paritätischer Landesverband
- Sabine Reincke, Paritätischer Emsland
- Hubertus Tesche, Paritätischer Nienburg
- Nadine Heise, Paritätischer Landesverband

Ehrenzeichen des Verbandes:

- Petra Reduhn, Paritätischer Wolfsburg
- Karl-Heinz Beuke, Paritätischer Schaumburg
- Lilli Maier, Paritätischer Lüneburg
- Karin Meyer, Paritätischer Lüneburg
- Ingrid Meyer, Paritätischer Emsland
- Regina Wenning, Paritätischer Rothenburg/Wümme
- Bernward Steinkraus, Lebenshilfe Bad Gandersheim-Seesen e. V.

Paritätischer Sozialpreis 2014:

Paritätischer Kreisverband Verden

Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen · Rosenwall 1 · 38300 Wolfenbüttel
Fon: 05331-905460 · Fax: 05331-9054611 · jugendwerk@paritaetischer.de · www.pjw-nds.de



kraftvoll



lautstark



dynamisch

für Teilhabe, Solidarität,
soziale Gerechtigkeit

Der Paritätische Stellenmarkt



Pädagogisch-Therapeutisches Förderzentrum (PTZ)
gemeinnützige GmbH

Wir sind eine soziale Einrichtung, in der insbesondere behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche betreut und gefördert werden.

Für unsere **staatlich anerkannte Tagesbildungsstätte –Ilmeschule–** in Einbeck mit zurzeit sieben Klassen suchen wir zum nächstmöglichen Termin eine

Schulleitung (m/w)

(Qualifikationen: Förderschullehrer/in, Dipl.-Heilpädagoge/in oder Dipl.-Pädagoge/in mit dem Schwerpunkt Sonderpädagogik)

in Voll- oder Teilzeitbeschäftigung.

In unserer Tagesbildungsstätte erfüllen Schüler/innen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung ihre Schulpflicht nach dem Nds. Schulgesetz.

Für diese verantwortungsvolle Position suchen wir eine loyale und durchsetzungsfähige Führungskraft. Neben pädagogischer Fachkompetenz ist auch eine betriebswirtschaftliche sowie eine konzeptionelle Denk- und Arbeitsweise erforderlich.

Erwartet wird die kontinuierliche Weiterentwicklung der Tagesbildungsstätte im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten und unter Berücksichtigung des Inklusionsgedankens und der Qualitätsziele.

Sie arbeiten eng mit der Geschäftsführung zusammen und vertreten konzeptionell und inhaltlich den Bereich gegenüber öffentlichen Stellen und sonstigen Dritten.

Neben einem interessanten Aufgabengebiet, das selbstständiges Arbeiten ermöglicht und erfordert, bieten wir eine angemessene Vergütung auf individualvertraglicher Grundlage.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann freuen wir uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung mit den üblichen Unterlagen und Ihrer Gehaltsvorstellung innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieser Anzeige an:

Pädagogisch-Therapeutisches Förderzentrum (PTZ)
z.H. Herrn Geschäftsführer Ernsting
Fröbelstraße 1, 37574 Einbeck

Für telefonische Rückfragen stehen wir Ihnen gern unter der Tel.-Nr. 05561/9493-13 zur Verfügung. Weitere Stellenangebote finden Sie unter www.lebenshilfe-einbeck.de



**Frauenberatung
für Betroffene von Gewalt und
krisenhaften Lebenssituationen**

Marienstraße 61
30171 Hannover

Telefon: 0511 - 32 32 33

E-Mail: frauenberatung-
hannover@t-online.de

Internet: www.frauenberatung-hannover.de

Stellenangebot Frauenberatung für Betroffene von Gewalt und krisenhaften Lebenssituationen e. V.

Wir suchen zum **15. April 2015** in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis eine neue Kollegin mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 23 Stunden.

Ihre Aufgabengebiete

- Beratung und Therapie von Frauen, vorwiegend mit Gewalterfahrungen und in schwierigen Lebenssituationen
- Einzel- und Gruppenarbeit
- Konzeptionelle Arbeit
- Mitarbeit in regionalen Netzwerken

Wir wünschen uns von Ihnen

- Abgeschlossenes Studium der Sozialpädagogik oder vergleichbare Qualifikation
- Psychotherapeutische Ausbildung
- Möglichst Ausbildung in anerkannten psychotraumatologischen Verfahren
- Erfahrung in Beratung und Therapie
- Selbständiges und reflektiertes Arbeiten
- Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Psychische Belastbarkeit

Wir bieten

- Kollegiale Arbeitsatmosphäre in einem kleinem Team
- Zeitlich nicht begrenzte Festanstellung
- Leistungsgerechte Bezahlung nach TVL

Schriftliche Bewerbungen an:

Frauenberatung e.V.
Marienstr. 61
30171 Hannover

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne an Werktagen in der Zeit zwischen 9 und 10 Uhr unter der Telefonnummer 0511-32 32 33 zur Verfügung.

www.frauenberatung-hannover.de



Lebenshilfe Gifhorn

gemeinnützige GmbH

Wir sind seit 50 Jahren Träger von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung im Landkreis Gifhorn und betreuen in Frühförderung/Stützpädagogik, Kindergärten und Schulen, Werkstätten und Wohnheimen sowie in verschiedenen ambulanten Diensten mit ca. 500 Mitarbeitern über 1300 Menschen mit Behinderung.

Zum Bereich Wohnen gehören aktuell vier Wohnanlagen und vier Wohngruppen in Gifhorn. Mit rund 90 Mitarbeitern betreuen wir derzeit 160 Plätze. Eine fünfte Wohnanlage befindet sich mit 24 Plätzen im Bau und wird im Herbst 2015 den Betrieb aufnehmen.

Für unsere neue Wohnanlage in Westerbeck suchen wir in Vollzeit (39,00 Std. / Woche) zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen

Heimleiter (m/w)

Zu Ihren Aufgaben gehören:

- Die konzeptionelle Weiterentwicklung der Wohnanlage hinsichtlich Betreuung und Förderung der Menschen mit Behinderung
- Personalführung, Personalorganisation, Personaleinsatzplanung und Personalentwicklung
- Sicherstellung der pädagogischen, pflegerischen und hauswirtschaftlichen Arbeit unseres Hauses sowie dessen Wirtschaftlichkeit
- Einhaltung und Weiterentwicklung des einrichtungsinternen Qualitätsmanagements

Wir erwarten von Ihnen:

- Eine abgeschlossene Ausbildung oder ein Studium im sozialen Bereich
- Eine mehrjährige Führungserfahrung in ähnlicher Leitungsfunktion mit entsprechender Personalverantwortung
- Wir erwarten eine reife, gestandene, belastbare und stark ausgeprägte Führungspersönlichkeit mit der Bereitschaft zur Menschlichkeit und Aufgeschlossenheit für die Interessen von Menschen mit Behinderung

Wir bieten Ihnen:

- Eine sehr abwechslungsreiche und verantwortungsvolle Tätigkeit
- Ein motiviertes und engagiertes Team
- Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- Eine unbefristete Stelle
- Eine tarifliche Vergütung nach TVöD-SuE
- Altersversorgung nach VBLU e.V.

Sollten Sie Fragen zur Vakanz haben, wenden Sie sich bitte an Herrn Thorsten Artelt, den Sie telefonisch über 053 71/892-3318 erreichen können. Ihre schriftliche Bewerbung richten Sie bitte unter der **Kennziffer 59-14-10-23** an die Personalabteilung der **Lebenshilfe Gifhorn gemeinnützige GmbH**, Im Heidland 19, 38518 Gifhorn oder sehr gern auch per E-Mail an bewerbung@lebenshilfe-gifhorn.de.

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen

Die Ansprechpartner

Betriebswirtschaft

Entgeltkalkulation, Kostenträgerverhandlung, Interims- & Krisen-Management, Haushalts- und Wirtschaftsplanung, Kostenreduzierung durch Umstrukturierung, Personal- und Personaleinsatz-Planung, Managementtraining, Beratung in Wirtschaftlichkeitsfragen, Marketing-Beratung, Begleitung in Schiedsstellenverfahren, Konzeption von Leistungsangeboten, Leistungsbeschreibung

Lara Sebo

Tel. 05 11 / 5 24 86-376

Eduard Schellenberg (Behindertenhilfe)

Tel. 05 11 / 5 24 86-367

Barbara Heidrich (Pflege)

Tel. 05 11 / 5 24 86-370

Baubetreuung

Baubetreuung oder Leitung, Prüfung von Kostenvoranschlägen und Architektenverträgen, Gutachten

Lara Sebo

Tel. 05 11 / 5 24 86-376

EDV

Kommunikationskonzepte, Softwareberatung, Auswahl und Installation von Hard- und Software, Softwareübersichten, Internet-Präsentationen

Dietmar Buck

Tel. 05 11 / 5 24 86-373

Finanzierung

Zuwendungen, Zuschüsse und Stiftungsmittel (z. B. Lotteriemittel, Aktion Mensch, Deutsches Hilfswerk, Glücksspirale), Finanzierungskonzeption, Kapitalmarktkredite, Vermittlung von Investoren

Christiane Schumacher

Tel. 05 11 / 5 24 86-395

Lara Sebo (Fundraising)

Tel. 005 11 / 5 24 86-376

Beate Ritzer (Fundraising)

Tel. 05 11 / 5 24 86-384

Finanzbuchhaltung

Organisation der Finanzbuchhaltung, Unterstützung bei Fragen im umsatzsteuerlichen Bereich, Kontierungen, Abschreibungen, Jahresabschluss, Verwendungsnachweise

Lotteriemittel-Beihilfen

Monika Bullmann

Tel. 05 11 / 5 24 86-378

Christiane Häberle

Tel. 05 11 / 5 24 86-386

Erfassen der Buchhaltungsunterlagen; Beratung Jahresabschluss (entgeltlich)

Annemarie Heuer

Tel. 05 11 / 5 24 86-377

Fotokopien

Größere Kopieraufträgen einschl. Einbinden (entgeltlich)

Michael Schmunk

Tel. 05 11 / 5 24 86-375

Kfz

Astrid Schöne (Abrufscheine)

Tel. 05 11 / 5 24 86-397

Adelheid Dähne (Abrufscheine)

Tel. 05 11 / 5 24 86-347

Paritätisches Rechenzentrum

Abrechnung von Löhnen/Gehältern (entgeltlich)

Udo Mex

Tel. 05 11 / 89 72 57-50

Personal

Unterstützung bei personalrechtlichen Fragen; Unterstützung im Umgang mit BAT, AVR, AVB und TVöD/TV-L, Betriebsvereinbarung des Paritätischen Niedersachsen

Kirsten Ohmsen

Tel. 05 11 / 5 24 86-379

Rahmenverträge

Vergünstigte Konditionen für Telefonie und Materialbeschaffung sowie Kopier-, Fax- und Drucksysteme

Ernst Spieß

Tel. 05 11 / 5 24 86-398

Recht

Beratung und Unterstützung bei arbeitsrechtlichen und sonstigen Rechtsfragen, Gutachten, Vertragsprüfung und -ausarbeitung, außergerichtliche Verhandlungen und Vergleiche, Vertretung vor Schiedsstellen

Lara Sebo

Tel. 05 11 / 5 24 86-376

Christiane Schumacher

Tel. 05 11 / 5 24 86-395

Seminare

Interne und externe Schulungen

Astrid Schöne

Tel. 05 11 / 5 24 86-397

Versicherungen

Ulrich Preisberger

Tel. 05 11 / 52486-372

Paritätischer Stellenmarkt

Senden Sie eine Kurzbewerbung (zwei bis drei Sätze) oder ihre Ausschreibung an
ihre Ausschreibung an
E-Mail presse@paritaetischer.de

**Die Veröffentlichung
ist kostenlos!**

Fachbereiche des Paritätischen Niedersachsen

Die Fachberaterinnen und Fachberater

Altenselbsthilfe

Christine Köhler-Riebau
 Paritätischer Wolfsburg
 Saarstraße 10 a
 38440 Wolfsburg
 Tel. 0 53 61 / 29 50-15
 Fax 0 53 61 / 29 50-21
 christine.koehler-riebau@
 paritaetischer.de

Behindertenhilfe

Erwin Drefs
 Lebenshilfe Delmenhorst und
 Landkreis Oldenburg e.V.
 Bismarckstraße 21
 27749 Delmenhorst
 Tel. 0 42 21 / 15 25-0
 Fax 0 42 21 / 15 25-15
 erwindrefs.fb@
 lebenshilfe-delmenhorst.de

Bildung

N.N.
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-342
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 annette.von.pogrell@
 paritaetischer.de

Eingliederungshilfe/Wohnen

Eduard Schellenberg
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-367
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 eduard.schellenberg@
 paritaetischer.de

Erziehungshilfe

Kathrin Wagner
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-387
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 kathrin.wagner@paritaetischer.de

Frauen und Familien

Andrea Zerrath
 Paritätischer Helmstedt
 Schuhstraße 1
 38350 Helmstedt
 Tel. 0 53 51 / 5 41 91-4
 Fax 0 53 51 / 5 41 91-66
 andrea.zerrath@paritaetischer.de

Jugendbildung/PJW

Karsten Maul
 Paritätischer Wolfenbüttel
 Rosenwall 1
 38300 Wolfenbüttel
 Tel. 0 53 31 / 9 05 46-50
 Fax 0 53 31 / 9 05 46-11
 karsten.maul@paritaetischer.de

Krankenhäuser

Birgit Eckhardt
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-365
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Kur- und Erholungshilfen

Lara Sebo
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-376
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 lara.sebo@paritaetischer.de

Migration/Integration

Regina Krome
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-383
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 regina.krome@paritaetischer.de

Mittel- und Osteuropa

Krzysztof Balon
 Eurosozial e.V. – Paritätischer Verein
 für deutsch-polnische und
 europäische Zusammenarbeit
 Marienbruchstraße 61/63
 38226 Salzgitter
 Tel. 0 53 41 / 84 11 94
 k.balon@eurosozial.eu

Pflege

Barbara Heidrich
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-370
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 barbara.heidrich@paritaetischer.de

Schullandheime

Kathrin Wagner
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-387
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 kathrin.wagner@paritaetischer.de

Selbsthilfe

Barbara Heidrich
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-370
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 barbara.heidrich@paritaetischer.de

Soziale Psychiatrie

Bernhard Döring
 Paritätischer Nienburg
 Wilhelmstraße 15
 31582 Nienburg
 Tel. 0 50 21 / 97 45-17
 Fax 0 50 21 / 97 45-11
 bernhard.doering@paritaetischer.de

Sucht

Petra Bunke
 Paritätischer Braunschweig
 Jugend- und Drogenberatung
 Braunschweig DROBS
 Kurt-Schumacher-Straße 26
 38102 Braunschweig
 Tel. 05 31 / 2 20 90-0
 Fax 05 31 / 2 20 90-90
 petra.bunke@paritaetischer-bs.de

Tageseinrichtungen für Kinder

Klaus-Dieter Fortmeyer
 Paritätischer Cuxhaven
 Kirchenpauerstraße 1
 27472 Cuxhaven
 Tel. 0 47 21 / 57 93-12
 Fax 0 47 21 / 57 93-50
 klaus-dieter.fortmeyer@
 paritaetischer.de

Überregionale

Mitgliedsorganisationen

Lara Sebo
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-376
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 lara.sebo@paritaetischer.de

Abteilungsleitungen des Paritätischen Niedersachsen

Leiterinnen und Leiter

Abteilung I: Kreisverbände/Sozialzentren

Harald Fischer
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-389
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 harald.fischer@paritaetischer.de

Abteilung III: Personalwesen

Holger Büttner
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-327
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 holger.buettner@paritaetischer.de

Abteilung V: Selbsthilfe/Pflege

Barbara Heidrich
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-370
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 barbara.heidrich@paritaetischer.de

Abteilung II: Finanzen/Verwaltung

Monika Bullmann
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-378
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 monika.bullmann@paritaetischer.de

Abteilung IV: Betriebswirtschaft/Recht

Lara Sebo
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-376
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 lara.sebo@paritaetischer.de

Arbeitskreise des Paritätischen Niedersachsen

Leiterinnen und Leiter

Arbeits- und Tarifrecht

Lara Sebo
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-376
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 lara.sebo@paritaetischer.de

Freiwilligen-Agenturen

Nadja Kunzmann
 Freiwilligen-Agentur des
 Paritätischen Hameln
 c/o Familie im Zentrum
 Osterstraße 46
 31785 Hameln
 Tel. 0 51 51 / 57 61-27
 nadja.kunzmann@paritaetischer.de

Schuldnerberatung

Wolfgang Lippel
 Paritätischer Nienburg
 Wilhelmstraße 15
 31582 Nienburg
 Tel. 0 50 21 / 97 45-15
 Fax 0 50 21 / 97 45-11
 wolfgang.lippel@paritaetischer.de

Straffälligenhilfe

N.N.
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-342
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 annette.von.pogrell@paritaetischer.de

Betreuungsvereine

Christiane Schumacher
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-395
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 christiane.schumacher@paritaetischer.de

Kontakt- u. Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen

Regina Heller
 Paritätischer Hameln
 Kaiserstraße 80
 31785 Hameln
 Tel. 0 51 51 / 5 76-113
 regina.heller@paritaetischer.de

Sprachheilarbeit

Irmgard Fricke
 Lebenshilfe Hameln e.V.
 Sprachheilkindergarten
 Burgstraße 4
 31855 Aerzen
 Tel. 0 51 54 / 38 05
 Fax 0 51 54 / 7 09 00 08
 irmgard.fricke@lebenshilfe-hameln.de

Mitglieder des Verbandsrats

(Wahlperiode 2012 bis 2016)

Vorsitzende des Verbandsrates

(jährlich alternierend)

Kurt Spannig (2013, 2015)

Psychiatrische Klinik Uelzen
An den Zehn Eichen 50
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 38 95-301
Fax 05 81 / 38 95-309
info@pk-uelzen.de

Dorothea Pitschnau-Michel (2014, 2016)

c/o Deutsche Multiple Sklerose
Gesellschaft Bundesverband e.V.
Krausenstraße 50
30171 Hannover
Tel. 05 11 / 9 68 34 13
Fax 05 11 / 9 68 34 50
dmsg@dmsg.de

Andreas Bergen

c/o pro familia Landesverband
Niedersachsen e.V.
Lange Laube 14
30159 Hannover
Tel. 05 11 / 30 18 57 81
andreas.bergen@profamilia.de

Brigitte Blümel

Herzlaker Straße 53
30539 Hannover
Tel. 05 11 / 5 38 94 37
b_bluemel@t-online.de

Klaus Dickneite

Ostergrube 2
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 51 49 51 (privat)
Tel. 01 73 / 6 22 02 00 (mobil)
Fax 05 11 / 51 49 51
kdickneite@online.de

Silke Gerike

Am Mesterwinkel 19
30952 Ronnenberg
Tel. 05 11 / 46 93 19
Silke@torstengerike.de

Holger Gerken

c/o Göttinger Werkstätten gGmbH
Elliehäuser Weg 20
37079 Göttingen
Tel. 05 51 / 50 65-100
H.Gerken@Goe-We.de

Bernd Göddertz

Luisenstraße 9
31141 Hildesheim
Tel. 05 121 / 3 20 05 (privat)
Tel. 05 121 / 9 99 07 87 (dienstlich)
b.goeddertz@ijgd.de

Tina Hellmann

Diedrich-Steilen Straße 27
28755 Bremen-Vegesach
Tel. 01 76 / 92 19 18 16 (mobil)
Tina.Hellmann@web.de

Ulla Klapproth

Im Siek 10
37191 Gillersheim
Tel. 05 56 / 15 66 (werktags)
Fax 05 56 / 50 78
ulla.klapproth@paritaetischer.de

Anneliese König

Südweg 8a
26135 Oldenburg
Tel. 04 41 / 20 13 17
Fax 04 41 / 2 04 91 15
anneliese-koenig@t-online.de

Martin Kupper

c/o Albert-Schweitzer-
Familienwerk e.V.
Jahnstraße 2
37170 Uslar
Tel. 05 571 / 92 43-0 (dienstlich)
kupper@familienwerk.de

Monika Lehmann

Glünderstraße 2
30167 Hannover
Tel. 05 11 / 70 21 52 (privat)
Monika.Lehmann@
nld.niedersachsen.de

Monika Placke

Walter-Haas-Straße 32
49088 Osnabrück
Tel. 05 41 / 7 63 87 (privat)
Tel. 01 70 / 8 14 10 37 (mobil)
monika.placke@freenet.de

Berlind Rosenthal-Zehe

c/o Studentenwerk Göttingen
PF 3851
37028 Göttingen
Tel. 05 56 / 13 79 (privat)
Tel. 05 51 / 39 51 79 (dienstlich)
Fax 05 11 / 39 51 70 (dienstlich)
Berlind.Rosenthal-Zehe@
studentenwerk-goettingen.de

Dietmar Schlüter

Bergweg 8
38527 Meine
Tel. 05 30 4 / 39 77
Fax 05 30 4 / 52 90
053043977-0001@t-online.de

Landesverband

Hauptamtlicher Vorstand

Birgit Eckhardt, Vorsitzende

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.
GandhisträÙe 5a
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-0
Fax 05 11 / 5 24 86-333
landesverband@paritaetischer.de

Ehrevorsitzende

Karin Rut Diederichs

Eilenriedestift e.V.
Haus A1, App. 107
Bevenser Weg 10
30625 Hannover
Tel. 05 11 / 54 04 21 07

Wolfgang Neubelt

GDA Wohnstift
Osterfelddamm 12
Haus 3, App. 3207
30627 Hannover
Tel. 05 11 / 5 70 54 37
wneubelt@hotmail.de

Günter Famulla

Davenstedter Straße 227
30455 Hannover
Tel. 05 11 / 49 88 31

Johannes Schmidt

Bahnhofsstraße 14
21745 Hemmoor
Tel. 0 47 71 / 64 34 95 (privat)
Tel. 01 71 / 2 13 75 28 (mobil)
Fax 0 47 71 / 64 34 34
Neusicht@aol.com

Bolko Seidel

Lebenshilfe Hildesheim e.V.
Am Flugplatz 9
31137 Hildesheim
Tel. 05 121 / 1 70 98 60 (dienstlich)
Fax 05 121 / 1 70 98 78
bolko.seidel@lhhi.de

Paritätische Kreisverbände in Niedersachsen

Paritätischer Aurich

Große Mühlenwallstraße 21
26603 Aurich
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax.: (0 49 41) 93 94-17
GF: Hans-Joachim Borm
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

Paritätischer Braunschweig

Saarbrückener Straße 50
38116 Braunschweig
Tel.: (05 31) 4 80 79-0
Fax.: (05 31) 4 80 79-14
GF: Henning Eschemann
henning.eschemann@paritaetischer.de

Paritätischer Celle

Lauensteinplatz 1a
29225 Celle
Tel.: (0 51 41) 93 98-0
Fax.: (0 51 41) 93 98-19
GFin (interim): Nadja Fischer
nadja.fischer@paritaetischer.de

Paritätischer Cloppenburg

Beethovenstraße 11
49661 Cloppenburg
Tel.: (0 44 71) 20 46 (VdK)
Fax: (0 44 71) 95 89 03 (VdK)
GF: Hans-Jürgen Lehmann
gs-cloppenburg@vdk.de

Paritätischer Cuxhaven

Kirchenpauerstraße 1
27472 Cuxhaven
Tel.: (0 47 21) 57 93-0
Fax: (0 47 21) 57 93-50
GF: Klaus-Dieter Fortmeyer
klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

Paritätischer Delmenhorst

Bismarckstraße 21
27749 Delmenhorst
Tel.: (0 42 21) 15 25-50
Fax: (0 42 21) 15 25-15
GFin: Irma-H. Michel
irma.michel@paritaetischer.de

Paritätischer Diepholz

Wilhelmstraße 15
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax: (0 50 21) 97 45-11
GF: Bernhard Döring
bernhard.doering@paritaetischer.de

Paritätischer Emden

Friedrich-Naumann-Straße 11
26725 Emden
Tel.: (0 49 21) 93 06-0
Fax: (0 49 21) 93 06-16
GF: Jürgen Dietrich
juergen.dietrich@paritaetischer.de

Paritätischer Emsland

Lingener Straße 13
49716 Meppen
Tel.: (0 59 31) 1 80 00
Fax: (0 59 31) 1 22 80
GFin: Barbara Germer-Grote
barbara.germer-grote@paritaetischer.de

Paritätischer Friesland

Zum Jadebuden 12
26316 Varel
Tel.: (0 44 51) 91 46-0
Fax: (0 44 51) 91 46-11
GF: Wolf-Dieter Kulawik
wolf-dieter.kulawik@paritaetischer.de

Paritätischer Gifhorn

Sprachtherapeutischer Kindergarten
Kindergarten
Am Sportplatz 10
38518 Gifhorn
Tel.: (0 53 71) 9 44 99-0
Fax: (0 53 71) 9 44 99-73
GFin: Sandra Helbing
shg-gifhorn@paritaetischer-bs.de

Paritätischer Goslar-Seesen

Von-Garßen-Straße 6
38640 Goslar
Tel.: (0 53 21) 2 10 11
Fax: (0 53 21) 1 82 29
GF: Sven Dickfeld
sven.dickfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Göttingen

Zollstock 9 a
37081 Göttingen
Tel.: (05 51) 9 00 08-10
Fax: (05 51) 9 00 08-19
GF: Dr. Volker Bullwinkel
volker.bullwinkel@paritaetischer.de

Paritätischer Graftsch. Bentheim

Große Gartenstraße 14
48529 Nordhorn
Tel.: (01 60) 44 04 02-4
GFin: Anja Jankowsky
anja.jankowsky@paritaetischer.de

Paritätischer Hameln

Kaiserstraße 80
31785 Hameln
Tel.: (0 51 51) 57 61-0
Fax: (0 51 51) 5 99 77
GF: Norbert Raabe
norbert.raabe@paritaetischer.de

Paritätischer Hannover

Gartenstraße 18
30161 Hannover
Tel.: (05 11) 9 62 91-0
Fax: (05 11) 9 62 91-13
GF: Ralf Hohfeld
ralf.hohfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Harburg

Schanzenring 8
21423 Winsen / Luhe
Tel.: (0 41 71) 88 76-0
Fax: (0 41 71) 88 76-29
GFin: Bettina Wichmann
bettina.wichmann@paritaetischer.de

Paritätischer Helmstedt

Schuhstraße 1
38350 Helmstedt
Tel.: (0 53 51) 54 19 10
Fax: (0 53 51) 54 19 1-66
GFin: Andrea Zerrath
andrea.zerrath@paritaetischer.de

Paritätischer Hildesheim-Alfeld

Lilly-Reich-Straße 5
31137 Hildesheim
Tel.: (0 51 21) 74 16-0
Fax: (0 51 21) 74 16-20
GFin: Elisabeth Fokken
elisabeth.fokken@paritaetischer.de

Paritätischer Holzminden

Wallstraße 2
37603 Holzminden
Tel.: (0 55 31) 93 27-0
Fax: (0 55 31) 93 27-90
GF: Daniel Leonhardt
daniel.leonhardt@paritaetischer.de

Paritätischer Leer

Von-Jhering-Straße 8
26789 Leer
Tel.: (04 91) 9 25 31-0
Fax: (04 91) 9 25 31-31
GF: Jürgen Dietrich
juergen.dietrich@paritaetischer.de

Paritätischer Lüchow-Dannenberg

Schlossgraben 3
29451 Dannenberg
Tel.: (0 58 61) 88 53
Fax: (0 58 61) 87 50
GFin: Susanne Guhl
susanne.guhl@paritaetischer.de

Paritätischer Lüneburg

Altenbrücker Damm 1
21337 Lüneburg
Tel.: (0 41 31) 86 18-0
Fax: (0 41 31) 86 18-40
GF: Ralf Gremmel
ralf.gremmel@paritaetischer.de

Paritätischer Nienburg

Wilhelmstraße 15
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax: (0 50 21) 97 45-11
GF: Bernhard Döring
bernhard.doering@paritaetischer.de

Paritätischer Northeim

Jacobsonstraße 36
38723 Seesen
Tel.: (0 53 81) 9 48 06-0
Fax: (0 53 81) 9 48 06-7
GFin: Roswitha Voß
roswitha.voss@paritaetischer.de

Paritätischer Oldenburg-Ammerland

Ziegelhofstraße 125 – 127
26121 Oldenburg
Tel.: (04 41) 7 79 00-0
Fax: (04 41) 7 79 00-22
GF: Norbert Adolf
norbert.adolf@paritaetischer.de

Paritätischer Osnabrück

Kurt-Schumacher-Damm 8
49078 Osnabrück
Tel.: (05 41) 4 08 04-0
Fax: (05 41) 4 08 04-25
GF: Jörg Echterhoff
joerg.echterhoff@paritaetischer.de

Paritätischer Osterholz

Loger Straße 35
27711 Osterholz-Scharmbeck
Tel.: (0 47 91) 94 15-0
Fax: (0 47 91) 94 15-10
GF: Olaf Bargemann
bargemann@lebenshilfe-ohz.de

Paritätischer Osterode

Abgunst 1
37520 Osterode
Tel.: (0 55 22) 90 77-0
Fax: (0 55 22) 90 77-28
GFin: Annette Nikulla
annette.nikulla@paritaetischer.de

Paritätischer Peine

Virchowstraße 8 a
31226 Peine
Tel.: (0 51 71) 77 70-0
Fax: (0 51 71) 77 70-21
GFin: Heike Horrmann-Brandt
heike.horrmann-brandt@paritaetischer.de

Paritätischer Rotenburg

Bahnhofstraße 15
27432 Bremervörde
Tel.: (0 47 61) 7 11 01
Fax: (0 47 61) 7 11 91
GF: Dietrich Neubauer
neubauer@lebenshilfe-bremervorde.de

Paritätischer Salzgitter

Marienbruchstraße 61 – 63
38226 Salzgitter
Tel.: (0 53 41) 84 67-0
Fax: (0 53 41) 84 67-24
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Schaumburg

Dammstraße 12 a
31675 Bückeburg
Tel.: (0 57 22) 95 22-0
Fax: (0 57 22) 95 22-18
GFin: Martina Silberkuhl
martina.silberkuhl@paritaetischer.de

Paritätischer Stade c/o Die Börne gGmbH

Claus-von-Stauffenberg-Weg 10
21684 Stade
Tel.: (0 41 41) 53 43-50
Fax: (0 41 41) 53 43-26
GFin: Susanne Frost
susanne.frost@paritaetischer.de

Paritätischer Uelzen

Veerßer Straße 92
29525 Uelzen
Tel.: (05 81) 97 07-0
Fax: (05 81) 97 07-20
GF: Stefan Müller-Teusler
stefan.mueller-teusler@paritaetischer.de

Paritätischer Verden

Helene-Grulke-Straße 5
27299 Langwedel
Tel.: (0 42 35) 89-0
Fax: (0 42 35) 89-111
GF: Dieter Haase
d.haase@stiftung-waldheim.de

Paritätischer Wesermarsch

Bürgermeister-Müller-Straße 13
26919 Brake
Tel.: (0 55 22) 90 77-0
Fax: (0 44 01) 45 88
GFin: Hannelore Bohlken
hannelore.bohken@paritaetischer.de

Paritätischer Wilhelmshaven

Banter Weg 12
26389 Wilhelmshaven
Tel.: (0 44 21) 2 06-0
Fax: (0 44 21) 2 06-2 88
GF: Jürgen Hoffmann
juergen.hoffmann@paritaetischer.de

Paritätischer Wittmund

Große Mühlenwallstraße 21
26603 Aurich
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax: (0 49 41) 93 94-17
GF: Hans-Joachim Borm
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfenbüttel

Kommissstraße 5
38300 Wolfenbüttel
Tel.: (0 53 31) 92 00-0
Fax: (0 53 31) 92 00-79
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfsburg

Saarstraße 10 a
38440 Wolfsburg
Tel.: (0 53 61) 29 50-0
Fax: (0 53 61) 29 50-21
GFin: Christine Köhler-Riebau
christine.koehler-riebau@paritaetischer.de